

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

24. JAHRGANG

AUGUST 1971

8

INHALT

Seite

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 1970 bis 2000	181
Ernteaussichten für 1971	184
Hochbautätigkeit 1970	189
Haushalte und ihre Wohnungen 1968	194
Wohnverhältnisse in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesgebiet 1968	198
Beschäftigten- und Betriebsstruktur der Handwerkswirtschaft 1967/68	203
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	57*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	63*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheinen zwei weitere Bände der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

BAND 212 SOZIALHILFE, KRIEGSOPFERFÜRSORGE UND ÖFFENTLICHE JUGENDHILFE IN RHEINLAND-PFALZ IM JAHRE 1969

Umfang 127 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 6,—

In der Veröffentlichung sind, weitgehend fachlich gegliedert, die Ergebnisse der Jahresstatistiken der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe enthalten. Die regionale Gliederung bezieht sich aus verwaltungs- und abrechnungstechnischen Gründen auf den Gebietsstand vor dem 7. Juni 1969.

Die mit einem ausführlichen Kommentar versehenen Ergebnisse vermitteln einen Einblick in die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung auf den genannten Gebieten und dienen als Arbeitsgrundlage für die Sozialämter und Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte. Der Band enthält darüber hinaus noch Ergebnisse einer Sondererhebung auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge über die Leistungen nach § 27b des Bundesversorgungsgesetzes.

BAND 213 BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGSWESEN IN RHEINLAND-PFALZ 1969

Umfang 81 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 6,50

Der Band enthält die zusammengefaßten Daten der amtlichen Statistiken für das Bau- und Wohnungswesen im Jahre 1969. Er setzt die Reihe der bisher erschienenen Jahresveröffentlichungen auf diesem Sektor fort, wobei die Ergebnisse mit denen des Vorjahres voll vergleichbar bleiben. Die regionale Gliederung der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistiken (Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und Bauüberhang) sowie der Wohnungsfortschreibung bezieht sich auf den Gebietsstand vom 7. Juni 1969.

Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
· = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) *20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.

Für den eiligen Leser

Bevölkerungsentwicklung 1970 - 2000

Seite 181

In Rheinland-Pfalz werden nach den Ergebnissen einer neuen Bevölkerungsvorausschätzung auf Grund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Jahre 2000 insgesamt 3,929 Mill. Menschen leben. Das entspricht einem Bevölkerungszuwachs von 258 000 Personen oder 7% gegenüber 1970. Eine Bevölkerung von 3,8 Mill. wird für das Jahr 1986 erwartet, 3,9 Mill. für 1996. Bis zum Ende des Jahrhunderts ist mit einer Annäherung der Geschlechterproportion von heute 110 Frauen zu 100 Männern auf 103 zu 100 zu rechnen.

Ernteaussichten für 1971

Seite 184

Mit etwa 1,3 Mill. t wird die Getreideernte von 1970 erheblich übertroffen werden. Der erste Rohfutter-schnitt war von der Menge her als durchaus zufriedenstellend anzusehen. Die Qualität des Heues ließ jedoch viele Wünsche offen. Bei den Hackfrüchten können unter der Voraussetzung einer ausreichenden Niederschlagsversorgung in den kommenden Wochen durchaus überdurchschnittliche Erträge erwartet werden. Ein ungünstiger Blüteverlauf sowie stärkere Verrieselungsschäden ermöglichen nur eine durchschnittliche Weinmosternte. Bei den Kern- und nahezu allen Steinobstarten werden die Vorjahreserträge voraussichtlich unterschritten. Auch fast alle frühen und mittelfrühen Gemüsearten erreichen aufgrund der verbreiteten Trockenheit nicht ganz die Ertragshöhe des Vorjahres.

Hochbautätigkeit 1970

Seite 189

Im Berichtsjahr konnten 24 379 Wohnungen fertiggestellt werden. Eine Wohnung hatte durchschnittlich 4,7 Räume und eine Wohnfläche von 93,3 qm. Sie kostete etwa 60 200 DM. 25,3% der im Wohnbau erstellten Wohnungen lagen in Großstädten, wo eine Wohnung in Mehrfamilienhäusern nur mit rund 37 800 DM veranschlagt war. Führende Bauherrengruppe waren wieder die privaten Haushalte mit einem Anteil von 72,3% des Fertigstellungsergebnisses. Die Wohnungen waren fast ausnahmslos mit Bad, 88,5% mit Zentralheizung ausgestattet. Im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau wurden 3 415 Wohneinheiten errichtet.

Haushalte und ihre Wohnungen 1968

Seite 194

Die am 25. Oktober 1968 vorhandenen 1,17 Mill. Wohnparteien bestanden zu 18% aus Einpersonen- und zu 82% aus Mehrpersonen-Wohnparteien. 1,15 Mill. lebten in Wohnungen. Von den in Wohnungen untergebrachten Mehrpersonen-Wohnparteien waren 32% Zweipersonen-, 25% Dreipersonen-, 21% Vierpersonen- und 12% Fünfpersonen-Haushalte. 10% hatten sechs und mehr Personen. Im Landesdurchschnitt gab es 14% Selbständigen-, 31% Arbeiter-, 23% Beamten- und Angestellten- und 32% Nichterwerbstätigen-Wohnparteien. Die Haushalte lebten zu 3% in einem selbstbewohnten Raum, zu 8% in zwei Räumen, zu 24% in drei, zu 27% in vier und zu 38% in fünf und mehr. 50% waren Eigentümer-, 47% Mieter- und 3% Untermieter-Haushalte.

Seite 198

Wohnverhältnisse Rheinland-Pfalz/Bund 1968

Von den insgesamt 8,8 Millionen Wohngebäuden in der Bundesrepublik standen 671 900 oder 7,6% in Rheinland-Pfalz. 36% der Wohngebäude wurden vor 1900 und 39% nach 1949 errichtet; im Bundesgebiet beliefen

sich die Werte auf 25 bzw. 47%. Eigentümer- und selbstbewohnte Eigentumswohnungen hatten im Bundesdurchschnitt einen Anteil von 36%, während es in Rheinland-Pfalz 50% waren. Öffentlich gefördert wurden 15% aller Wohnungen, im Bund 26%. Ein knappes Viertel der Wohnungen verfügte über Bad, WC und Sammelheizung (Bund 30%). Die durchschnittliche Mietbelastung je qm Wohnfläche betrug 2,12 DM, im Bundesgebiet lag dieser Wert bei 2,28 DM.

Struktur des Handwerks 1967/68

Seite 203

Am 30. September 1967 belief sich die Beschäftigtenzahl des Handwerks auf insgesamt 239 868. Dies bedeutet gegenüber 1963 eine Stagnation (+ 0,2%; Bundesgebiet: + 0,4%). Überdurchschnittliche Zuwachsraten im Vergleich zu 1963 waren bei Gesellen und Facharbeitern (+ 6,3%), Angestellten (+ 52,4%), Betriebsleitern (+ 37,7%), Lehrlingen (+ 13,4%) sowie weiblichen Arbeitskräften (+ 6,1%) zu verzeichnen.

Über 94% der Betriebe hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handwerk. 38 109 der 39 533 Handwerksbetriebe (ohne Nebenbetriebe) wurden von Einzelinhabern geführt (96,4%).

Kurz und aktuell

Industriebeschäftigte im September 1970

In Industriebetrieben mit zehn und mehr Beschäftigten waren im September 1970 insgesamt 413 320 Personen tätig, und zwar 296 636 Männer (71,8%) und 116 684 Frauen (28,2%). Rechnet man den Angestellten die kaufmännischen und technischen Lehrlinge hinzu, so macht diese Beschäftigtengruppe fast ein Viertel (24,3%) der Gesamtbeschäftigten aus. Die Zahl der Arbeiter und gewerblichen Lehrlinge belief sich auf 310 278 (75,0%), der Rest (0,7%) waren tätige Inhaber, Mitinhaber und mithelfende Familienangehörige. 29 943 Frauen waren als Angestellte (25,7% der weiblichen Beschäftigten) und 86 332 als Arbeiterinnen (74,0%) in den Industriebetrieben tätig. Von den 6 362 kaufmännischen und technischen Lehrlingen war nahezu die Hälfte (48,0%) weiblichen Geschlechts, während sich der Anteil der Mädchen bei den gewerblichen Lehrlingen nur auf 11,0% stellte.

Staatliches Steueraufkommen I. Halbjahr 1971

Das Aufkommen an Bundes- und Landessteuern erreichte im ersten Halbjahr 1971 mit 3 216 Mill. DM einen um 471 Mill. DM oder 17,2% höheren Betrag als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aus den Gemeinschaftssteuern kamen 2 448 Mil. DM auf, das sind 385 Mill. DM mehr als vor einem Jahr. Die aufkommensstärkste Einzelsteuer war die Lohnsteuer, die auf Grund weiterhin gestiegener Verdienste sowie eines hohen Beschäftigungsstandes mit 973 Mill. DM knapp 310 Mill. DM mehr erbrachte als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Mit 525 Mill. DM lagen die Einnahmen an Bundessteuern um 14,1% über dem vergleichbaren Ergebnis des Vorjahres. Den größten Beitrag zu dieser Aufkommensverbesserung leistete die Mineralölsteuer, deren Einnahmen sich mit 136 Mill. DM fast verdoppelten. Geringere Beträge als im ersten Halbjahr 1970 ergaben sich bei den Zöllen, der Tabaksteuer sowie der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. An Landessteuern wurden mit 243 Mill. DM 9,7% mehr vereinnahmt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zu diesem Aufkommensanstieg trugen alle Landessteuern bei.

Fortsetzung letzte Seite

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

24. Jahrgang

Heft 8

August 1971

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 1970 bis 2000

Teil I: Natürliche Bevölkerungsentwicklung ohne Berücksichtigung von Wanderungen

Die in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft mit Planungsaufgaben betrauten Personen und Institutionen, vorwiegend Politiker und Wirtschaftler, interessieren sich in zunehmendem Maße für die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht. Ist es doch der Mensch mit seinen vielfältigen Bedürfnissen, auf den letztlich alle Planungen abzielen und für den langfristig Vorsorge in mannigfacher Weise getroffen werden muß (Güterproduktion, Schul-, Krankenhaus-, Straßenbau, Renten und vieles mehr). Diese starke Nachfrage nach vorausgeschätzten, besser gesagt vorausgerechneten Bevölkerungszahlen zu befriedigen, hat sich seit einigen Jahren die amtliche Statistik zur Aufgabe gemacht. Nachdem in Bund und Ländern bereits zwei koordinierte Bevölkerungsvorausschätzungen nach bundeseinheitlichem Programm durchgeführt worden sind¹⁾, liegen nunmehr die Ergebnisse der dritten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung vor. Sie sind im Juli in Form eines Statistischen Berichtes (A I 8 - 1/71) veröffentlicht worden und sollen nachstehend näher interpretiert werden.

Es handelt sich bei diesem ersten Teil der Prognose um eine Vorausberechnung allein der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bis zum Beginn des Jahres 2000. Zu- und Fortzüge über die Landesgrenzen, die die Bevölkerung nicht nur nach der Zahl, sondern auch nach der alters- und geschlechtsmäßigen Zusammensetzung beeinflussen und damit Einfluß auf die zukünftige Geburten- und Sterbeentwicklung nehmen, fanden hier noch keine Berücksichtigung. Um einen Wanderungsansatz ergänzte Ergebnisse dieser dritten koordinierten Vorausschätzung - es wurden Annahmen über die Wanderungssalden bis zum Jahre 1990 getroffen - werden demnächst publiziert.

An dieser Stelle sei ganz besonders auf den Modellcharakter von Bevölkerungsprognosen hingewiesen. Eine Vorausberechnung kann selbstverständlich keine Aussage über die tatsächliche zukünftige Entwicklung machen, wohl aber darüber, was eintreten wird, wenn sich die zugrunde gelegten Annahmen später als richtig erweisen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, nach dem Vorliegen neuerer Erkenntnisse über die Einflußgrößen der Bevölkerungsentwicklung, zum Beispiel über die Geburtenhäufigkeit, das Vorausschätzungsmodell zu überdenken und neu zu konstruieren.

1. Annahmen der Vorausberechnung

Der dritten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung liegen folgende Annahmen zugrunde:

- (1) Die *Ausgangsbevölkerung* bildet die vom Statistischen Landesamt unter Berücksichtigung der Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge zum 1. Januar 1970 fortgeschriebene Wohnbevölkerung, gegliedert nach dem Geschlecht und nach einzelnen Altersjahren. Basis der Fortschreibung sind die Ergebnisse der Volkszählung 1961.
- (2) Als *Sterbewahrscheinlichkeiten* wurden die durchschnittlichen alters- und geschlechtsspezifischen Werte der Jahre 1965 bis 1967 verwandt. Die Sterbeziffern sind für alle Vorausschätzungsjahre als konstant angenommen.
- (3) Dem in den letzten Jahren festgestellten allgemeinen Geburtenrückgang ist bei der Berechnung der *Fruchtbarkeitsziffern* Rechnung getragen worden. Da die Geburtenhäufigkeiten der 15- bis 50jährigen Frauen - nur diese wurden bei der Vorausschätzung

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 1970 - 2000

Jahresanfang	Bevölkerung			Meßzahlen			Frauen auf 1 000 Männer
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000			1970 = 100			
1970	3 671,3	1 746,5	1 924,8	100,0	100,0	100,0	1 102
1971	3 677,9	1 750,4	1 927,5	100,2	100,2	100,1	1 101
1972	3 684,2	1 754,3	1 929,9	100,4	100,4	100,3	1 100
1973	3 690,4	1 758,3	1 932,1	100,5	100,7	100,4	1 099
1974	3 696,5	1 762,4	1 934,1	100,7	100,9	100,5	1 097
1975	3 702,6	1 766,6	1 935,9	100,9	101,2	100,6	1 096
1976	3 708,8	1 771,1	1 937,7	101,0	101,4	100,7	1 094
1977	3 715,2	1 775,8	1 939,4	101,2	101,7	100,8	1 092
1978	3 722,0	1 780,8	1 941,1	101,4	102,0	100,9	1 090
1979	3 729,1	1 786,2	1 943,0	101,6	102,3	100,9	1 088
1980	3 736,8	1 791,9	1 944,9	101,8	102,6	101,0	1 085
1981	3 745,1	1 798,1	1 947,0	102,0	103,0	101,2	1 083
1982	3 754,2	1 804,8	1 949,4	102,3	103,3	101,3	1 080
1983	3 763,9	1 811,9	1 952,0	102,5	103,7	101,4	1 077
1984	3 774,2	1 819,4	1 954,8	102,8	104,2	101,6	1 074
1985	3 785,1	1 827,3	1 957,9	103,1	104,6	101,7	1 071
1986	3 796,5	1 835,4	1 961,1	103,4	105,1	101,9	1 068
1987	3 808,1	1 843,8	1 964,3	103,7	105,6	102,1	1 065
1988	3 819,8	1 852,2	1 967,6	104,0	106,1	102,2	1 062
1989	3 831,3	1 860,5	1 970,8	104,4	106,5	102,4	1 059
1990	3 842,4	1 868,7	1 973,8	104,7	107,0	102,5	1 056
1991	3 853,1	1 876,6	1 976,6	105,0	107,4	102,7	1 053
1992	3 863,3	1 884,1	1 979,2	105,2	107,9	102,8	1 050
1993	3 873,0	1 891,4	1 981,6	105,5	108,3	103,0	1 048
1994	3 882,2	1 898,3	1 983,9	105,7	108,7	103,1	1 045
1995	3 890,9	1 904,9	1 986,0	106,0	109,1	103,2	1 043
1996	3 899,1	1 911,1	1 988,0	106,2	109,4	103,3	1 040
1997	3 907,0	1 917,0	1 989,9	106,4	109,8	103,4	1 038
1998	3 914,5	1 922,7	1 991,8	106,6	110,1	103,5	1 036
1999	3 921,8	1 928,1	1 993,7	106,8	110,4	103,6	1 034
2000	3 928,8	1 933,2	1 995,6	107,0	110,7	103,7	1 032

¹⁾ Vgl. M. Unglaub: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis zum Jahre 2000. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 21, Heft 2, Februar 1968.

in das gebärfähige Alter einbezogen - für das Jahr 1970 zur Zeit der Erstellung der Eingabedaten noch nicht vorlagen, die Geborenenzahlen in den ersten Monaten des Basisjahres jedoch einen weiteren starken Rückgang zeigten, gingen die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1969, modifiziert um die prozentualen Veränderungen (fast ausnahmslos Abnahmen) der Ziffern von 1968 auf 1969, in die Vorausberechnung ein. Dies führte dazu, daß für nahezu alle Altersjahre Geburtenziffern angenommen wurden, die unter denen des Jahres 1969 liegen. Nur für die 15-, 16-, 41-, 42- und 46jährigen Frauen errechneten sich höhere Werte. Die Fruchtbarkeitsziffern wurden für alle Vorausschätzungsjahre konstant gehalten.

- (4) Der Berechnung der *Überlebenswahrscheinlichkeit* der Neugeborenen sind die in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1958 bis 1964 beobachteten Werte zugrunde gelegt. Bis zum Jahre 1982 wurde entsprechend der neueren Entwicklung ein weiterer Rückgang der Säuglingssterblichkeit angenommen. Von da ab wurde mit konstanter Überlebenswahrscheinlichkeit, also mit der des Jahres 1982, gerechnet.
- (5) Der *Familienstand* fand bei der Vorausschätzung keine Berücksichtigung.
- (6) Die *Wanderungen* über die Landesgrenzen wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.

2. Wichtigste Ergebnisse

In Rheinland-Pfalz werden nach der dritten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, also ohne Berücksichtigung von Zu- und Fortzügen, zu Beginn des Jahres 2000 insgesamt 3,929 Mill. Men-

schen leben, und zwar 1,933 Mill. männlichen und 1,996 Mill. weiblichen Geschlechts. Das entspricht einem Bevölkerungszuwachs von 258 000 Personen oder 7,0% gegenüber dem Basisjahr 1970. 3,8 Mill. Einwohner dürften im Laufe des Jahres 1986 erreicht werden. Die männliche Bevölkerung wird in den letzten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts in bedeutend stärkerem Maße, nämlich um 10,7%, zunehmen als die weibliche (3,7%). Während zu Beginn der Vorausschätzungsperiode nur 47,6% der Bevölkerung männlichen Geschlechts waren, werden es am Ende derselben 49,2% sein. Das führt dazu, daß im Jahre 2000 nur noch 103 Frauen auf 100 Männer entfallen; für 1970 lautete das Zahlenverhältnis noch 110 zu 100.

Nicht nur die Geschlechterproportion, sondern auch die Altersstruktur der Bevölkerung wird - entscheidend vorbestimmt durch den derzeitigen Altersaufbau der Bevölkerung - in den kommenden 30 Jahren starken Veränderungen unterworfen sein. Bei einer langfristigen Betrachtung wird der Anteil der Kinder und der alten Leute an der Gesamtbevölkerung abnehmen, der Anteil der Menschen, die im produktiven Alter stehen, ansteigen: Die Zahl der unter 15jährigen erfährt eine Abnahme von 0,912 Mill. auf 0,874 Mill. oder 4,2%, so daß der prozentuale Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von 24,8% auf 22,2% sinkt. Zwischenzeitlich wird dieser Anteil sogar bis auf 21,0% (1984) abfallen. Eine erhebliche Zunahme verzeichnet dagegen die Gruppe der 15- bis 65jährigen. Betrug deren Zahl zu Beginn des Vorausschät-

Voraussichtliche Entwicklung ausgewählter

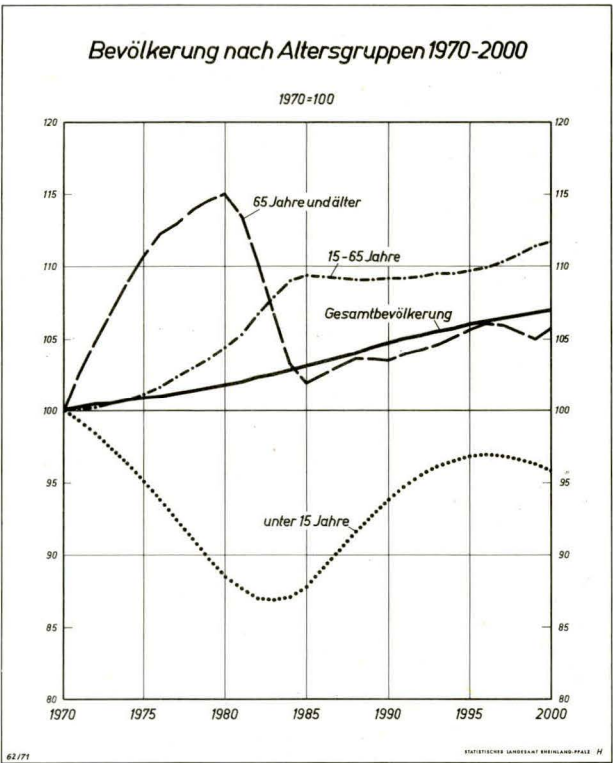
Jahresanfang	Bevölkerung im Alter von													
	unter 1		5 - 6		9 - 10		14 - 15		18 - 19		61 - 62		64 - 65	
	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100
1970	52 891	100,0	66 030	100,0	63 057	100,0	54 974	100,0	54 015	100,0	45 298	100,0	43 025	100,0
1971	48 971	92,6	63 223	95,7	64 644	102,5	56 983	103,7	54 724	101,3	44 978	99,3	41 849	97,3
1972	49 324	93,3	62 646	94,9	64 640	102,5	58 465	106,4	54 536	101,0	43 911	96,9	42 485	98,7
1973	49 834	94,2	59 468	90,1	66 248	105,1	58 857	107,1	55 467	102,7	41 188	90,9	42 626	99,1
1974	50 350	95,2	57 106	86,5	65 886	104,5	61 548	112,0	54 789	101,4	42 982	94,9	42 327	98,4
1975	50 924	96,3	52 513	79,5	63 084	100,0	62 929	114,5	56 790	105,1	41 996	92,7	41 333	96,1
1976	51 616	97,6	48 618	73,6	62 508	99,1	64 511	117,3	58 266	107,9	41 011	90,5	38 777	90,1
1977	52 397	99,1	48 969	74,2	59 339	94,1	64 508	117,3	58 658	108,6	31 818	70,2	40 455	94,0
1978	53 250	100,7	49 477	74,9	56 981	90,4	66 112	120,3	61 340	113,6	24 160	53,3	39 537	91,9
1979	54 146	102,4	49 989	75,7	52 398	83,1	65 751	119,6	62 717	116,1	21 572	47,6	38 627	89,8
1980	55 105	104,2	50 558	76,6	48 513	76,9	62 956	114,5	64 294	119,0	22 055	48,7	29 962	69,6
1981	56 169	106,2	51 245	77,6	48 861	77,5	62 380	113,5	64 291	119,0	32 804	72,4	22 751	52,9
1982	57 253	108,2	52 021	78,8	49 369	78,3	59 219	107,7	65 889	122,0	42 038	92,8	20 315	47,2
1983	58 267	110,2	52 868	80,1	49 880	79,1	56 864	103,4	65 528	121,3	43 000	94,9	20 775	48,3
1984	59 146	111,8	53 755	81,4	50 449	80,0	52 292	95,1	62 743	116,2	41 926	92,6	30 900	71,8
1985	59 943	113,3	54 710	82,9	51 135	81,1	48 415	88,1	62 169	115,1	39 601	87,4	39 603	92,0
1986	60 565	114,5	55 765	84,5	51 907	82,3	48 762	88,7	59 018	109,3	39 102	86,3	40 498	94,1
1987	60 964	115,3	56 842	86,1	52 752	83,7	49 270	89,6	56 672	104,9	41 412	91,4	39 485	91,8
1988	61 089	115,5	57 849	87,6	53 638	85,1	49 779	90,6	52 115	96,5	40 723	89,9	37 296	86,7
1989	60 941	115,2	58 721	88,9	54 590	86,6	50 345	91,6	48 252	89,3	40 611	89,7	36 832	85,6
1990	60 598	114,6	59 512	90,1	55 643	88,2	51 030	92,8	48 596	90,0	42 549	93,9	38 961	90,6
1991	60 121	113,7	60 129	91,1	56 717	89,9	51 801	94,2	49 104	90,9	41 402	91,4	38 282	89,0
1992	59 524	112,5	60 526	91,7	57 722	91,5	52 646	95,8	49 611	91,8	41 510	91,6	38 127	88,6
1993	58 892	111,3	60 650	91,9	58 592	92,9	53 528	97,4	50 175	92,9	38 149	84,2	39 917	92,8
1994	58 268	110,2	60 503	91,6	59 382	94,2	54 478	99,1	50 860	94,2	36 299	80,1	38 844	90,3
1995	57 684	109,1	60 162	91,1	59 998	95,1	55 529	101,0	51 625	95,6	35 837	79,1	38 939	90,5
1996	57 130	108,0	59 689	90,4	60 394	95,8	56 600	103,0	52 467	97,1	42 265	93,3	35 789	83,2
1997	56 653	107,1	59 096	89,5	60 518	96,0	57 604	104,8	53 348	98,8	44 333	97,9	34 050	79,1
1998	56 298	106,4	58 469	88,5	60 371	95,7	58 473	106,4	54 294	100,5	44 855	99,0	33 616	78,1
1999	56 037	105,9	57 850	87,6	60 031	95,2	59 262	107,8	55 343	102,5	44 167	97,5	39 645	92,1
2000	55 886	105,7	57 268	86,7	59 559	94,5	59 876	108,9	56 408	104,4	46 344	102,3	41 590	96,7

zungszeitraumes noch 2,291 Mill., so wird sie sich 30 Jahre später auf 2,560 Mill. belaufen, das entspricht einem Zuwachs von 11,7%. Der Anteil der im sogenannten erwerbsfähigen Alter stehenden Personen an der gesamten Bevölkerung wird sich damit von gegenwärtig 62,4% nach einigen zwischenzeitlichen Schwankungen (1985: 66,2%) auf 65,2% erhöhen. Eine leichtere Zunahme wird die Altersgruppe der über 65jährigen erfahren. Umfaßte sie zu Beginn des Jahres 1970 noch 0,468 Mill. Menschen, so werden es um die Jahrhundertwende 0,495 Mill., also 5,7% mehr sein. Der Anteil dieser Altersgruppe, der 1970 eine Höhe von 12,8% erreichte, wird in den kommenden drei Jahrzehnten mehrfachen, jedoch geringfügigen Änderungen unterworfen sein und sich schließlich auf 12,6% stellen.

Belastet man die 15- bis 65jährigen Menschen, die größtenteils im Erwerbsleben stehen, mit den unter 15- und den über 65jährigen Personen, so errechnet sich für das Basisjahr eine Belastungsquote von 60,2, für das Jahr 2000 eine solche von 53,5. Das bedeutet, daß am Ende des Vorausschätzungszeitraumes auf 100 im erwerbsfähigen Alter stehende Menschen lediglich 53 entfallen, die noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähig sind. 1970 waren es noch 60 Personen. Es wird also eine Entlastung des produktiven Bevölkerungsteils eintreten. Zu bedenken ist jedoch, daß die Abgrenzung in erwerbsfähiges Alter und nichterwerbsfähiges Alter in den kommenden Jahren Verschiebungen nach oben und unten erfahren dürfte.

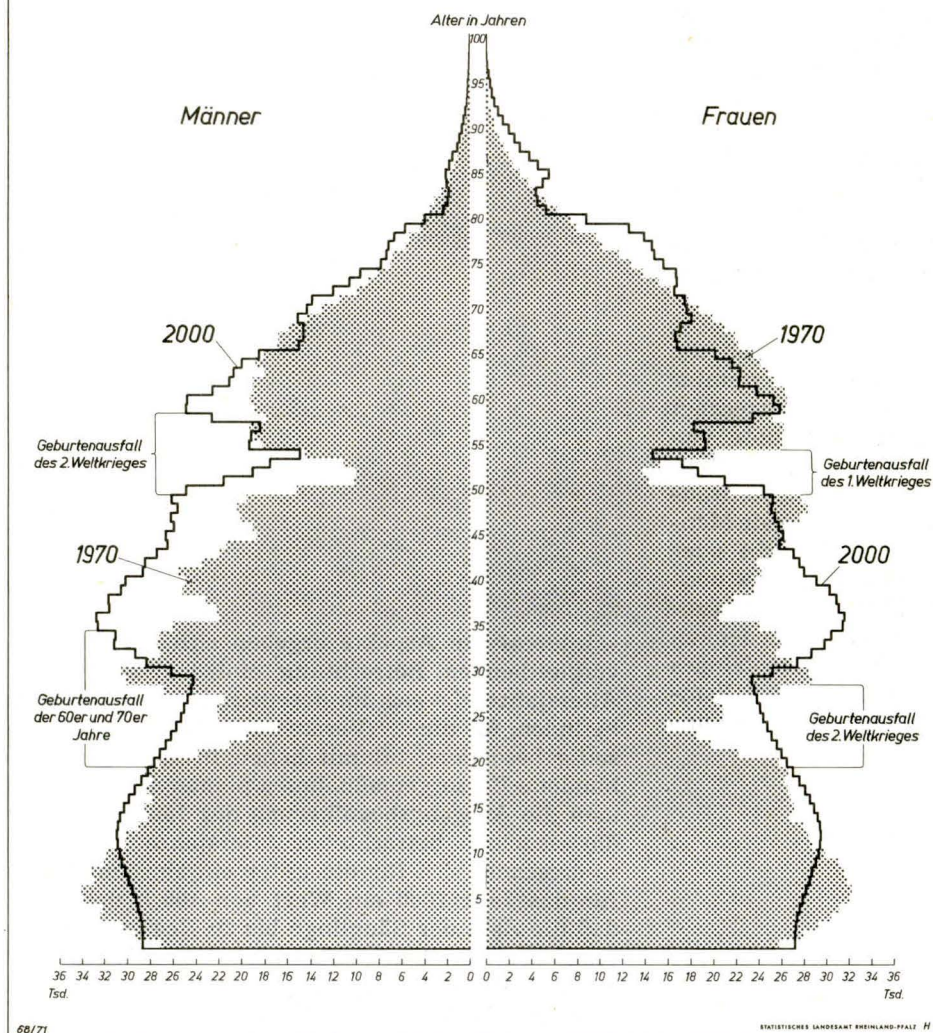
Altersgruppen 1970 - 2000

... Jahren						Jah- res- an- fang
unter 15		15 - 65		65 und älter		
Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	Anzahl	1970 = 100	
911 688	100,0	2 291 139	100,0	468 448	100,0	1970
905 010	99,3	2 292 296	100,1	480 579	102,6	1971
896 701	98,4	2 296 711	100,2	490 795	104,8	1972
887 429	97,3	2 302 091	100,5	500 869	106,9	1973
878 287	96,3	2 307 856	100,7	510 347	108,9	1974
867 041	95,1	2 316 750	101,1	518 779	110,7	1975
855 107	93,8	2 328 149	101,6	525 509	112,2	1976
842 379	92,4	2 343 747	102,3	529 082	112,9	1977
830 510	91,1	2 357 771	102,9	533 695	113,9	1978
817 934	89,7	2 374 392	103,6	536 810	114,6	1979
806 677	88,5	2 391 627	104,4	538 499	115,0	1980
799 282	87,7	2 414 600	105,3	531 241	113,4	1981
793 544	87,0	2 443 885	106,7	516 722	110,3	1982
791 977	86,9	2 472 050	107,9	499 859	106,7	1983
793 636	87,1	2 496 965	109,0	483 621	103,2	1984
800 652	87,8	2 506 967	109,4	477 504	101,9	1985
812 161	89,1	2 504 365	109,3	479 955	102,5	1986
823 710	90,3	2 501 216	109,2	483 173	103,1	1987
834 872	91,6	2 499 572	109,1	485 332	103,6	1988
845 367	92,7	2 500 558	109,1	485 339	103,6	1989
854 950	93,8	2 502 480	109,2	484 993	103,5	1990
863 366	94,7	2 502 928	109,2	486 847	103,9	1991
870 411	95,5	2 504 805	109,3	488 131	104,2	1992
875 979	96,1	2 507 664	109,5	489 388	104,5	1993
880 044	96,5	2 509 633	109,5	492 518	105,1	1994
882 576	96,8	2 513 625	109,7	494 691	105,6	1995
883 506	96,9	2 518 571	109,9	497 056	106,1	1996
882 892	96,8	2 527 654	110,3	496 421	106,0	1997
880 923	96,6	2 539 339	110,8	494 242	105,5	1998
877 827	96,3	2 552 149	111,4	491 791	105,0	1999
873 795	95,8	2 559 697	111,7	495 343	105,7	2000



Interessante Aspekte ergeben sich bei der zeitvergleichenden Betrachtung einiger ausgewählter Altersjahre, die sich im gesellschaftlichen Umbruch befinden, für die die Verantwortlichen darum frühzeitig besondere, oft mit hohen Investitionen verbundene Vorsorgemaßnahmen planen müssen. Setzt man die Ausgangsbevölkerung des Jahres 1970 für die einzelnen betrachteten Altersjahre gleich 100, so errechnet sich für die unter einjährigen Kinder für das Jahr 2000 ein Wert von 105,7, das heißt, daß die Zahl der Säuglinge bis zu Beginn des Jahres 2000 um 5,7% ansteigen wird. Den größten Wert erreicht dieses Altersjahr im Jahre 1988 mit 115,5. Die Meßzahl der 5- bis 6jährigen, also der vor dem Eintritt in das Schulalter stehenden Kinder, fällt zunächst vom Basiswert 100 bis auf 73,6 (1976), steigt sodann kontinuierlich auf 91,9 (1993), um danach wieder auf 86,7 (2000) zurückzufallen. Die entsprechende Zahl der 9- bis 10jährigen Kinder, die sich nach den heutigen Schulverhältnissen vor dem Übergang in die Haupt- oder Realschule bzw. in das Gymnasium befinden, erreicht ihr Maximum mit 105,1 bereits 1973, sinkt in den darauffolgenden Jahren bis auf 76,9 (1980) zurück, um danach langsam auf den neuen Höchstwert 96,0 (1997) zu steigen. Für das Jahr 2000 wurde ein Wert von 94,5 errechnet. Größeren Schwankungen wird die Meßzahl der 14- bis 15jährigen unterliegen. Nach einem starken Anstieg bis auf 120,3 (1978) folgt ein noch stärkerer Abfall, der schon im Jahre 1985 den Tiefstwert von 88,1 erreicht. Bis zur Jahrhundertwende wächst die Zahl jedoch wieder stetig bis auf 108,9 an. Mit einer Phasenverschiebung von vier Jahren weist die Meßziffer der 18- bis 19jährigen, also der Jugendlichen, die größtenteils zur Hochschule streben, eine ähnliche Entwicklung auf. Sie

Bevölkerung nach Alter und Geschlecht 1970 und 2000



erreicht ihre Extremwerte in den Jahren 1982 (122,0), 1989 (89,3) und 2000 (104,4).

Von großem Interesse dürfte auch die Entwicklung der Zahl der 64- bis 65jährigen Personen sein. Es fällt auf, daß die entsprechende Meßzahl im gesamten Vorausschätzungszeitraum unter dem Ausgangswert liegt. Für das Jahr 2000 wird ein Meßwert von 96,7 prognostiziert, für 1982, wenn der geburtenschwache und durch den Zweiten Weltkrieg dezimierte Jahrgang 1918 zur Pensionierung ansteht, sogar nur ein solcher von 47,2.

Betrachtet man die für die Jahre 1970 und 2000 erstellten Alterspyramiden, so zeigen sich in ihnen

je zwei tiefe Einschnitte, und zwar bei den 20- bis 30- bzw. 35jährigen und in der Gruppe der 50jährigen. Für die an nahezu gleichen Stellen der Pyramiden zu beobachtenden Einbuchtungen liegen verschiedene Ursachen vor. Während die schwache Besetzung der im Alter von 20 bis 30 Jahren stehenden Personen im Basisjahr auf den Geburtenausfall des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückzuführen ist, liegt der Grund für die geringe Zahl der jungen Menschen um 30 am Ende des Vorausschätzungszeitraumes in der niedrigen Geburtenhäufigkeit Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre. Der in der Gruppe der 50jährigen festzustellende Einschnitt, aus dem sich der darüber ausbuchtende „Wasserkopf“ im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung herleitet, resultiert im Jahre 2000 aus dem Nachrücken der schwach besetzten Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge, in der 70er Bevölkerungspyramide aus der geringen Geburtenzahl, die bereits der Erste Weltkrieg verursacht hat.

Insgesamt ergibt sich, daß die gleichmäßig und nahezu symmetrisch aufgebaute Alterspyramide, die bis zu Anfang dieses Jahrhunderts für die deutsche Bevölkerung kennzeichnend war, dann jedoch durch die beiden Weltkriege stark deformiert wurde, auch bis zur Jahrtausendwende und ganz gewiß auch darüber hinaus nicht zu ihrer alten Form zurückkehren wird. Waren es zunächst Kriegs- und Nachkriegsereignisse, welche die reine Pyramidenform zerstörten, so ist es jetzt vornehmlich die freiwillige Geburtenbeschränkung, die eine Rückkehr zum ausgewogenen Bild verhindert.

Diplom-Volkswirt H. Jucknat

Ernteaussichten für 1971

1. Witterungsverlauf

Nachdem im Winter 1970/71 gegen Ende November die völlige Wachstumsruhe eingetreten war und in den ersten Dezemberwochen eine noch verhält-

nismäßig milde Witterung geherrscht hatte, stellte sich zu Beginn der dritten Dezemberdekade unter dem Einfluß eines kräftigen nordosteuropäischen Hochs Frostwetter ein. Dabei kam es in der letzten

Dezemberwoche zu meist leichten, gebietsweise auch stärkeren Schneefällen. Die tiefsten Temperaturen lagen um die Jahreswende und in der zweiten Januarwoche vielerorts um -15°C . Von Mitte Januar bis Ende der zweiten Februardekade wurde das Wetter in Rheinland-Pfalz überwiegend durch mildere atlantische Luftmassen bestimmt. Während dieser Zeit herrschte eine meist veränderliche und bedeckte Wetterlage mit nur gelegentlichen leichten Nachtfrösten. Zu nennenswerten Niederschlägen kam es während dieser Zeit nicht, obwohl verschiedentlich Sturmtiefs unser Gebiet überquerten.

Mit dem Beginn der letzten Februarwoche dehnte sich das nordosteuropäische Hoch wieder nach Westen aus und beeinflusste für etwa drei Wochen den Wetterablauf. Besonders in der ersten Märzdekade herrschte eine hochwinterliche Witterung mit Temperaturen, die vielerorts um -15 bis -20°C lagen und damit für diese Jahreszeit recht ungewöhnlich waren. Auch über Tag wurde der Nullpunkt trotz meist starker Sonneneinstrahlung nicht erreicht. Ab Mitte März setzte auch in den höheren Lagen der Mittelgebirge Tauwetter ein, aber bis Ende der vierten Märzwoche herrschte weiterhin eine verhältnismäßig kühle Witterung. Abgesehen von einigen Schneefällen zu Beginn des Monats und leichten Regenfällen zu Ende der vierten Märzwoche traten auch in diesem Monat kaum nennenswerte Niederschläge auf.

Der Winter 1970/71 war somit durch zwei Frostperioden und eine auffallend trockene Witterung gekennzeichnet. Da um die Jahreswende sowie Anfang März die überwinterten Feldfrüchte mit einer leichten Schneedecke bedeckt waren, traten keine nennenswerten Auswinterungsschäden auf. Alle Wintermonate wiesen ein deutliches Niederschlagsdefizit auf, so daß die Winterfeuchtigkeit von den meisten Berichterstatern im Frühjahr als zu gering beurteilt wurde.

Von Ende März bis zu Beginn der dritten Mai-dekade herrschte in Rheinland-Pfalz vorwiegend sonnige Witterung. Anfang April setzte das allgemeine Wachstum verstärkt ein. Von gelegentlichen Nachtfrösten zu Beginn und Ende April abgesehen, war der Monat im allgemeinen recht warm. In der Monatsmitte stellte sich mit dem Beginn der Kirschenblüte der Vollfrühling ein. Dieser Zeitpunkt lag damit etwa drei Wochen früher als im Vorjahr und entsprach etwa Normaljahren. Unter dem Einfluß feuchtwarmer Meeresluft erreichten die Temperaturen zu Anfang der dritten Monatsdekade sommerliche Werte. Als nach wenigen Tagen Kaltluft aus nördlichen Breiten einfloß, trat ein plötzlicher Wetterumschlag mit Nachtfrösten ein. Erstmals seit vier Wochen kam es aber auch zu verbreiteten Niederschlägen, die in den Mittelgebirgslagen teilweise als Schnee fielen. Ende April setzte sich bei lebhaften Winden aus Nordost wieder sonniges und trockenes Wetter mit ansteigenden Wärmegraden durch. Zur Zeit der kalendermäßigen Eisheiligen wurde subtropische Luft nach Mitteleuropa geleitet, die hochsommerliche Temperaturen bewirkte. In den nachfolgenden Tagen nahm die Luftfeuchtigkeit ständig zu. Die schwülwarme Witterung hielt

im wesentlichen bis Ende der ersten Juniwoche an. Vor allem zu Beginn der zweiten Maihälfte und Anfang Juni traten nahezu täglich Gewitterbildungen mit teilweise heftigen Niederschlägen auf, die gebietsweise durch Abschwemmungen und Hagelschlag beträchtliche Schäden verursachten. Die Winter- und Frühjahrstrockenheit war aber damit endgültig überwunden.

Die zweite und dritte Juniwoche wurde durch zahlreiche atlantische Tiefausläufer gekennzeichnet, in deren Gefolge die Temperaturen ein für die Jahreszeit zu niedriges Niveau aufwiesen, und verschiedentlich anhaltende und sehr ergiebige Niederschläge fielen. Mit dem Beginn der dritten Junidekade stellte sich zunächst überwiegend heiteres, aber nur mäßig warmes Sommerwetter ein. In den letzten Junitagen brachte ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet erneut für mehrere Tage niedrige Temperaturen und häufige Regenschauer. Danach floß zunächst kühle Meeresluft aus Nordwest ein, die sich aber bei starker Sonneneinstrahlung rasch erwärmte. Über Mitteleuropa bildete sich dann ein umfangreiches und beständiges Hoch, das bis Ende Juli die Witterung hochsommerlich gestaltete. Die Tageshöchsttemperaturen lagen zu dieser Zeit in der Regel zwischen 25 und 30°C , teilweise noch darüber. Da keine nennenswerten Niederschläge fielen, machte sich vor allem ab Mitte Juli wiederum zunehmende Trockenheit bemerkbar.

2. Feldfrüchte und Futterpflanzen

Getreide

Infolge der im Herbst 1970 vorherrschenden milden und trockenen Witterung konnten alle vorgesehenen Bestellungen an Wintergetreide verwirklicht werden. Die Aussaat des Sommergetreides erfolgte hauptsächlich Ende März und Anfang April. Bei sonnigem und trockenem Wetter konnte in kurzer Zeit ein feinkrümeliges Saatbett bereitet und die Bestellung etwa zwei Wochen früher als im Vorjahr erledigt werden. Die Saat lief zunächst zügig auf, die weitere Entwicklung wurde jedoch Mitte April, als die Trockenheit ihren ersten Höhepunkt erreichte, gehemmt. Nachdem aber Ende April in den meisten Gebieten ergiebige Niederschläge gefallen waren, setzte sich das Wachstum

Wachstumstand von Feldfrüchten und Futterpflanzen
Anfang Juli 1969 - 1971

Fruchtart	1969	1970	1971
	Noten ¹⁾		
Körnermais	3,0	2,8	2,7
Erbsen	2,2	2,4	2,7
Ackerbohnen	2,5	2,8	2,7
Wicken	2,4	3,0	2,7
Spätkartoffeln ²⁾	2,6	3,0	2,5
Zuckerrüben	2,4	2,6	2,6
Runkelrüben	2,8	3,1	2,8
Kohlrüben	2,9	3,2	3,0
Klee und Klee gras	2,7	2,9	2,6
Luzerne	2,8	2,7	2,6
Wiesen und Mähweiden	2,7	3,0	2,6
Viehweiden	2,6	3,0	2,6
Tabak	2,8	2,8	2,6

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.
2) Einschl. der mittelfrühen und mittelspäten Sorten.

des Sommergetreides ungestört fort. Beim Wintergetreide verlief die Entwicklung noch günstiger. Lediglich in den Höhengebieten, wo die Ackerkrume durch die lebhaften Nordostwinde stark austrocknete, wurde das Wachstum verzögert. Vor allem ab Mitte Mai, als immer häufiger Regenfälle auftraten, konnte sich das Getreide in allen Gebieten sehr vorteilhaft weiterentwickeln. Anfang Juni wurde der Wachstumsstand bereits wesentlich günstiger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beurteilt. Diese Feststellung trifft zwar in erster Linie für die Wintersaaten zu, aber auch das Sommergetreide wies in den bedeutendsten Ackerbaugebieten einen guten Stand auf. In den Höhengebieten ließen die Sommergetreidebestände jedoch einige Lücken erkennen. Die heftigen Regenfälle in der zweiten Maihälfte und Anfang Juni bewirkten gebietsweise eine Lagerung des Getreides. Diese aufgezeigten Nachteile konnten jedoch das allgemein gute Gesamtbild der Getreidebestände nicht wesentlich beeinflussen. Insbesondere zur Zeit des Ährenschiebens stand den meisten Getreidearten ausreichend Feuchtigkeit zur Verfügung. Auch die kühlere und regenreiche Witterung im Juni wirkte sich auf das weitere Wachstum und vor allem auf die Ausbildung der Ähren vorteilhaft aus, so daß Ende Juni in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz recht günstige Getreidebestände beobachtet werden konnten.

Die hochsommerliche Witterung ab Anfang Juli beschleunigte die Reife des Getreides erheblich. Ende der ersten Monatsdekade wurden in Rheinhessen und der Pfalz sowie in den Tallagen des nördlichen Landesteiles die ersten Wintergerstenbestände geerntet. Bei Sommergerste und Winterweizen setzten die Erntearbeiten zu Beginn der dritten Juli-dekade ein, in den Höhengebieten Anfang August.

Nach der ersten Vorschätzung der ehrenamtlichen Berichterstatte Anfang Juli sind bei allen Getreidearten höhere Hektarerträge als im Vorjahr zu erwarten. Mit Ausnahme von Sommerweizen, Hafer und Sommermenggetreide fielen die vorläufigen Flächenleistungen auch günstiger als im Sechsjahresdurchschnitt 1965/70 aus. Für Getreide insgesamt errechneten sich 34,2 dz je ha gegenüber 31,1 dz im Vorjahr und 33,1 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Neben Winterweizen (37,6 dz) werden vor allem die Erträge von Sommergerste (34,0 dz) und Hafer (30,1 dz), die in Rheinland-Pfalz zu den wichtigsten Getreidearten gehören, die niedrigen Hektarleistungen des Vorjahres deutlich übertreffen. Da nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung wiederum eine Ausweitung der Anbauflächen stattgefunden hat, wird auch die Getreideernte insgesamt mit etwa 1,3 Mill. t erheblich höher ausfallen als im Jahre 1970. Allerdings lagen bei der ersten Vorschätzung noch keinerlei Druschergebnisse vor, so daß die Ergebnisse noch relativ unsicher sind. Ferner muß abgewartet werden, wie sich die sehr warme und trockene Witterung im Juli auf den Ertrag ausgewirkt hat und ob der Wetterablauf im August und Anfang September eine verlustfreie Bergung der Getreideernte erlaubt.

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung Anfang Juli 1971
	Ø 1965/70	1970	
	dz/ha		
Getreide	33,1	31,1	34,2
Brotgetreidearten	34,4	34,0	36,0
Winterweizen	37,0	35,2	37,6
Sommerweizen	33,2	31,3	33,0
Winterroggen	29,7	31,6	32,6
Sommerroggen	25,7	28,4	29,1
Wintermenggetreide	30,3	30,1	31,9
Futter- und Industrie- getreidearten	31,7	28,6	32,6
Wintergerste	36,8	35,8	37,1
Sommergerste	32,5	29,1	34,0
Hafer	30,2	26,8	30,1
Sommermenggetreide	30,6	27,3	29,5
Frühkartoffeln	212,3	197,8	178,1
Winterraps	23,3	23,9	26,0
Sommerraps und Rüben	19,8	20,0	20,5
Rauhfutter 1)	48,8	47,2	47,9
Klee und Klee gras	55,5	60,2	58,4
Luzerne	57,8	63,3	60,8
Wiesen und Mähweiden	47,6	45,5	46,7
Ackerwiesen	48,6	49,9	48,7

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

Futterpflanzen

Das Wachstum der Futterpflanzen setzte Anfang April verstärkt ein und zeigte bis Mitte April eine zügige Entwicklung. Infolge der zunehmenden Trockenheit traten jedoch vor allem zu Beginn der zweiten Aprilhälfte und Anfang Mai in den Höhengebieten und bei den Feldfutterbeständen vorübergehende Störungen ein. Bei den Wiesen in den Tallagen, denen ohnehin mehr Feuchtigkeit zur Verfügung steht, verlief die Entwicklung jedoch zügiger. Ende April wurde der Wachstumsstand der Futterpflanzen von den ehrenamtlichen Berichterstatte geringfügig besser als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und auch etwas günstiger als mittel beurteilt. Im vergangenen Jahre hatte jedoch die winterliche Witterung bis Mitte April andauert und das Wachstum entsprechend später begonnen. Insbesondere ab Mitte Mai zeigte das Wachstum der Futterpflanzen gute Fortschritte. Die Beurteilungsnoten fielen Anfang Juni wiederum etwas besser als im Vormonat und zum entsprechenden Zeitpunkt des Jahres 1970 aus. Am günstigsten wurden die Wiesen (2,6) beurteilt. Auffallend war jedoch, daß bei zahlreichen Wiesen, die in Rheinland-Pfalz von allen Futterpflanzen den weitaus größten Teil beanspruchen, zwar die Obergräser eine beachtliche Wuchshöhe erreicht hatten, die Untergräser jedoch in der Entwicklung teilweise zurückgeblieben waren.

Der Weideauftrieb des Rindviehs konnte wegen der warmen Witterung im April bereits gut zwei Wochen früher erfolgen als 1970. Nach der ersten Nutzung blieb der Nachwuchs im Mai jedoch vielfach aus, bis zur Monatsmitte verstärkte Regenfälle einsetzten.

Mit dem ersten Schnitt zur Einbringung der Rauhfutterernte wurde vereinzelt Ende Mai und verstärkt Anfang Juni begonnen. Das geschnittene Futter diente teilweise zum Füllen der Silos, während die Heuwerbung infolge der täglich niedergehenden starken Regenfälle keine nennenswerten

Fortschritte zeigte. Die Arbeiten mußten sogar bei der regnerischen Witterung für gut zwei Wochen völlig ruhen. Erst zu Beginn der dritten Junidekade und vor allem ab Anfang Juli konnte die Einbringung der Heuernte verbreitet einsetzen. Sie war bis Ende der ersten Julidekade größtenteils beendet. Die überwiegend kühle und regnerische Witterung im Juni brachte zwar den Untergräsern noch einen gewissen Ertragszuwachs, die Obergräser waren jedoch bis Anfang Juli in erheblichem Maße überständig geworden.

Die Schätzung des ersten Rauhfutterschnittes ergab für Wiesen und Mähweiden 46,7 dz je ha gegenüber 45,5 dz im Vorjahr und 47,6 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Bei Klee und Klee gras, Luzerne sowie Ackerwiesen wurde zwar der Sechsjahresdurchschnitt etwas übertroffen, das Ergebnis von 1970 jedoch nicht ganz erreicht. Die Mengenerträge waren somit im großen und ganzen zufriedenstellend. Hinsichtlich der Qualität sind allerdings die Erwartungen in vielen Gebieten nicht erfüllt worden, da infolge der anhaltenden Regenfälle im Juni und des verspäteten Schnittes erhebliche Nährstoffverluste zu verzeichnen waren. Verschiedentlich kam es auch zu Totalausfällen, weil das Schnittgut zu lange der ungünstigen Witterung ausgesetzt blieb und eine Einbringung Anfang Juli nicht mehr lohnte.

Im Juli stand den Futterpflanzen trotz hochsommerlicher Witterung zunächst genügend Feuchtigkeit zur Verfügung. Zum Monatsende ließ sich daher besonders bei den Flächen, die frühzeitig gemäht worden waren, ein ausreichender Nachwuchs beobachten, während in den Fällen, wo der Schnitt erst Ende Juni oder Anfang Juli einsetzte, aufgrund der ab Mitte Juli anhaltenden Trockenheit mit gewissen Ertragsausfällen gerechnet werden muß.

Hackfrüchte

Die Hackfrüchte konnten in diesem Jahre etwa zwei bis drei Wochen zeitiger bestellt werden als im Vorjahr. Das Auspflanzen der Frühkartoffeln erfolgte vorwiegend Ende März/Anfang April, das der Spätkartoffeln sowie die Bestellung der Rüben Mitte April. Die Kartoffeln liefen im allgemeinen gut auf, während sich auf den Rübenflächen infolge der stark ausgetrockneten Ackerkrume gebietsweise einige Lücken erkennen ließen. Als ab Mitte Mai die Niederschläge verstärkt einsetzten, entwickelten sich alle Hackfrüchte sehr vorteilhaft und die eingetretene Verzögerung war Anfang Juni größtenteils aufgeholt. Am günstigsten wurden zu diesem Zeitpunkt die Frühkartoffeln mit der Note 2,6 beurteilt, während Spätkartoffeln 2,8 und Zuckerrüben 3,1 erhielten. Lediglich die Runkelrüben, die auf Trockenperioden im allgemeinen am deutlichsten reagieren, wurden Anfang Juni etwas geringer als mittel, aber doch noch günstiger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beurteilt. Die sehr regenreiche Witterung im Juni wirkte sich bei allen Hackfrüchten weiterhin vorteilhaft aus. Es waren zwar erhebliche Anstrengungen zur Bekämpfung des Unkrautwuchses erforderlich, aber Ende Juni hatten sich in allen Gebieten von Rheinland-

Pfalz die Bestandsreihen geschlossen und die Hackfrüchte zeigten ein recht günstiges Bild, obwohl verschiedene Rübenfelder durch Auflaufschwierigkeiten bedingte Lücken aufwiesen. Im Juli ging das Wachstum weiter zügig voran, so daß noch für alle Hackfrüchte überdurchschnittliche Erträge erwartet werden können. Die weitere Entwicklung wird jedoch entscheidend von einer ausreichenden Niederschlagsversorgung abhängen, zumal sich Ende Juli die anhaltende Trockenheit vornehmlich bei den Runkelrüben bereits hier und dort nachteilig ausgewirkt hat.

3. Wein

Auf Grund der teilweise sommerlichen Temperaturen erfolgte der Rebenaustrieb bereits zu Beginn der dritten Aprildekade und damit gut zwei Wochen zeitiger als im Jahre 1970. Er verlief jedoch in vielen Weinbaugebieten ungleichmäßig, so daß die Beurteilung des Austriebs seitens der Berichterstatter ungünstiger war als im Vorjahr. Die Ursache wird in der geringeren Holzausreife zu suchen sein. Infolge der Spätfröste und der kühlen Witterung in der letzten Aprilwoche wurde die Entwicklung zunächst für mehrere Tage gehemmt. Auch waren gebietsweise einige Frostschäden an den jungen Trieben zu verzeichnen. Ab Anfang Mai verlief die Entwicklung bei überwiegend warmer Witterung sehr zügig. Ende Mai wurde der Rebenstand mit der Note 2,4 ebenso günstig beurteilt wie zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Gescheinansatz deutete darauf hin, daß es nach der Rekordmenge des Vorjahres wiederum eine überdurchschnittliche Weinmosternte geben würde.

Die Rebenblüte setzte vereinzelt bereits Anfang Juni, in den Hauptgebieten verbreitet Ende der ersten Juniwoche ein. Dieser Zeitpunkt lag ebenfalls um etwa zwei Wochen früher als im Jahre 1970. Infolge der dann einsetzenden kühlen und niederschlagsreichen Witterung blieb die Rebenblüte jedoch volle zwei Wochen stecken, so daß der

Wachstumstand der Reben und Traubenansatz Ende Juli 1971

Weinbaugebiet	Wachstumstand		Traubenansatz 1971		
	1970	1971	schlecht	mittel	gut
	Noten ¹⁾		% der eingegangenen Berichte		
Mittelrhein einschl. Lahn	2,0	2,3	6	69	25
Nahe (Koblenz)	2,0	2,6	-	90	10
Obermosel	1,9	2,8	17	74	9
Saar	2,1	2,6	6	88	6
Ruwer	2,2	2,5	-	91	9
Mittelmosel	1,9	2,4	4	86	10
Untermosel	2,0	2,3	14	75	11
Ahr	1,9	2,5	17	67	16
Worms	1,9	2,8	6	84	10
Oppenheim	1,6	2,4	0	75	25
Mainz	2,0	2,6	-	89	11
Ingelheim	1,9	2,5	-	83	17
Wiesbach	2,0	2,6	-	93	7
Bingen	2,0	2,4	2	91	7
Nahe (Rheinhessen)	1,6	2,6	0	88	12
Alzey	2,0	2,6	10	78	12
Mittelhaardt	1,7	2,5	4	64	32
Oberhaardt	1,8	2,6	7	63	30
Unterhaardt mit Zellertal	1,9	2,4	8	65	27
Nahe (Pfalz)	2,1	2,7	12	80	8
Rheinland-Pfalz	1,9	2,6	7	77	16

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

Wachstumsvorsprung verloren ging und die Hoffnungen auf ein frühzeitiges Ende der Blüte nicht erfüllt wurden. In diesen Gebieten kam die Blüte zu Beginn der dritten Junidekade zum Abschluß, während sie in anderen Lagen nun erst einsetzte und Anfang Juli als beendet angesehen werden konnte. Während die Rebenblüte im vergangenen Jahr größtenteils in weniger als einer Woche beendet war, zog sie sich in diesem Jahr somit in den meisten Gebieten über zwei bis drei Wochen hin. Von den Berichterstatern wurde ihr Verlauf daher auch wesentlich ungünstiger beurteilt als 1970. Ferner sind im Gegensatz zum letzten Jahr in den meisten Weinbaugebieten auch größere Verrieselungsschäden eingetreten, wodurch die Erwartungen auf einen reichlichen Mengenertrag erheblich reduziert wurden. Wenn auch der Zeitpunkt für den Abschluß der Rebenblüte noch in etwa dem von Normaljahren entsprach, so wies die Entwicklung der Trauben zu Anfang Juni von Lage zu Lage und selbst von Rebstock zu Rebstock große Unterschiede auf. Mit der Note 2,7 im Durchschnitt aller Weinbaugebiete wurde der Rebenstand Ende Juni auch wesentlich geringer beurteilt als im Vormonat.

Die hochsommerliche Witterung im Juli bewirkte wiederum ein züiges Wachstum der Reben. Die vorteilhafte Entwicklung fand ihren Niederschlag in der etwas besseren Beurteilung des Rebenstandes zu Ende Juli im Vergleich zum Vormonat. Gegenüber 1970 zeigte sich jedoch ein deutlicher Rückstand. Für das weitere Wachstum von Reben und Trauben wird eine ausreichende Feuchtigkeitsversorgung von entscheidender Bedeutung sein. Den Traubenansatz sahen Ende Juli etwa drei Viertel der Berichterstaten nur als mittel an, 16% als gut. Im Jahr zuvor hatten ihn 86% als gut beurteilt.

Wenn auch bisher noch keine Ertragsschätzungen vorgenommen werden konnten, so läßt sich doch aus diesen Beobachtungen eine Weinmosternte erwarten, die etwa dem mehrjährigen Durchschnitt entspricht. Im Durchschnitt der Jahre 1960/70 wurden in Rheinland-Pfalz etwa 4,4 Mill. hl Weinmost eingebracht. Trotz der erheblichen Wachstumsverzögerungen im Juni sind insbesondere auf Grund der vorteilhaften Entwicklung im Juli die Voraussetzungen für einen in qualitativer Hinsicht ansprechenden Jahrgang zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus gegeben.

4. Obst

Die Obstblüte begann mit den Aprikosen im südlichen Landesteil und im Rheintal Ende der ersten Aprildekade. Mitte April setzte sie bei Süßkirschen und den übrigen frühen Steinobstarten ein. Die ersten Kernobstarten erblühten zu Beginn der dritten Aprildekade. Auf Grund der vorherrschenden warmen Witterung verlief die Blüte meist vorteilhaft. Mitte Mai war sie auch beim Kernobst in den Höhengebieten größtenteils beendet. Lediglich in der letzten Aprilwoche traten in einigen Gebieten vor allem bei den späten Steinobst- und frühen Kernobstarten Schäden durch Spätfrost auf. Nahezu alle Obstarten hatten einen sehr reichen Blütenansatz aufzuweisen.

Die weitere Entwicklung verlief zunächst recht günstig. Im Juni wurde die Reife der Kirschen und des Beerenobstes jedoch durch die anhaltenden Regenfälle und die kühle Witterung nachteilig beeinflusst. Die Süßkirschenernte, die bereits endgültig geschätzt wurde, betrug rund 206 000 dz und blieb damit um 10% unter der des Vorjahres, aber deutlich über der Menge im mehrjährigen Durchschnitt. Die häufigen Niederschläge ließen bereits einen Teil der Früchte am Baum aufplatzen und faulen. Sauerkirschen brachten 24,2 kg je Baum gegenüber 22,7 im Vorjahr und 19,8 im Sechsjahresdurchschnitt. Die Gesamtmenge bezifferte sich auf rund 215 000 dz und lag um etwa 7% über der von 1970. Nach der zweiten Vorschätzung werden die Baum-erträge bei den späteren Steinobstarten die vorjährigen nicht ganz erreichen, aber die Ergebnisse im Sechsjahresdurchschnitt 1965/70 voraussichtlich noch deutlich übertreffen.

Bei den Äpfeln war im Juni vor allem bei den ungepflügten Hochstämmen ein beträchtlicher Fruchtfall zu verzeichnen. Nach der ersten Vorschätzung sind daher etwas geringere Erträge als im Vorjahr und im mehrjährigen Durchschnitt zu erwarten. Unter Berücksichtigung der umfangreichen Rodungen im Intensivanbau wird die Ernte hier nur etwas mehr als 180 000 dz betragen. Bei Birnen fällt die Ernte nach den hohen Erträgen des Vorjahres nur durchschnittlich aus.

Unter den Strauchbeerenobstarten lieferten Johannisbeeren mit 2,7 kg je Strauch niedrigere Erträge als im Jahre 1970, während bei Stachelbeeren die Vergleichswerte erreicht und bei Himbeeren überschritten wurden. Erdbeeren wiesen zunächst einen reichen Fruchtansatz auf. Infolge der häufigen Regenfälle und kühlen Witterung im Juni sowie einer verminderten Anbaufläche blieb die Gesamternte mit etwa 11 000 dz jedoch deutlich unter der des Vorjahres. Der Hektarertrag belief sich auf 64,6 dz gegenüber 87,0 im Jahre 1970 und 73,1 im mehrjährigen Durchschnitt.

Ernteschätzung für Obst 1971

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung im Juli 1971
	Ø 1965/70	1970	
	kg je Baum		
Äpfel, Standort I ¹⁾	28 501	28 650	17 471
Äpfel, Standort II und III	33,0	30,6	25,8
Hoch- und Halbstämme	37,5	34,6	29,2
Viertelstämme und Buschbäume	21,0	19,5	16,6
Spindelbüsche, Spindeln u. Spaliere	13,7	14,0	12,4
Birnen	25,7	35,7	24,6
Hoch- und Halbstämme	32,2	41,4	28,3
Viertelstämme und Buschbäume	20,7	27,3	19,5
Spindeln und Spaliere	12,6	17,8	12,4 ²⁾
Kirschen	22,2	26,4	25,8 ²⁾
Süßkirschen	25,0	30,9	27,8 ²⁾
Sauerkirschen	19,8	22,7	24,2 ²⁾
Pflaumen und Zwetschen	24,5	27,2	22,0
Mirabellen und Renekloden	19,1	23,4	19,6
Aprikosen	16,9	25,6	21,5
Pfirsiche	13,4	17,6	16,2 ²⁾
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,6	3,0	2,7 ²⁾
rote und weiße	2,7	3,2	2,9 ²⁾
schwarze	2,2	2,3	2,2 ²⁾
Stachelbeeren (kg je Strauch)	2,8	3,0	3,0
Himbeeren (kg je qm)	1,7	2,0	2,1
Erdbeeren (dz je ha)	73,1	87,0	64,6

1) Gesamterntemenge in t. - 2) Endgültiger Ertrag.

5. Gemüse

Der zeitige Wachstumsbeginn im Frühjahr wirkte sich auf die Entwicklung der überwinterten und frühen Gemüsearten zunächst vorteilhaft aus. Ihr Wachstum wurde aber im Laufe des Monats April durch die zunehmende Trockenheit erheblich gehemmt. Die Hektarerträge bei Winter- und Frühjahrsspinat lagen noch etwas über denen in den Vergleichsjahren. Bei Frühlkohlrabi und Frühjahrskopfsalat blieben sie jedoch deutlich darunter. Spargel, dessen Wachstum im Frühjahr stark gefördert wurde, lieferte 47,8 dz je ha gegenüber 45,6 im letzten Jahre und 45,9 im mehrjährigen Durchschnitt. Bei leicht verminderter Anbaufläche erbrachte er eine Gesamternte von rund 31 000 dz und übertraf damit die Menge von 1970 noch geringfügig. Von den übrigen bereits endgültig geschätzten frühen Gemüsearten erreichten nur frühe Möhren mit 197,3 dz/ha einen etwas höheren Ertrag als im Vorjahr, wo Kälte und Nässe ein ra-

Ernteschätzung für Gemüse 1971

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø	1970	1971 ¹⁾
	1965/70	dz/ha	
Winterspinat	148,5	154,6	157,5
Frühjahrsspinat	128,0	138,5	148,3
Frühweiskohl	259,5	286,3	273,8
Frührotkohl	238,8	266,9	267,6
Frühwirsing	197,2	214,6	193,9
Frühblumenkohl	155,7	189,7	168,3
Frühe Möhren u. Karotten	218,7	191,3	197,3
Frischerbsen	47,1	43,3	43,7
Dicke Bohnen	126,7	112,1	122,7
Frühlkohlrabi	161,7	163,9	159,5
Frühjahrskopfsalat	156,5	175,7	152,1
Spargel	45,9	45,6	47,8 ²⁾
Steckzwiebeln	259,1	261,0	225,1 ²⁾
Buschbohnen	90,4	124,3	92,8 ²⁾
Stangenbohnen	121,6	135,3	113,8 ²⁾
Einlegegurken	148,9	171,4	147,1 ²⁾
Schälgurken	188,5	231,1	207,7 ²⁾
Tomaten	313,3	372,3	303,1 ²⁾

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1971. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1971.

Wachstumstand der späten Gemüsearten im Juli 1969 - 1971

Gemüseart	1969	1970	1971
	Noten ¹⁾		
Mittelfrüher und Spätblumenkohl	2,3	2,3	2,9
Sommer- und Herbstkopfsalat	2,2	2,3	2,6
Späte Möhren und Karotten	2,4	2,3	2,9
Saatzwiebeln	2,3	2,3	2,5
Herbstweiskohl	2,5	2,5	2,8
Dauerweiskohl	2,5	2,6	2,8
Herbstrotkohl	2,6	2,4	2,9
Dauerrotkohl	2,3	2,4	2,9
Herbstwirsing	2,5	2,3	2,9
Dauer- einschl. Winterwirsing	2,6	2,4	2,7

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

sches Auflaufen der Saaten verhinderten. Die Ergebnisse im mehrjährigen Durchschnitt wurden jedoch teilweise, insbesondere bei Weiß-, Rot- und Blumenkohl, noch deutlich übertroffen.

Nach dem Stand von Mitte Juli ist bei den in den kommenden Wochen zur Ernte anstehenden Arten wie Bohnen, Steckzwiebeln, Gurken und Tomaten infolge der fehlenden Niederschlagsversorgung mit geringeren Erträgen zu rechnen als vor Jahresfrist. Da mit Ausnahme der Steckzwiebeln auch ein verminderter Anbau beabsichtigt war, werden die Erntemengen mehr oder weniger unter den vorjährigen liegen.

Beim Spätgemüse sind noch keine Ertragsprognosen möglich. Eine Beurteilung des Wachstumstandes ergab jedoch deutlich schlechtere Noten als in mehreren vorangegangenen Jahren. Nach einer anfänglich guten Entwicklung hat sich bei diesen Arten, die hohe Feuchtigkeitsansprüche stellen, die sommerliche Trockenheit im Juli äußerst nachteilig ausgewirkt. Die zukünftige Ertragshöhe wird daher in entscheidendem Maße vom Witterungsablauf der nächsten Wochen abhängen.

Dr. J. Töniges/Diplom-Agraringenieur W. Laux

Hochbautätigkeit 1970

1. Allgemeine Entwicklung

Im vergangenen Jahr wurde an dieser Stelle aufgrund verschiedener Indikatoren die Voraussage getroffen, daß sich das Wohnungsbauergebnis 1970 erheblich niedriger stellen würde als 1969. Maßgebend für diese negative Pronose waren folgende Faktoren: Ein langer und intensiver Winter 1969/70, der zu einem praktisch nicht mehr aufholbaren Verlust an Arbeitsstunden und zur Abwanderung wertvoller Fachkräfte in die stationäre Industrie führte, extrem hohe Hypothekenzinsen, starke Bau- preissteigerungen und Verteuerung des Baulandes. Die positiven Einflüsse (steigender Bauüberhang und damit größerer Bauvorrat, Zunahme der Baugenehmigungen, womit nach wie vor von einem Nachlassen des Bauwillens keine Rede sein konnte) würden durch diese gegensätzlichen Tendenzen vermutlich überkompensiert werden. Die Voraussage ist voll und ganz eingetroffen.

Das Fertigstellungsergebnis, gemessen an allen errichteten Wohneinheiten, lag 1970 um 8,4% unter dem von 1969. Dies war der zweitgrößte Rückgang in den letzten zehn Jahren. Er wurde nur im Rezessionsjahr 1967 übertroffen (— 11,3%). Die Faustregel, daß die Fertigstellungen eines Jahres weitgehend den am Anfang des Jahres im Bau befindlichen Wohnungen („echter Bauüberhang“) entsprechen, hatte damit wegen der außergewöhnlichen Umstände des Jahres 1970 keine Gültigkeit mehr, vielmehr machten die fertiggestellten Wohnungen nur rund 80% des echten Bauüberhangs aus. Auch der Nichtwohnbau hat eine Negativ-Bilanz aufzuweisen, indem im Berichtsjahr 11,8% Gebäude weniger errichtet wurden als 1969. Allerdings blieb die fertiggestellte Nutzfläche in diesen Gebäuden nur um 2,5% unter dem Vorjahresergebnis.

Die Aussichten für das laufende Jahr 1971 ergeben zweifellos ein erfreulicheres Bild. Infolge der

für 1970 aufgezeigten Hemmungen bei der Inangriffnahme neuer Bauvorhaben ist am 31. Dezember 1970 mit 46 600 Wohnungen einmal ein Bauüberhang und damit ein Bauvorrat an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen erreicht worden, der um 10,2% über dem Wert von 1969 lag. Der echte Bauüberhang betrug rund 33 600 Wohnungen. Zum anderen stiegen die Baugenehmigungen im Zeitraum Januar bis einschließlich Mai 1971 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 21,2% an. Offenbar waren die Einkommenssteigerungen des letzten Jahres stark genug, um in Verbindung mit der Besorgnis vor weiteren größeren Baupreiserhöhungen viele Bauwillige zu bewegen, nunmehr beschleunigt ihre Baupläne zu verwirklichen. Auch die verstärkte Wohnungsbauförderung durch die öffentliche Hand, die auf Bundesebene als Planziel die Förderung von rund 250 000 Wohnungen jährlich vorsieht - 1970 waren es nur etwa 150 000 -, wirkte in diese Richtung. Nimmt man noch die günstigen Witterungsverhältnisse des ersten Quartals 1971 hinzu, die kaum zu einer Beeinträchtigung der Bautätigkeit führten, so darf angenommen werden, daß 1971 die in den vergangenen vier Jahren festgestellte Tendenz kontinuierlicher Rückgänge im Wohnungsbau umschlagen und einer Steigerung des Fertigstellungsergebnisses Platz machen wird. Nur angenommen, daß 1971 wiederum 80% des echten Bauüberhangs vom 31. Dezember 1970 fertiggestellt würden, so ergäben sich immerhin fast 27 000 Wohneinheiten gegenüber nur rund 24 400 im Berichtsjahr, was einer Steigerung von über 10% entspräche. Diese Werte können sich aber leicht auch günstiger stellen.

2. Gesamter Wohnungsbau

Von den im Berichtsjahr fertiggestellten 24 379 Wohnungen entfielen 22 173 auf die 11 992 neu errichteten Wohngebäude. Nur 1 001 oder 8,3% davon waren Mehrfamilienhäuser. Der Anteil der in ihnen liegenden Wohnungen betrug aber 38,4%, ein Wert, der ungefähr dem des Vorjahres entsprach. Die durchschnittliche Raumzahl einer Wohnung stieg von 4,6 auf 4,7 und die Wohnfläche erhöhte sich von 91,2 auf 93,3 qm.

Innerhalb der Gemeindegrößenklassen ließen sich wieder deutliche Differenzierungen in der Struktur der neu errichteten Wohnungen in Wohngebäuden und auch Entwicklungstendenzen feststellen, die auf eine weitere Verstärkung des Gewichts der Großstädte hinausliefen. Ihr Anteil am Fertigstellungsergebnis stieg von 21,4 auf 25,3%, bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sogar von 42,3 auf 49,3%. Fast die Hälfte aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wurde also in den Großstädten gebaut, während der Anteil der Mehrfamilienhäuser selbst in dieser Gemeindegrößenklasse nur 37,7% betrug. Wiederum waren die Ein- und Zweifamilienhäuser Domäne der Kleingemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, denn 40,5% der in diesem Gebäudetyp errichteten Wohnungen entfielen auf sie. Bei der Anzahl der Räume und der durchschnittlichen Wohnfläche je Wohnung ergab sich wieder eine eindeutig negative Korrelation derart, daß mit steigender Gemeindegröße Raumzahl und Wohnfläche je Wohnung abnahmen. Während in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern eine Wohnung 5,3 Räume und 105,6 qm Wohnfläche enthielt, stellten sich die Werte in Großstädten auf 4,2 und 79,9.

Baufertigstellungen im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Gemeindegrößenklassen und Gebäudearten 1970

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einwohner	4 647	38,8	5 835	26,3	30 961	29,6	5,3	616	105,6	3 817	397 273	68 084
2 000 - 5 000 "	2 196	18,4	3 127	14,1	15 861	15,1	5,1	317	101,4	1 929	212 968	68 106
5 000 - 20 000 "	2 107	17,6	3 862	17,4	18 424	17,6	4,8	366	94,8	2 130	242 872	62 888
20 000 - 50 000 "	844	7,0	2 281	10,3	9 731	9,3	4,3	196	85,9	1 078	125 280	54 923
50 000 - 100 000 "	687	5,7	1 460	6,6	6 383	6,1	4,4	126	86,3	717	83 553	57 228
100 000 und mehr "	1 511	12,6	5 608	25,3	23 361	22,3	4,2	448	79,9	2 348	273 863	48 834
Insgesamt	11 992	100,0	22 173	100,0	104 721	100,0	4,7	2 069	93,3	12 019	1 335 809	60 245
Ein- und Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	4 564	41,5	5 535	40,5	29 708	40,9	5,4	593	107,1	3 688	383 922	69 363
2 000 - 5 000 "	2 086	19,0	2 600	19,1	13 729	18,9	5,3	276	106,2	1 721	189 371	72 835
5 000 - 20 000 "	1 912	17,4	2 470	18,1	13 030	17,9	5,3	266	107,7	1 630	186 012	75 309
20 000 - 50 000 "	711	6,5	894	6,5	4 737	6,5	5,3	97	108,5	600	70 912	79 320
50 000 - 100 000 "	585	5,3	744	5,5	3 902	5,4	5,2	78	104,8	470	55 240	74 247
100 000 und mehr "	1 133	10,3	1 412	10,3	7 542	10,4	5,3	155	109,8	936	115 342	81 687
Zusammen	10 991	100,0	13 655	100,0	72 648	100,0	5,3	1 465	107,3	9 045	1 000 799	73 292
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	83	8,3	300	3,5	1 253	3,9	4,2	24	80,0	129	13 351	44 503
2 000 - 5 000 "	110	11,0	527	6,2	2 132	6,7	4,0	41	77,8	208	23 597	44 776
5 000 - 20 000 "	195	19,5	1 392	16,3	5 394	16,8	3,9	100	71,8	500	56 860	40 848
20 000 - 50 000 "	133	13,3	1 387	16,3	4 994	15,6	3,6	98	70,7	478	54 368	39 198
50 000 - 100 000 "	102	10,2	716	8,4	2 481	7,7	3,5	48	67,0	247	28 313	39 543
100 000 und mehr "	378	37,7	4 196	49,3	15 819	49,3	3,8	293	69,8	1 412	158 521	37 779
Zusammen	1 001	100,0	8 518	100,0	32 073	100,0	3,8	604	70,9	2 974	335 010	39 330

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungs- unternehmen)	952	87	9,1	234	24,6	303	31,8	254	26,7	74	7,8
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	3 797	73	1,9	552	14,5	1 525	40,2	1 530	40,3	117	3,1
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 340	252	18,8	154	11,5	491	36,7	401	29,9	42	3,1
Öffentliche Bauherren	532	179	33,6	136	25,6	100	18,8	93	17,5	24	4,5
Private Haushalte	17 279	987	5,7	1 662	9,6	4 423	25,6	7 272	42,1	2 935	17,0
unter 2 000 Einwohner	6 561	164	2,5	580	8,9	1 326	20,2	3 026	46,1	1 465	22,3
2 000 - 5 000 "	3 429	89	2,6	300	8,7	911	26,6	1 534	44,7	595	17,4
5 000 - 20 000 "	4 181	185	4,4	533	12,7	1 218	29,1	1 733	41,5	512	12,3
20 000 - 50 000 "	2 404	249	10,4	364	15,1	841	35,0	751	31,2	199	8,3
50 000 - 100 000 "	1 573	127	8,1	306	19,5	466	29,6	543	34,5	131	8,3
100 000 und mehr "	5 752	764	13,3	655	11,4	2 080	36,2	1 963	34,1	290	5,0
Koblenz	8 341	334	4,0	1 075	12,9	2 308	27,7	3 394	40,7	1 230	14,7
Trier	2 381	94	4,0	270	11,3	531	22,3	962	40,4	524	22,0
Rheinhausen-Pfalz	13 178	1 150	8,7	1 393	10,6	4 003	30,4	5 194	39,4	1 438	10,9
Insgesamt	23 900	1 578	6,6	2 738	11,5	6 842	28,6	9 550	40,0	3 192	13,3

Immerhin stieg aber die Raumzahl in der zuletzt genannten Gemeindegrößenklasse gegenüber 1969 von 3,8 auf 4,2 und die Wohnfläche von 75,0 auf 79,9 qm. Die Tendenz, mit steigendem Einkommen höheren Wohnkomfort in Form von mehr Räumen und größerer Wohnfläche in Anspruch zu nehmen, läßt sich also auch in den an Bauland knappen größeren Städten nachweisen. Entsprechend hohe Mieten bzw. Belastungen bei Eigentümerwohnungen, die nicht selten über 20% des Einkommens ausmachen, sind die Folge. Selbst in den Kleingemeinden unter 2 000 Einwohnern ist noch kein Ende dieser Entwicklung abzusehen, denn bei gleichbleibender Raumzahl von 5,3 Räumen je Wohnung stieg dort die Wohnfläche noch von 103,5 auf 105,6 qm. Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung erhöhten sich insgesamt von 57 525 DM auf 60 245 DM. Wegen der besseren Verteilung von Keller- und Dachgeschoßkosten auf die einzelne Wohnung war eine Wohnung in den im Durchschnitt mit erheblich mehr Wohneinheiten als in anderen Gemeindegrößenklassen bestückten Mehrfamilienhäusern in Großstädten am billigsten (37 779 DM), umgekehrt stellte sich eine Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern in der gleichen Größenklasse auf 81 687 DM und lag damit an der Spitze. Hier spielen vermutlich die Ausstattung und die fehlende Eigenleistung die ausschlaggebende Rolle, denn eine entsprechende Wohnung in Kleingemeinden kostete nur 69 363 DM.

Bei der Entwicklung des Fertigstellungsergebnisses in den Bauherrengruppen ist festzuhalten, daß die Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) mit 45% Rückgang gegenüber 1969 nur noch auf einen Gesamtanteil von 4,0% kamen (1969: 6,6%). Die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen verloren 13,7% und erreichten einen Anteil von 15,9% am Fertigstellungsergebnis. Mit der schon erwähnten verstärkten öffentlichen Förderung im sozialen Wohnungsbau wird sich in absehbarer Zeit sicher eine nicht uner-

hebliche Veränderung ergeben, denn schon einmal hat diese Bauherrengruppe in Zeiten starker Förderungstätigkeit der öffentlichen Hand auf dem Wohnungsbausektor Anteile von über 20% erreicht, und zwar Ende der 50er Jahre. Die freien Wohnungsunternehmen waren trotz der schlechten Gesamtsituation sehr aktiv, denn sie konnten eine Steigerungsrate von 14,4% aufweisen. Vermutlich bauen diese Unternehmen vorwiegend in den Ballungsgebieten, wo infolge des knappen Wohnungsangebots und der günstigen Einkommenslage auch die durch die Baupreissteigerungen sehr hoch getriebenen Mieten für Neubauten gezahlt werden. Auf private Haushalte kamen 72,3% der Wohnungen.

Die als eine der zentralen Strukturgrößen bedeutsame durchschnittliche Raumzahl der Wohnungen differierte wieder sehr stark nach den verschiedenen Unterscheidungskriterien. Insgesamt nahmen, wie aus der gestiegenen durchschnittlichen Raumzahl und der größeren Wohnfläche schon zu schließen war, die Großwohnungen weiter zu. Wohnungen mit fünf und mehr Räumen erreichten jetzt 53,3%. Die Dreiraumwohnung sank auf ihren bisher niedrigsten Anteil von 11,6% ab. Starke Bedeutung hatte sie aber mit Quoten von 25,6 und 24,6% immer noch bei den öffentlichen Bauherren und den Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen). Bei den Gemeindegrößenklassen war sie mit 19,5% in Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern relativ am stärksten vertreten (in Kleingemeinden unter 2 000 Einwohnern nur mit 8,9%). Bevorzugter Wohnungstyp der Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen), der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen und der sonstigen Wohnungsunternehmen war die Vierraumwohnung mit Quoten von 31,8%, 40,2% und 36,7%. Die öffentlichen Bauherren bauten mit etwa einem Drittel der von ihnen errichteten Wohnungen relativ am häufigsten Ein- und Zweiraumwohnungen, und die privaten Haushalte schließlich zogen

Wohnungszugang im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude)
nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen
und Ausstattung der Wohnung 1970

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Woh- nungsunternehmen)	924	2,4	2,4	97,6	97,4
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	3 777	11,5	11,5	88,5	88,5
Sonst. Wohnungsunternehmen	1 340	3,3	3,3	96,7	96,7
Öffentliche Bauherren	524	44,8	44,8	55,2	55,2
Private Haushalte	15 608	11,6	11,6	88,4	88,1
unter 2 000 Einwohner	5 835	17,8	17,8	82,2	82,0
2 000 - 5 000 "	3 127	14,1	13,9	85,9	85,8
5 000 - 20 000 "	3 862	8,4	8,4	91,6	91,3
20 000 - 50 000 "	2 281	7,5	7,5	92,5	92,4
50 000 - 100 000 "	1 460	7,1	7,1	92,9	92,7
100 000 und mehr "	5 608	8,5	8,5	91,5	91,4
Koblenz	7 733	10,7	10,7	89,3	89,1
Trier	2 247	10,0	10,0	90,0	90,0
Rheinhesen-Pfalz	12 193	12,3	12,2	87,7	87,6
Insgesamt	22 173	11,5	11,5	88,5	88,3

mit 42,1% Fünf- und Sechsräumwohnungen vor. Mit 17,0% fertiggestellten Wohnungen von sieben und mehr Räumen lagen sie hier ebenfalls an der Spitze. Der zuletzt genannte Wohnungstyp war wie immer weitaus am stärksten im Regierungsbezirk Trier vertreten (22,0%), Koblenz und Rheinhesen-Pfalz wiesen hier nur Anteile von 14,7 und 10,9% aus.

In der *Ausstattung* der Wohnungen hat sich die seit Jahren beobachtete Tendenz zur höheren Wohnkultur fortgesetzt. Nahezu 100% der in ganzen Gebäuden fertiggestellten Wohnungen besaßen ein Bad, und der Anteil der mit Zentralheizung ausgerüsteten Wohnungen erreichte mit 88,5% seinen vorerst höchsten Stand. Zehn Jahre zuvor betrug der entsprechende Wert erst 16,8% und vor fünf Jahren 58,6%. Nach wie vor gab es erhebliche Differenzierungen nach Bauherrengruppen, Gemeindegrößenklassen und Regierungsbezirken, die sich jedoch in ihrer Struktur nicht wesentlich von dem Bild des Vorjahres unterscheiden. Die Unternehmen

(ohne Wohnungsunternehmen) und die sonstigen Unternehmen rüsteten ihre Wohnungen wie 1969 alle bis auf einen geringen Rest von 2 bzw. 3% mit Zentralheizung aus, während die öffentlichen Bauherren mit 55,2% so ausgestatteter Wohnungen hier am Schluß der Skala lagen. Inzwischen haben alle Gemeindegrößenklassen ab 5 000 Einwohnern die 90%-Marke überschritten, im vergangenen Jahr waren es nur die Großstädte. Selbst die Kleingemeinden unter 2 000 Einwohnern kamen schon auf 82,2% (1969: 76,6%). Innerhalb der Regierungsbezirke führte in diesem Jahr Trier mit 90,0%.

3. Sozialer Wohnungsbau

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den sogenannten „traditionellen“ öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Der sogenannte zweite Förderungsweg, bei dem unter Auflockerung der Einkommensgrenze der traditionellen Förderung ebenfalls öffentliche Mittel zur Verwendung gelangen - es handelte sich 1970 immerhin schon um 1 528 fertiggestellte Wohneinheiten, und die Bedeutung dieses Förderungsweges wird zweifellos noch zunehmen - bleibt hierbei unberücksichtigt.

Mit dem nahezu restlosen Auslaufen der beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung vom Frühjahr und Sommer 1967, die 1968 und 1969 zur Steigerung der Fertigstellungen im Sozialwohnungsbau in Höhe von etwa 11 bzw. 2% führten, erfuhr der sogenannte „traditionelle“ soziale Wohnungsbau im Berichtsjahr einen erheblichen Rückgang. Das Gesamtfertigungsergebnis lag mit nur 3 415 geförderten Wohnungen, wovon 3 321 reiner Wohnbau waren, um 31,1% unter dem Vorjahresergebnis und damit bisher am niedrigsten seit Bestehen des Sozialwohnungsbaus überhaupt. Im Verhältnis zu allen errichteten Wohnungen waren das nur 14%. Neben der Verminderung der Bundesmittel spielten natürlich auch die Steigerung der Masseneinkommen und die damit sich immer mehr verringernde Zahl der für eine öffentliche Förderung in Frage kommenden Bewerber eine Rolle sowie auch die beim Rückgang des allgemeinen Wohnungsbaus für 1970 genannten Gründe (Witterung und Preis-Kosten-Situation).

Die mit dem am 1. April 1971 in Kraft getretenen Wohnungsbauänderungsgesetz in Gang gesetzte

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren,
Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1970

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Woh- nungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wirtschaftsunternehmen und öffent- liche Verwaltungen	113	5	4,4	26	23,0	41	36,3	41	36,3	466
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 030	61	3,0	295	14,5	917	45,2	757	37,3	8 742
Private Haushalte	1 178	16	1,4	70	5,9	208	17,7	884	75,0	6 551
unter 2 000 Einwohner	468	7	1,5	18	3,8	44	9,4	399	85,3	2 727
2 000 - 5 000 "	309	-	-	32	10,3	71	23,0	206	66,7	1 639
5 000 - 20 000 "	383	1	0,2	70	18,3	98	25,6	214	55,9	1 884
20 000 - 50 000 "	409	7	1,7	65	15,9	208	50,9	129	31,5	1 775
50 000 - 100 000 "	249	8	3,2	45	18,1	83	33,3	113	45,4	1 141
100 000 und mehr "	1 503	59	3,9	161	10,7	662	44,1	621	41,3	6 593
I n s g e s a m t	3 321	82	2,5	391	11,8	1 166	35,1	1 682	50,6	15 759

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohnungen	Bruttowohnfläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				insgesamt	je Gebäude	insgesamt	je Gebäude	insgesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl		1 000 qm	qm		1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM
Anstaltsgebäude	90	57	3,3	96	1 067	427	4 744	75 217	176
Bürogebäude	136	68	6,6	84	618	427	3 140	59 487	139
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	865	2	0,1	254	294	1 122	1 297	43 766	39
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 428	275	26,9	1 161	813	7 348	5 146	386 381	53
Schulen	73	7	0,7	158	2 164	868	11 890	136 900	158
Sonstige Nichtwohngebäude	407	29	2,6	199	489	1 166	2 865	156 197	134
Unternehmen und freie Berufe	2 415	332	32,4	1 504	623	8 916	3 692	488 528	55
Land- und Forstwirtschaft	818	2	0,1	246	301	1 084	1 325	41 921	39
Produzierendes Gewerbe	863	116	12,2	785	910	5 057	5 860	260 493	52
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Dienstleistungen	677	203	19,0	375	554	2 096	3 096	156 621	75
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	57	11	1,1	98	1 719	679	11 912	29 493	43
Öffentliche Bauherren	498	95	6,7	434	871	2 369	4 757	364 458	154
Gemeinden und Gemeindeverbände	233	37	2,8	243	1 043	1 316	5 648	197 981	150
Andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	139	12	1,0	105	755	607	4 367	97 715	161
Organisationen ohne Erwerbscharakter	126	46	2,9	85	675	446	3 540	68 762	154
Private Haushalte	86	11	1,1	14	163	73	849	4 962	68
unter 5 000 Einwohner	1 810	162	16,0	751	415	4 102	2 266	248 052	60
5 000 - 50 000 "	712	140	12,2	600	843	3 500	4 916	281 942	81
50 000 - 100 000 "	133	28	2,7	150	1 128	908	6 827	63 147	70
100 000 und mehr "	344	108	9,3	452	1 314	2 848	8 279	264 807	93
Insgesamt	2 999	438	40,2	1 952	651	11 358	3 787	857 948	76

verstärkte Förderung wird sich aller Voraussicht nach im Fertigstellungsergebnis 1971 noch nicht entscheidend auswirken können, so daß im Endeffekt sich wohl ein ähnlicher Wert wie für 1970 nachweisen lassen wird.

Da öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau 1970 schätzungsweise zu 60% Mietwohnungsbau in Mehrfamilienhäusern war, und diese Häuser vorwiegend in Städten errichtet werden, überrascht es nicht, daß sich 45% der im Wohnbau errichteten Sozialwohnungen in den Großstädten finden. Die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen überschritten erstmals mit 61,1% die 60%-Grenze, die privaten Haushalte kamen mit 35,5% auf ihren bisher niedrigsten Wert, und die übrigen Bauherrengruppen spielten wiederum keine Rolle. Wegen des im Vergleich zu Beamten und Angestellten niedrigeren Einkommensniveaus der Arbeiter und der damit automatisch höher liegenden Berechtigungsquote, aber auch wegen ihres größeren Bevölkerungsanteils, entfielen auf diese 43,1% der von privaten Haushalten errichteten Sozialwohnungen. Beamte und Angestellte kamen zusammen auf 32%. Während im Durchschnitt nun auch im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen überwogen (50,6%), war bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen die Vierraumwohnung der bevorzugte Typ (45,2%). Auch bei den Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Verwaltungen war sie mit 36,3% gleich stark neben den Großwohnungen vertreten. Die privaten Haushalte allerdings zogen dieses Jahr sogar zu drei Vierteln solche Großwohnungen vor. Letztere

überwogen selbstverständlich auch in den Kleingemeinden unter 2 000 Einwohnern mit einem relativ reichen und billigen Angebot an Bauland (85,3%), in den Großstädten erreichten sie nur 41%.

In der Zahl der Räume je Wohnung lag die Sozialwohnung mit 4,7 genau im Schnitt des Gesamtwohnungsbaus (ganze Wohngebäude), ihre Durchschnittsfläche betrug jedoch nur 88,1 qm gegenüber

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Ausstattung der Wohnung 1970 (vollgeförderter Wohnungsbau)

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	30	-	-	100,0	100,0
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 010	17,0	17,0	83,0	83,0
Sonst. Wohnungsunternehmen	47	17,0	17,0	83,0	83,0
Öffentliche Bauherren	36	55,6	55,6	44,4	44,4
Private Haushalte	1 145	15,5	15,5	84,5	84,5
unter 2 000 Einwohner	452	26,3	26,3	73,7	73,7
2 000 - 5 000 "	303	18,8	18,8	81,2	81,2
5 000 - 20 000 "	377	17,0	17,0	83,0	83,0
20 000 - 50 000 "	409	13,7	13,7	86,3	86,3
50 000 - 100 000 "	246	11,4	11,4	88,6	88,6
100 000 und mehr "	1 481	15,1	15,1	84,9	84,9
Koblenz	817	16,3	16,3	83,7	83,7
Trier	208	14,4	14,4	85,6	85,6
Rheinhesen-Pfalz	2 243	17,2	17,2	82,8	82,8
Insgesamt	3 268	16,8	16,8	83,2	83,2

93,3 qm im Gesamtschnitt aller in Wohngebäuden errichteten Wohnungen. Was die Durchschnittskosten einer Wohnung anlangt, so schnitt der Sozialwohnungsbau mit fast 51 000 DM gegenüber gut 60 000 DM im Schnitt aller im Wohnbau errichteten Wohnungen immer noch gut ab, obgleich ihre Ausstattung bezüglich der Ausrüstung mit Bad mindestens ebenso gut (100,0%) und bezüglich des Vorhandenseins einer Zentralheizung nicht wesentlich schlechter war (83,2%). Dieser Wert wurde im wesentlichen von den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen und den privaten Haushalten bestimmt, bei denen 83,0 bzw. 84,5% Wohnungen mit Zentralheizung ausgestattet waren.

4. Nichtwohnbau

Den im Jahre 1970 für die fertiggestellten Wohnungen im Wohnbau veranschlagten reinen Baukosten in Höhe von über 1,3 Mrd. DM standen Investitionen im Nichtwohnbau gegenüber, die sich auf immerhin 858 Mill. DM beliefen. Es wurden fast 3 000 Nichtwohngebäude fertiggestellt, die eine Nutzfläche von 1,96 Mill. qm umfaßten. Die Masse

der Gebäude (1 428) entfiel wieder auf gewerbliche Betriebsgebäude, deren Nutzfläche im Durchschnitt 813 qm betrug und deren Durchschnittskosten je cbm umbauten Raumes sich auf 53 DM stellten. Die 865 landwirtschaftlichen Betriebsgebäude wiesen vergleichsweise 294 qm Nutzfläche aus, ihr Kubikmeter-Preis betrug 39 DM. Damit war diese Gebäudeart die billigste. Die Spitze hielten mit 176 bzw. 158 DM je cbm die Anstaltsgebäude und die Schulen. Beide Gebäudearten hatten auch die größte Nutzfläche je Gebäude (1 067 und 2 164 qm). Da Anstalten und Schulen überwiegend von öffentlichen Bauherren errichtet wurden, mußte sich diese Bauherrngruppe auch die höchsten Durchschnittskosten zuschreiben lassen (154 DM je cbm). Gemeinden und Gemeindeverbände lagen bei 150 DM, andere Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung bei 161 DM. Am teuersten wurde infolge der Konzentration von Anstalten und Schulen in den Großstädten gebaut. Es kostete hier ein Kubikmeter umbauten Raumes 93 DM gegenüber nur 60 DM in Gemeinden unter 5 000 Einwohnern.

Dr. P. Baron

Haushalte und ihre Wohnungen 1968

Wie ihre Vorgängerinnen 1950, 1956 und 1961 beschränkte sich die Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 nicht nur auf die Erfassung der Gebäude und Unterkünfte, sondern bezog zur Analyse der Wohnungsversorgung der Bevölkerung auch die darin lebenden Wohnparteien in den Erhebungsbereich ein. Als Wohnpartei galt dabei eine zusammen wohnende und wirtschaftende Personengemeinschaft (Haushalt). Für sich allein wirtschaftende Einzelpersonen, zum Beispiel Untermieter, zählten als eigene Wohnpartei. Soweit Personen vorübergehend abwesend waren, etwa Wochenendpendler, rechneten sie zum Haushalt, auch wenn sie noch weiteren Wohnraum hatten. In Anstalten, Wohnheimen oder Massenunterkünften lebende Personen wurden nur dann erfaßt, wenn sie eine eigene Wohnung oder mindestens ein Einzelzimmer mit Kochnische besaßen. Wohnparteien von Angehörigen ausländischer Streitkräfte und Wohnpartei-

en in Zweitwohnungen und Zweitwohngelegenheiten bleiben bei der folgenden Untersuchung außer Betracht.

1. Gesamtüberblick

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes

Am 25. Oktober 1968 gab es in Rheinland-Pfalz etwas mehr als 1,17 Mill. Wohnparteien, wovon 18% Einpersonen- und 82% Mehrpersonenwohnparteien waren. 1,15 Mill. Wohnparteien lebten in Wohnungen, der Rest von über 20 000 in Wohngelegenheiten. Die Mehrpersonenwohnparteien in Wohnungen teilten sich zu 32% in Zweipersonen-, zu 25% in Dreipersonen-, zu 21% in Vierpersonen- und zu 12% in Fünfpersonenhaushalte. 10% hatten sechs und mehr Personen. Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes unterschieden, gab es im Landesdurchschnitt 14% Selbständigen-, 31% Arbeiter-, 23% Beamten- und Angestellten- sowie 32% Nicht-

Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten¹⁾ nach Wohnverhältnis, Regierungsbezirken und Gemeindegrößenklassen am 25. 10. 1968

Regierungsbezirk Gemeindegrößenklasse	Ins- gesamt	Ein- personen- wohn- parteien		Mehr- personen- wohn- parteien		Eigentümer- wohn- parteien		Mieter- wohn- parteien		Unter- mieter- wohn- parteien		Wohnparteien in Wohnungen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Koblenz	428 661	70 994	17	357 667	83	225 231	53	194 959	45	8 471	2	420 138	98
Trier	137 354	19 554	14	117 800	86	82 586	60	52 485	38	2 283	2	134 981	98
Rheinhesen-Pfalz	605 905	116 044	19	489 861	81	275 136	45	308 399	51	22 370	4	595 508	98
unter 2 000 Einwohner	352 047	40 968	12	311 079	88	255 049	72	93 834	27	3 164	1	347 375	99
2 000 - 5 000 "	174 354	27 255	16	147 099	84	102 995	59	68 458	39	2 901	2	171 313	98
5 000 - 10 000 "	144 460	26 098	18	118 362	82	71 168	49	69 121	48	4 171	3	141 609	98
10 000 - 20 000 "	75 398	14 381	19	61 017	81	33 505	44	40 012	53	1 881	3	73 569	98
20 000 - 50 000 "	121 727	26 250	22	95 477	78	41 383	34	75 833	62	4 511	4	119 026	98
50 000 - 100 000 "	105 725	24 016	23	81 709	77	32 731	31	68 711	65	4 283	4	103 960	98
100 000 und mehr "	198 209	47 624	24	150 585	76	46 122	23	139 874	71	12 213	6	193 775	98
Insgesamt	1 171 920	206 592	18	965 328	82	582 953	50	555 843	47	33 124	3	1 150 627	98

1) Ohne Wohnparteien von Angehörigen ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen bzw. -wohngelegenheiten.

Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten¹⁾ nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Gemeindegrößenklassen am 25. 10. 1968

Gemeinde- größenklasse	Ins- gesamt (ohne Schüler und Stu- denten)	Von den Vorständen der Wohnparteien sind											
		Selbständige			Arbeiter			Beamte, Angestellte			Nichterwerbstätige		
		zu- sam- men	Ein-	Mehr-	zu- sam- men	Ein-	Mehr-	zu- sam- men	Ein-	Mehr-	zu- sam- men	Ein-	Mehr-
			personen- wohnparteien			personen- wohnparteien			personen- wohnparteien			personen- wohnparteien	
Anzahl													
unter 2 000 Einw.	351 762	69 895	2 496	67 399	128 519	4 529	123 990	47 094	2 548	44 546	106 254	31 369	74 885
2 000 - 5 000 "	174 016	24 953	1 401	23 552	59 599	3 155	56 444	34 398	2 117	32 281	55 066	20 453	34 613
5 000 - 10 000 "	143 538	17 862	1 321	16 541	44 461	2 971	41 490	35 436	2 876	32 560	45 779	18 231	27 548
10 000 - 20 000 "	75 256	9 069	724	8 345	21 696	1 657	20 039	19 420	1 779	17 641	25 071	10 167	14 904
20 000 - 50 000 "	120 971	13 039	1 217	11 822	33 027	3 107	29 920	34 792	4 084	30 708	40 113	17 296	22 817
50 000 - 100 000 "	104 955	10 587	1 079	9 508	30 821	3 149	27 672	27 608	3 572	24 036	35 939	15 678	20 261
100 000 und mehr "	194 235	16 403	1 889	14 514	50 002	6 041	43 961	67 840	10 241	57 599	59 990	26 216	33 774
I n s g e s a m t	1 164 733	161 808	10 127	151 681	368 125	24 609	343 516	266 588	27 217	239 371	368 212	139 410	228 802
Anteil der Wohnparteien in %													
unter 2 000 Einw.	100	20	4	96	37	4	96	13	5	95	30	30	70
2 000 - 5 000 "	100	14	6	94	34	5	95	20	6	94	32	37	63
5 000 - 10 000 "	100	12	7	93	31	7	93	25	8	92	32	40	60
10 000 - 20 000 "	100	12	8	92	29	8	92	26	9	91	33	41	59
20 000 - 50 000 "	100	11	9	91	27	9	91	29	12	88	33	43	57
50 000 - 100 000 "	100	10	10	90	30	10	90	26	13	87	34	44	56
100 000 und mehr "	100	8	12	88	26	12	88	35	15	85	31	44	56
I n s g e s a m t	100	14	6	94	31	7	93	23	10	90	32	38	62

1) Ohne Wohnparteien von Angehörigen ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen bzw. -wohngelegenheiten.

erwerbstätigenwohnparteien. Die Zusammensetzung nach Ein- und Mehrpersonenhaushalten schwankte relativ stark. Die Selbständigen bestanden zu 6% aus Einpersonenhaushalten, die Arbeiter zu 7%, die Beamten und Angestellten zu 10% und die Nichterwerbstätigen wegen des hohen Anteils an alleinstehenden (verwitweten) Rentnern und Pensionären sowie an Schülern und Studenten sogar zu 38%.

Während in Rheinland-Pfalz die Wohnparteien im Gesamtschnitt zu 3% in einem selbstbewohnten Raum lebten, zu 8% in zwei Räumen, zu 24% in drei, zu 27% in vier und zu 38% in fünf und mehr, ergaben sich recht erhebliche Differenzierungen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes. Am günstigsten standen sich die Selbständigen, die auch in verhältnismäßig viel stärkerem Maße aus Eigentümerwohnparteien bestanden (79%) als alle Haushalte in Wohnungen (48%). Sie hatten zu 70% fünf und mehr selbstbewohnte Räume zur Verfügung und immerhin noch zu 18% vier Räume. Bei den Arbeitern waren die beiden entsprechenden Werte 34 und 29%, bei den Beamten und Angestellten 42 und 32%, bei den Pensions-, Renten- und Sozialhilfeempfängern 25 und 26%, bei den restlichen Nichterwerbstätigen 23 und 20%. Letztere mußten zu 27% mit einem Raum auskommen, jedoch braucht hier zum großen Teil durchaus nicht eine Unterversorgung vorliegen, denn 35% dieser Personengruppe bestanden aus Schülern und Studenten.

Wohnverhältnis und bewohnte Räume

Die Haushalte in Wohnungen und Wohngelegenheiten verteilten sich zu 50% auf Eigentümer-, zu 47% auf Mieter- und zu 3% auf Untermieterwohnparteien. Das waren im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet überaus günstige Werte, denn hier

lauteten die Relationen 34:61:5%. Es zeigt sich damit ein Ergebnis, welches in der kleingemeindlichen, weithin noch ländlichen Struktur des Landes begründet ist. Billiges oder bereits im Besitz des Bauherren befindliches Bauland, zum Teil hohe Eigenleistungen und Nachbarschaftshilfe auf dem Lande begünstigten in ungewöhnlichem Maße die Eigentumsbildung in Form von Hausbesitz.

Die Größenstruktur der Haushalte wich innerhalb der Eigentümer- und Mietwohnparteien insofern ab, als im Landesdurchschnitt bei ersteren relativ mehr größere Haushalte nachgewiesen wurden, denn 45% von ihnen bestanden aus Haushalten mit vier und mehr Personen, die Mieter kamen nur auf 29%. Umgekehrt waren bei letzteren die Ein- und Zweipersonenhaushalte zu 49% vertreten, bei den Eigentümern nur zu 35%.

Eine Analyse der in Wohnungen lebenden Wohnparteien nach dem Wohnverhältnis, der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, der Haushaltsgröße und der Zahl der selbstbewohnten Räume bringt interessante Unterschiede sowohl innerhalb der Wohnverhältnisse bei den verschiedenen sozialen Gruppen als auch zwischen den Wohnverhältnissen selbst zutage. So waren zum Beispiel die selbständigen Eigentümerhaushalte zweifellos der am besten versorgte Wohnparteiotyp, denn hier hatten die Ein- und Zweipersonenhaushalte zu 97% drei und mehr Räume zu ihrer Verfügung, die Dreipersonenhaushalte zu 94% vier und mehr Räume und die Vierpersonenhaushalte zu 85% fünf und mehr Räume. Stellt man ihnen die entsprechenden Mietwohnparteien gegenüber, so lauten die Werte 89, 75 und 48%. Bei den Untermieterhaushalten gab es infolge der völlig anderen Zusammensetzung Werte, die erheblich niedriger lagen, die aber daher mit den beiden anderen Wohnverhältnissen nicht

Größe der Wohnpartei	Insgesamt	Eigentümer							Mieter ²⁾						
		in ... selbstbewohnten Räumen													
		zusammen	1 ³⁾	2	3	4	5 und mehr	zusammen	1 ³⁾	2	3	4	5 und mehr		
	Anzahl		%							Anzahl		%			
1 Person	180 741	66 327	37	2	13	34	28	23	114 414	63	9	32	40	15	4
männlich	31 059	11 924	38	3	13	30	26	28	19 135	62	18	29	33	14	6
weiblich	149 682	54 403	36	1	13	35	28	23	95 279	64	7	32	42	15	4
2 Personen	300 793	141 186	47	.	4	25	31	40	159 607	53	1	12	45	31	11
3 "	241 771	118 552	49	.	1	11	28	60	123 219	51	1	7	33	42	17
4 "	205 373	113 375	55	.	1	6	20	73	91 998	45	.	5	24	43	28
5 und mehr Personen	210 115	143 511	68	.	1	3	10	86	66 604	32	.	4	19	36	41
I n s g e s a m t	1 138 793	582 951	51	.	3	14	23	60	555 842	49	2	13	35	33	17

1) Ohne Wohnparteien von Angehörigen ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen bzw. -wohngelegenheiten. -
2) Ohne Untermieter. - 3) Einschl. Räume unter 6 qm, soweit die Wohnpartei nur in einem oder mehreren solcher Räume untergebracht war.

vergleichbar sind. Hält man sich vor Augen, daß die selbständigen Eigentümerwohnparteien zum größten Teil aus Landwirten und Gewerbetreibenden bestehen, so ist damit die gegenüber den anderen Bevölkerungsschichten erheblich günstigere Versorgung erklärt, denn Bauernhäuser und auch Geschäftswohnhäuser sind meist bezüglich der Zahl der bewohnbaren Räume nicht kleinlich gebaut.

Nicht so gut wie die Selbständigen, aber besser als die übrigen Wohnparteiendtypen waren die Beamten und Angestellten unter den Eigentümerwohnparteien mit Wohnraum versehen. Hier bewohnten die Ein- und Zweipersonenhaushalte immerhin zu 96% drei und mehr eigene Räume und die Vierpersonenhaushalte zu 77% fünf und mehr Räume. Die Mieter unter den Beamten und Angestellten fielen gegenüber den Eigentümern stark ab. Die korrespondierenden Werte lauteten nämlich 85 und 39%. Da waren die Arbeiter und sogar die Pensions-, Renten- und Sozialhilfeempfänger, soweit sie Eigentümer waren, besser versehen, denn sie verfügten bei den beiden genannten Haushaltsgrößen über Anteile von 94 und 63 bzw. von 91 und 75%. Als Mieter erreichten sie allerdings nur Werte von 78 und 15 bzw. von 75 und 29%.

Etwa 174 500 Wohnparteien lebten in Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus. 36% davon waren Eigentümer, 61% Mieter und 3% Untermieter. Die Mieter haben hier gegenüber den Eigentümern ein so großes Gewicht im Vergleich zu den Werten für alle Haushalte in Wohnungen, weil der soziale Wohnungsbau sich in starkem Maße über gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen in Form von Mehrfamilienhaus-Mietwohnungsbau vollzieht. Die den Wohnparteien in Sozialwohnungen zur Verfügung stehenden Räume ergeben in der Gliederung nach Wohnverhältnis, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Haushaltsgröße eine Versorgung mit Wohnraum, die von der Durchschnittsversorgung aller Haushalte in Wohnungen nicht wesentlich abweicht. Bei den Eigentümerhaushalten lag der Anteil der Haushalte, die einen Raum mehr bewohnten als ihre

Personenzahl betrug, im Gesamtdurchschnitt nur geringfügig höher als bei den Haushalten in Sozialwohnungen. Das gleiche gilt auch für die Mieter- und Untermieterhaushalte.

Wie zu erwarten war, stellte sich die Wohnungsverorgung der Wohnparteien in Wohngelegenheiten bei weitem nicht so positiv dar wie die der Wohnparteien in Wohnungen. Von den Eigentümerwohnparteien bewohnten Ein- und Zweipersonenhaushalte nur zu 27% drei und mehr Räume, Dreipersonenhaushalte zu 37% vier und mehr Räume und Vierpersonenhaushalte zu 28% fünf und mehr Räume. Haushalte mit fünf und mehr Personen waren zu 36% in Wohngelegenheiten mit fünf und mehr Räumen untergebracht. Die entsprechenden Werte für Mieterhaushalte in Wohngelegenheiten waren 13, 16, 10 und 13%. Es sei noch festgehalten, daß der Anteil der unterversorgten Haushalte in Rheinland-Pfalz noch in der Größenordnung von 15% lag. Dies bedeutet, daß etwa 15% aller Mehrpersonenhaushalte in Wohnungen und Wohngelegenheiten weniger Räume bewohnten als sie Personen zählten, so daß die Grundforderung jeder Wohnungspolitik, wenigstens einen Raum je Person einer Wohnpartei bereitzustellen, bei ihnen nicht erfüllt war.

2. Gemeindegrößenklassen

Erfahrungsgemäß zeigt die Gliederung von Wohnungszählungsergebnissen nach Gemeindegrößenklassen bezüglich der Wohnparteien ganz gravierende Verschiedenheiten der Art auf, daß die strukturelle Zusammensetzung der Wohnparteien (Personenzahl und soziale Stellung des Haushaltsvorstands) sowie das Gewicht der einzelnen Wohnverhältnisse in den größeren Gemeinden und insbesondere in den Großstädten sich bemerkenswert anders darstellen als in den Kleingemeinden. So stieg der Anteil der Einpersonenvohnparteien an allen Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten von 12% in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern kontinuierlich von Größenklasse zu Größenklasse bis auf 24% in Großstädten. Umgekehrt sank der Anteil der Eigentümerwohnparteien von 72% in den Kleingemeinden auf 23% in den Großstädten

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Insgesamt		Mit ... Personen					Mit ... selbstbewohnten Räumen				
			1	2	3	4	5 und mehr	1 ²⁾	2	3	4	5 und mehr
	Anzahl	%										
Selbständige	161 808	14	6	20	21	22	31	1	2	9	18	70
Arbeiter	368 125	31	7	19	25	24	25	3	7	27	29	34
Angestellte und Beamte	266 588	23	10	22	27	24	17	4	4	18	32	42
Pensions-, Renten- und Sozialhilfeempfänger	354 896	30	38	39	12	5	6	3	14	32	26	25
Sonstige Nichterwerbstätige	20 503	2	27	10	20	20	23
I n s g e s a m t	1 171 920	100	18	26	21	17	18	3	8	24	27	38

1) Ohne Wohnparteien von Angehörigen ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen bzw. -wohngelegenheiten. -
2) Einschl. Räume unter 6 qm, soweit die Wohnpartei nur in einem oder mehreren solcher Räume untergebracht war.

ab. Untermieterwohnparteien gab es in den beiden Größenklassen 1% bzw. 6%. Auch die Zusammensetzung der Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands differierte erheblich je nach Einwohnerzahl der Gemeinden. Wegen der verhältnismäßig großen Zahl von Landwirten in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern kamen die Selbständigenhaushalte dort auf einen Anteil von 20% (Großstädte 8%). Auch die Arbeiterhaushalte waren mit 37% dort am stärksten vertreten. Dagegen wiesen die Großstädte infolge der dort zahlreichen Behörden und Unternehmensverwaltungen einen außergewöhnlich hohen Anteil an Beamten- und Angestelltenhaushalten in Höhe von 35% aus (Kleingemeinden unter 2 000 Einwohnern 13%). Nichterwerbstätigenhaushalte waren in allen Größenklassen mit je etwa einem Drittel vertreten. Selbständigen-, Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenhaushalte hatten gemeinsam, daß sich bei jeder dieser Gruppen das Gewicht der Einpersonenhaushalte von den Kleingemeinden bis zu den Großstädten verdreifacht darstellte.

3. Regionale Unterschiede

Auch in den verschiedenen Landesteilen wichen die Strukturbilder der Wohnparteien zum Teil nicht unwesentlich voneinander ab. Unter den drei Regierungsbezirken hatte der noch am meisten ländlich orientierte Bezirk Trier den kleinsten Anteil an Einpersonenzohnparteien (14%), der weit höher industrialisierte Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit der Universitätsstadt Mainz und den Städten Germersheim (Dolmetscherinstitut) sowie Speyer (Verwaltungshochschule) wies dagegen einen Anteil von 19% auf. Umgekehrt zählte Trier aus den gleichen Gründen die meisten Eigentümerwohnparteien (60%), Rheinhessen-Pfalz dagegen die wenigsten (45%). Der Regierungsbezirk Koblenz lag hier fast genau im Landesschnitt. Unterschiede in der sozialen Struktur zeigten sich, ebenfalls basierend auf dem Gegensatz ländlich-städtisch, darin, daß der relativ hohe Anteil an Landwirten im Regierungsbezirk Trier die Quote der Selbständigen-

haushalte auf 21% steigen ließ, in Rheinhessen-Pfalz stellte sie sich dagegen auf nur 12%. Dafür war hier der Anteil der Arbeiterhaushalte mit 33% am höchsten (Trier 29%). Studenten- und Schülerwohnparteien gab es in Rheinhessen-Pfalz etwa dreieinhalbmal so viel wie in den beiden übrigen Regierungsbezirken zusammen. Beamten- und Angestelltenwohnparteien sowie Wohnparteien von Pensions-, Renten- oder Sozialhilfeempfängern waren ziemlich gleichmäßig über das Land verteilt.

Im Landesdurchschnitt lebten 38% der Haushalte in fünf und mehr Räumen, 11% mußten sich mit einem Raum oder zwei Räumen zufrieden geben. Im Bezirk Trier dagegen waren die korrespondierenden Quoten 52 und 8%, in Rheinhessen-Pfalz 33 und 13% und in Koblenz 41 und 10%. In der rein zahlenmäßigen Versorgung mit Wohnraum - qualitätsmäßige Kriterien sind hierbei nicht berücksichtigt - lagen die Selbständigenhaushalte im Regierungsbezirk Trier an der Spitze. Sie lebten zu 79% in fünf und mehr Räumen. Das Gegenstück waren die Pensions-, Renten- und Sozialhilfeempfänger im Bezirk Rheinhessen-Pfalz, die nur zu 21% fünf und mehr Räume bewohnten. Die sonstigen Nichterwerbstätigen müssen wegen des hohen Anteils an Schüler- und Studentenhaushalten aus der vergleichenden Betrachtung ausgeklammert bleiben. Sie bewohnten in dem zuletzt genannten Bezirk zu 36% nur einen Raum.

Großwohnparteien mit fünf und mehr Personen waren im Landesdurchschnitt mit 22% der Wohnparteien in Wohnungen vertreten. Unter den 28 Landkreisen lagen die Kreise Prüm, Bitburg und Trier-Saarburg mit Quoten von 41, 38 und 35% an der Spitze. Am Ende der Skala rangierten die Landkreise Ludwigshafen (17%) sowie Koblenz, Neuwied und Bad Dürkheim mit jeweils 19%. Unter den zwölf kreisfreien Städten des Landes führte Trier mit 19%, den geringsten Anteil hatte Ludwigshafen (12%) gefolgt von Kaiserslautern, Mainz und Pirmasens (jeweils 13%).

Dr. P. Baron

Wohnverhältnisse in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesgebiet 1968

Zu der abschließenden Kommentierung einer Großzählung gehört auch ein Vergleich der Länderergebnisse. Dabei kann sich eine solche Ausführung verständlicherweise nur auf die wesentlichsten Daten aus den Standard-, Kreis- und Gemeindeveröffentlichungsprogrammen beschränken. Der interessierte Leser findet ausführliche Ergebnisse für den Bund und die Länder in den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen acht Heften der Fachserie E „Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968“ sowie in Einzelbeiträgen der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“.

1. Gebäudestruktur

Bestand und Größe der Wohngebäude

Bei einem Bevölkerungsanteil von 6% aller Einwohner der Bundesrepublik entfallen von den im Bundesgebiet am 25. Oktober 1968 gezählten 8,8 Millionen Wohngebäuden 671 900 (7,6%) auf Rheinland-Pfalz. Bereits in dieser Relation drückt sich der überwiegend ländliche und kleinstädtische Charakter des Landes aus, in dem die für städtische Siedlungsweise typische Gebäudeart des Mehrfamilienhauses unter allen Bundesländern am seltensten vorkommt. Obwohl in Rheinland-Pfalz Wohngebäude mit nur einer oder zwei Wohnungen dominieren, liegt die Gebäudedichte infolge der dünnen Besiedlung weiter Gebiete der Eifel, des Hunsrücks, des Westerwalds und der südlichen Pfalz mit 35 Gebäuden je qkm noch unter dem Bundesdurchschnitt von 37. Lediglich in Bayern (23), Niedersachsen (25) und Schleswig-Holstein (28) mit ihren noch weiträumigeren ländlichen Gebieten ist die Gebäudedichte geringer. Somit haben sich gegenüber der Gebäudezählung vom 6. Juni 1961 keine Veränderungen in der Länderrangskala ergeben. 1961 betrug der Bundesdurchschnitt 31 Wohngebäude je qkm. Betrachtet man weiterhin die Veränderungsquoten für Wohngebäude in den einzelnen Ländern

während des siebenjährigen Zeitraums zwischen den beiden Zählungsjahren 1961 und 1968, dann ist für Rheinland-Pfalz festzustellen, daß sich sein Gebäudebestand zwar um rund 94 000 oder 16% vermehrt hat, das Land aber dennoch vor dem Saarland (+ 15%) die zweittiefste relative Zunahme aller Bundesländer bei einem Bundesdurchschnitt von + 19% aufweist.

Die Wohngebäude wurden in nichtlandwirtschaftliche mit einer und zwei Wohnungen sowie mit drei und mehr Wohnungen, in landwirtschaftliche Wohngebäude und in Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche unterschieden. 502 300 oder 75% der insgesamt 671 900 in Rheinland-Pfalz gezählten Wohngebäude waren Ein- und Zweifamilienhäuser. Dieser hohe Prozentsatz an Gebäuden mit Wohnungen für normalerweise nur ein oder zwei Haushalte wurde nur noch im Saarland (86%) und in Schleswig-Holstein (75%) überschritten bzw. erreicht. Bei knapp 70% dieser Gebäude handelte es sich um Einfamilienhäuser (345 600). Durch die schon aufgeführten Gründe war der Gebäudebestand mit drei oder mehr Wohnungen (11%) relativ gering, er lag weit unter dem Bundesdurchschnitt (19%). Landwirtschaftliche Wohngebäude hatten einen Anteil von 14% (Bund 12%). Eine unbedeutende Rolle für den Gesamtwohnungsbestand und überhaupt keine Rolle für den Wohnungsmarkt spielen die Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche (0,3%).

Eine nicht unerhebliche Abweichung der Ergebnisse für Land und Bund ergibt sich bei der Verteilung der Wohngebäude nach Gemeindegrößenklassen. Lagen im Bundesdurchschnitt 44% aller Wohngebäude in Gemeinden bis 5 000 Einwohner, so waren es im Land 59%. Wider Erwarten belief sich der Anteil der landwirtschaftlichen Wohnge-

Gebäudebestand nach Art und Größe der Gebäude in den Ländern des Bundesgebiets am 25. 10. 1968

Land	Wohngebäude						Sonstige Gebäude 1)		Unterkünfte 2)		Wochenend- und Ferien- häuser unter 50 und mehr qm Wohnfläche	
	insgesamt		Nichtlandwirt- schaftliche mit 1 und 2 3 oder mehr Wohnungen		landwirt- schaft- liche	Wochenend- und Ferien- häuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche						
	1 000	%	1 000				%	1 000	%	1 000	%	
Schleswig-Holstein	423,8	5	317,6	62,9	40,7	2,6	14,1	5	7,3	7	3,94	15
Hamburg	179,8	2	114,2	63,2	2,4	0,0	4,3	2	18,7	18	0,09	.
Niedersachsen	1 133,7	13	799,2	169,1	163,0	2,3	37,1	13	15,2	14	6,12	23
Bremen	102,4	1	72,6	29,1	0,7	0,0	2,8	1	2,8	3	0,15	1
Nordrhein-Westfalen	2 180,2	25	1 471,1	571,6	135,5	2,0	74,7	26	22,4	21	2,81	11
Hessen	811,4	9	576,9	141,1	91,6	1,8	25,4	9	5,0	5	2,14	8
Rheinland-Pfalz	671,9	8	502,3	73,9	93,7	2,0	20,6	7	3,7	3	3,31	13
Baden-Württemberg	1 335,7	15	921,3	229,6	182,8	2,0	53,9	19	6,1	6	2,63	10
Bayern	1 604,2	18	1 037,3	239,8	323,1	4,1	44,9	16	14,4	14	4,83	18
Saarland	209,8	2	180,8	22,4	6,6	0,1	4,1	1	0,7	1	0,04	.
Berlin (West)	152,3	2	65,4	86,4	0,4	0,0	3,8	1	8,2	8	0,08	.
Bundesgebiet	8 805,3	100	6 058,8	1 689,2	1 040,4	16,9	285,8	100	104,7	100	26,12	100

- 1) Verwaltungsgebäude, Geschäftshäuser, Lagergebäude u. ä., die bewohnt waren oder mindestens eine leerstehende Wohnung enthielten.
2) Baracken, Wohnlauben, Behelfsheime u. ä., die ständig bewohnt waren.

Land	Wohnungen einschl. solcher in Wochenend-/ Ferienhäusern		Wohnungen ohne solche in Wochenend- / Ferienhäusern									Räu- me 2)	Wohn- fläche 2)
			insgesamt	mit ... Räumen ¹⁾						Räume			
				1	2	3	4	5	6 oder mehr				
	1 000	%	1 000	%						1 000	%	Anzahl	qm
Schleswig-Holstein	836,0	4	833,4	1	6	28	33	18	14	3 452,4	4	1,4	23,3
Hamburg	669,9	3	669,9	2	9	34	36	12	7	2 503,4	3	1,5	24,3
Niedersachsen	2 211,0	11	2 208,7	1	5	21	34	19	20	9 779,2	12	1,4	23,6
Bremen	271,3	1	271,3	2	6	28	40	15	9	1 067,7	1	1,5	24,2
Nordrhein-Westfalen	5 411,5	28	5 409,4	2	11	29	31	14	13	21 501,7	27	1,3	22,9
Hessen	1 750,5	9	1 748,7	2	7	25	33	16	17	7 354,2	9	1,4	24,7
Rheinland-Pfalz	1 158,6	6	1 156,6	1	7	24	28	18	22	5 113,2	6	1,4	23,8
Baden-Württemberg	2 729,2	14	2 727,2	1	5	21	37	20	16	11 765,1	15	1,4	24,1
Bayern	3 290,8	17	3 286,6	2	10	26	28	16	18	13 710,8	17	1,4	23,6
Saarland	366,1	2	366,1	1	7	24	30	17	21	1 588,4	2	1,4	25,5
Berlin (West)	962,5	5	962,4	2	22	40	24	8	4	3 176,3	4	1,5	28,3
Bundesgebiet	19 657,5	100	19 640,2	1	9	27	32	16	15	81 012,5	100	1,4	23,8

1) Nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr qm Fläche sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung. - 2) Der bewohnten Wohnungen ohne Zweit- und von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen.

bäude in Kleinstgemeinden mit 26% niedriger als der Wert für den Bundesdurchschnitt (30%).

Übrige Gebäude

Im Gegensatz zu den stärker industrialisierten Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen (26%) und Baden-Württemberg (19%) stellte Rheinland-Pfalz nur 20 600 (7%) der im Bundesgebiet ermittelten 285 800 sonstigen Gebäude, die bewohnt waren oder zumindest eine leerstehende Wohnung enthielten. Dazu zählten unter anderem Verwaltungs- und Lagergebäude sowie Geschäftshäuser.

Mit Ausnahme des Saarlandes (1%) wiesen Rheinland-Pfalz und Bremen mit jeweils 3% die niedrigsten Werten bei den Unterkünften auf, wozu Baracken, Nissenhütten, Wohnlauben und ähnliches gerechnet wurden. Die Wochenend- und Ferienhäuser sind in den landschaftlich besonders reizvollen Gegenden anzutreffen. Den höchsten Anteil stellte Niedersachsen (23%), während Rheinland-Pfalz mit 13% noch vor Baden-Württemberg (10%) liegt.

Baualter

Untersucht man die Wohngebäude nach ihrem Baualter, so kann man wiederum feststellen, daß die besonderen Gegebenheiten des Landes stark beeinflussende Faktoren darstellen. Die wirtschaftliche und daraus resultierende siedlungsgeographische Struktur von Rheinland-Pfalz war bestimmend dafür, daß der Gebäudebestand in den weitverstreuten zahlreichen dörflichen und kleinstädtischen Gemeinden von Kriegsschäden weniger hart betroffen wurde als der in den industrialisierten Ballungsgebieten, womit auch der Wiederaufbaubedarf insgesamt geringer war. Dieser frühere Vorzug hat sich freilich insofern in einen Nachteil gewandelt, als sich der heute vorhandene, zum Teil völlig überalterte Gebäude- und Wohnungsbestand nicht erst unter dem Aspekt moderner Komfortwünsche, sondern schon bei Anlegung einfacher bautechnischer und sozialhygienischer Qualitätsmaßstäbe zum großen Teil als erneuerungs- oder zu mindest verbesserungsbedürftig herausstellt. 36% der Wohngebäude wurden vor 1900 errichtet. Damit weist Rheinland-Pfalz im Ländervergleich den höchsten

Altbaubestand auf. Der Bundesdurchschnitt beläuft sich auf 25%, während er bei den von 1901 bis 1948 und 1949 oder später erstellten Gebäuden 28 bzw. 47% ausmachte. Die korrespondierenden Werte für das Land betragen 25 und 39%. Am günstigsten war die Baualtersgruppenverteilung im Hamburg mit Anteilen von 11, 36 und 53%, während das bevölkerungsstärkste Land Nordrhein-Westfalen auf Werte von 19, 31 und 50% kam.

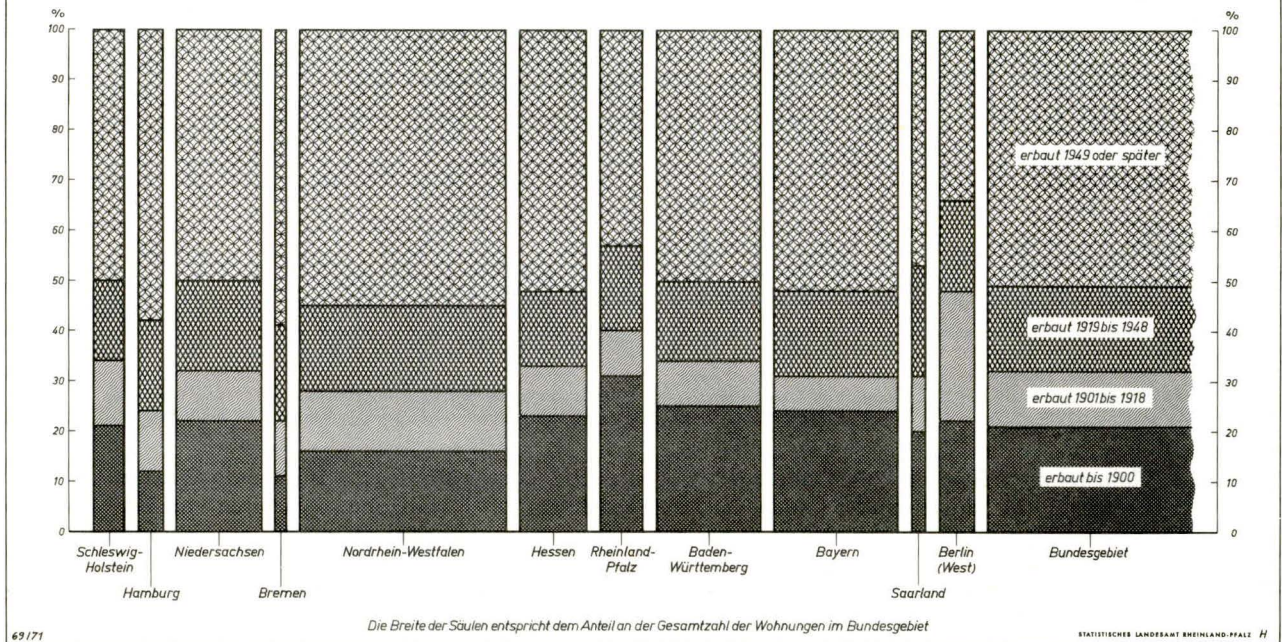
2. Wohnungsstruktur

Bestand und Größe der Wohnungen

Von den im Bundesgebiet erfaßten 19,66 Millionen Wohnungen einschließlich solcher in Wochenend- und Ferienhäusern mit mehr als 50 qm Wohnfläche entfielen 1,16 Millionen (5,9%) auf Rheinland-Pfalz. In dieser Zahl sind neben den nur zeitweise belegten oder leerstehenden Wohnungen auch diejenigen enthalten, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnt wurden, sofern sie privatrechtlich gemietet waren. Gegenüber der Wohnungszählung 1961 verminderte sich der rheinland-pfälzische Anteil um 0,3 Prozentpunkte, obwohl sich der Wohnungsbestand im Land um 14% erhöhte. Die Aufgliederung der Wohnungen (ohne Wochenend- und Ferienhäuser) nach der Anzahl der Räume bringt für Rheinland-Pfalz ein befriedigendes Ergebnis. Nur 8% der Wohnungen verfügten über ein oder zwei Räume (Bundesdurchschnitt 10%). Einen hohen Anteil der Einraumwohnungen hatten 1968 außer den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg noch Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern mit jeweils 2%. Von den Großstädten lag München mit knapp 6% an der Spitze; in Mainz betrug dieser Wert noch fast 4%. Beeinflusst wird das Ergebnis in den Universitätsstädten außer von ausländischen Arbeitnehmern selbstverständlich noch durch Studenten. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene wiesen drei- und vierräumige Wohnungen mit 27 und 32% bzw. 24 und 28% die höchsten Anteile auf. Die Ergebnisse für die drei Stadtstaaten liegen hier wiederum weit über dem Durchschnitt. Wohnungen mit sechs oder mehr Räumen gab es am häufigsten in Rheinland-Pfalz (22%). Identisch mit dem Bundesergebnis sind

Wohnungen nach dem Baualter der Gebäude in den Bundesländern am 25.10.1968

(ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern)



Raumzahl und Wohnfläche je Person mit 1,4 Einheiten und 23,8 qm.

Baualter

Wie wenig die Wohnungen häufig den Vorstellungen modernen Wohnens entsprechen, läßt sich bereits aus der Altersgliederung vermuten. Zwar ist der Anteil der Wohnungen in vor der Jahrhundertwende erstellten Gebäude durchweg geringer als derjenige dieser Gebäude selbst (Gebäude 36%, Wohnungen 31%; Bundesgebiet 25 bzw. 21%; Ausnahme Berlin mit 16 bzw. 22%), jedoch rangiert Rheinland-Pfalz auch hier an erster Stelle unter den Ländern. Bedingt wird diese Position nicht zuletzt durch jene Gebäudeart, an die sich gemeinhin die moderne Vorstellung vom Wohnen in einem Eigenheim knüpft, nämlich durch das Einfamilienhaus. Von den in Rheinland-Pfalz 1968 erfaßten 345 600 Wohnungen in Einfamilienhäusern lagen 35% in vor 1900 errichteten Gebäuden, in Hessen und Schleswig-Holstein waren es hingegen nur 27 bzw. 17%. Am höchsten ist der Anteil der Wohnungen aus der Baualtersgruppe bis 1900 bei den Bauernhäusern. Hier ergaben sich für Rheinland-Pfalz, Hessen und Schleswig-Holstein Werte von 61, 60 und 53%.

Umgekehrt erscheint Rheinland-Pfalz, nicht zuletzt wegen des hohen Uraltbaubestandes, am Ende der Länderskala, wenn man die Anteile der Wohnungen in 1949 oder später errichteten Wohngebäuden betrachtet (43%, Bund 51%). Nur in Berlin ist diese Quote noch niedriger (34%), während sich in allen anderen Ländern, mit Ausnahme des Saarlandes, im allgemeinen mehr als die Hälfte der Wohnungen in Neubauten befindet. Bremen (59%) und Hamburg (58%) liegen hier an der Spitze.

Besitzverhältnis und öffentliche Förderung

Im Bundesdurchschnitt hatten Eigentümerwohnungen einschließlich der selbstbewohnten Eigentumswohnungen einen Anteil von 36%. Rheinland-Pfalz und das Saarland dominierten mit 50 bzw. 51%. Das Ergebnis ist mit auf den hohen Bestand an Ein- und Zweifamilienhäusern zurückzuführen, wohingegen die Stadtstaaten mit ihren vielen Mehrfamilienhäusern die niedrigsten Werte erreichten. In Berlin gab es nur 8% Eigentümerwohnungen. Aus der Gliederung der Wohnungen nach Besitzverhältnis und Gemeindegrößenklassen ergibt sich für Eigentümerwohnungen und Mietwohnungen ein unterschiedliches Bild. Danach überwiegen in den kleineren Gemeinden die Eigentümerwohnungen. Mit zunehmender Gemeindegröße nimmt ihr Anteil ab, während es bei den Mietwohnungen genau umgekehrt ist. Lagen im Bundesergebnis 65% der Eigentümerwohnungen in kleinen Landgemeinden unter 2 000 Einwohnern, so waren es in Rheinland-Pfalz mit 71% noch mehr. Immerhin ein knappes Viertel dieser Wohnungen gab es in der Gemeindegrößenklasse 100 000 bis 200 000 Einwohner.

Von nicht unerheblichem Interesse für die Wohnungsbaupolitik ist die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen. Besonders in den durch Kriegseinwirkung zerstörten industriellen Ballungszentren, in die vielfach noch Flüchtlinge und Vertriebene strömten, ist heute der höchste Anteil dieser Wohnungen festzustellen. So gibt es in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg (je 40%) und in Berlin (29%) im Vergleich zum Gesamtwohnungsbestand auch die meisten öffentlich geförderten Wohnungen. Rheinland-Pfalz liegt mit 15% im Ländervergleich an letzter Stelle und damit erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (26%). Bei Betrachtung der

Land	Wohnungen ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern ¹⁾										Öffent- lich geför- derte Wohn- ungen	Eigen- tümer- wohn- ungen 2)	Eigen- tums- wohn- ungen 3)	
	in ... errichteten Gebäuden								in nichtlandwirt- schaftl. Wohn- gebäuden mit					
	bis 1900		1901 - 1918		1919 - 1948		1949 oder später		1 und 2	3 oder mehr				
									Wohnungen					
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%						
Schleswig-Holstein	178,1	21	107,0	13	132,5	16	415,8	50	47	44	30	38	2	
Hamburg	78,8	12	78,4	12	122,9	18	389,8	58	21	77	40	16	3	
Niedersachsen	488,5	22	217,9	10	388,7	18	1 113,6	50	48	40	24	41	2	
Bremen	28,4	11	29,0	11	52,7	19	161,2	59	36	62	40	29	4	
Nordrhein-Westfalen	842,2	16	664,0	12	916,6	17	2 986,6	55	38	57	35	29	1	
Hessen	401,8	23	182,6	10	263,2	15	901,1	52	46	45	22	38	1	
Rheinland-Pfalz	360,3	31	107,1	9	191,5	17	497,6	43	57	30	15	50	1	
Baden-Württemberg	677,4	25	235,1	9	441,3	16	1 373,3	50	47	41	20	42	3	
Bayern	775,0	24	238,6	7	574,1	17	1 698,9	52	43	44	19	41	3	
Saarland	73,6	20	41,6	11	79,3	22	171,6	47	69	27	18	51	1	
Berlin (West)	209,6	22	250,6	26	175,7	18	326,5	34	8	89	29	8	2	
Bundesgebiet	4 113,6	21	2 152,0	11	3 338,7	17	10 035,9	51	42	49	26	36	2	

1) Prozentzahlen = Anteil an den Wohnungen insgesamt. - 2) Einschl. selbstbewohnter Eigentumswohnungen; ohne Zweitwohnungen. - 3) Gleichgültig ob selbstbewohnt, vermietet oder leerstehend.

gleichen Verhältniszahlen nach Gemeindegrößenklassen ist zwischen öffentlicher Förderung und Gemeindegröße ein enger Zusammenhang festzustellen. Erwartungsgemäß liegt der Anteil der durch öffentliche Baudarlehen oder Annuitätshilfen und Aufwendungs-(Zins-)zuschüsse geförderten Wohnungen in Kleinstgemeinden am niedrigsten (13%), um mit zunehmender Gemeindegrößenklasse stetig auf 33% für Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohner anzusteigen.

Sanitäre Ausstattung und Beheizung

Zu den Grundausrüstungen einer Wohnung gehören neben der Toilette das Bad und die Heizung. Diese Kriterien sollen im folgenden für eine qualitative Abgrenzung des Wohnungsbestandes herangezogen werden, wozu die Ausstattungstypen in vier Gruppen untergliedert werden. Ein knappes Viertel der Wohnungen gehörte der höchsten Qualitätsstufe an, das heißt, sie verfügten über Bad, WC und Sammelheizung. Der Bundesdurchschnitt lag bei fast 30%. Dagegen entsprechen einander die Werte für Bund und Land in der Gruppe 2, in der nur Bad und WC Voraussetzung sind (38%). Noch 28% aller Wohnungen zählten ihrer qualitativen Ausstattung nach zur vierten Kategorie (Bund

21%), da sie entweder über ein WC außerhalb der Wohnung, das im Gebäude oder sogar abseits desselben liegen kann, oder nur über Toilette ohne Wasserspülung verfügten. Entscheidend für diese doch noch relativ starke Gruppe ist also die Lage der Toilette; Sammelheizung oder ein Bad können dabei in der Wohnung sogar vorhanden sein. Das Landesergebnis wird stark bestimmt durch die oben aufgezeigte Altersstruktur der Wohnungen, die ebenso den Wert für die Stufe eins beeinflusst. In dieser Gruppe weisen die Länder, besonders die Hansestädte mit erheblicher Neubautätigkeit, naturgemäß die beste qualitative Ausstattung auf.

Mit Ausnahme der Gemeinden unter 2 000 Einwohnern schwankt die Verteilung für die beste Ausstattung innerhalb der Gemeindegrößenklassen zwischen 27 und 38%. Eine eindeutige Tendenz ist hingegen in der qualitativ am schlechtesten ausgestatteten Gruppe festzustellen. In den Kleinstgemeinden tritt die unbefriedigendste sanitäre Versorgung auf (Bund 39%, Land 37%). Mit zunehmender Gemeindegrößenklasse erfolgt eine stetige Verbesserung. Damit kann abschließend gefolgert werden, daß die qualitative Struktur um so günstiger ist, je städtischer die Bau- und Siedlungsweise ist.

Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden nach Ausstattung und Art der Beheizung in den Ländern des Bundesgebiets am 25.10.1968

Land	Wohnungen ohne solche in Wochenend-/ Ferienhäusern		Ausstattung				Beheizung		
			mit Bad und WC		ohne Bad mit WC in der Wohnung	Sonstige	Sammel- heizung	Einzel- oder Mehrraumöfen für	
			mit	ohne				Öl, Gas, Strom	Kohle,Holz, Torf usw.
			Sammelheizung						
	1 000	%							
Schleswig-Holstein	833,4	4	36	29	12	23	41	13	46
Hamburg	669,9	3	47	30	17	6	50	12	38
Niedersachsen	2 208,7	11	31	36	9	24	34	18	48
Bremen	271,3	1	46	31	15	8	50	18	32
Nordrhein-Westfalen	5 409,4	28	32	40	10	18	34	14	52
Hessen	1 748,7	9	32	37	10	21	36	25	39
Rheinland-Pfalz	1 156,6	6	24	38	10	28	27	29	44
Baden-Württemberg	2 727,2	14	25	37	15	23	27	30	43
Bayern	3 286,6	17	23	41	12	24	24	30	46
Saarland	366,1	2	23	39	13	25	26	33	41
Berlin (West)	962,4	5	38	33	16	13	39	4	57
Bundesgebiet	19 640,2	100	30	38	11	21	32	21	47

Bei der Interpretation der Ergebnisse nach der Heizungsart heben sich die Werte für das Land nicht in besonderem Maße von denen der anderen Bundesländer ab. Danach war in 27% aller rheinland-pfälzischen Wohnungen eine Sammelheizung installiert (Bund 32%), aber in noch 44% aller Fälle erfolgte die Beheizung mit den konventionellen Materialien Kohle, Holz und Torf (Bund 47%), Öl, Gas und Strom dienten zu 29% (Bund 21%) als Wärmespender.

Wasserversorgung und Fäkalienbeseitigung

Unabhängig von der qualitativen Abstufung des Wohnungsbestandes unter Heranziehung auch sanitärer Merkmale interessiert die erweiterte sanitäre Ausstattung der Wohnungen als solche, und zwar insbesondere die Frage nach dem Anschluß der Wohngebäude an Wassernetz und Kanalisation. Diese im einzelnen nicht für Wohnungen sondern nur für Wohngebäude ausgewiesenen Merkmale sollen aber an dieser Stelle abgehandelt werden, um dem Leser eine leichtere Vergleichbarkeit mit den Ausstattungskriterien Bad und WC zu ermöglichen.

Im Gegensatz zu der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurde bei der von 1961 in der Frage der Wasserversorgung etwas stärker differenziert, soweit es Gebäude mit mangelhafter Wasserversorgung betraf. Infolge des geringen Anteils dieser Gebäude erfragte man 1968 nur die Fälle, in denen es keine Wasserversorgung im Gebäude gab. In Rheinland-Pfalz und Hessen hatten 99% aller Wohngebäude (ohne Wochenend- und Ferienhäuser) Anschluß an das Wassernetz; diese schon als optimal zu bezeichnende Quote wurde sogar noch vom Saarland mit fast 100% übertroffen. Demgegenüber verfügten in Schleswig-Holstein nur 77% der Gebäude über Wassernetzanschluß, aber 19% über eine eigene Wasserversorgungsanlage. Ähnlich sah es in Niedersachsen und Bayern aus. Die damit in ländlichen Gebieten festgestellte schlechtere Wasserversorgung wird auch durch die Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen belegt.

Gut die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz erfaßten Wohngebäude besaß einen Kanalisationsanschluß für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasser, im Bundesdurchschnitt waren es 57%. Bevölkerungsstarke Gebiete, wie die Stadtstaaten, lagen erheblich über diesem Wert, der auch in Rheinland-Pfalz mit zunehmender Gemeindegröße erreicht und überschritten wurde. Bei Gebäuden mit Hauskläranlage ergab sich ein durchschnittlicher Bundeswert von 27% (Land 28%). Immerhin noch gut ein Fünftel der Wohngebäude hatte unzureichende Einrichtungen zur Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung, das heißt in 21 von 100 Häusern bestand Kanalananschluß nur für Abwässer oder wurde die Fäkalienabfuhr aus einer Sammelgrube vorgenommen. Auch die Fälle, in denen die Ableitung ohne Kläranlage in einen Graben oder ein Gewässer erfolgte, zählten dazu.

3. Wohngelegenheiten

Nur gut 2% aller Wohneinheiten einschließlich derjenigen in Wochenend- und Ferienhäusern rechnet in Rheinland-Pfalz zu den Wohngelegenheiten (Bund 3%). Definitionsgemäß fielen hierunter

alle Wohneinheiten ohne Küche oder Kochnische sowie alle Kellerwohnungen in Wohngebäuden und alle Wohneinheiten in Unterkünften. Die Vorstellung, daß diese Wohngelegenheiten hinsichtlich der Ausstattung mit Bad und WC unzureichend versehen sind, wird durch die 136 200 der im Bundesgebiet insgesamt erfaßten 638 200 Einheiten widerlegt, die eine solche sanitäre Einrichtung besaßen (21%). In Rheinland-Pfalz lag dieser Wert mit 24% sogar noch höher und erreichte damit in der Rangskala nach Baden-Württemberg (33%) und Hamburg (26%) Platz drei. Erheblichen Einfluß auf dieses Ergebnis haben besonders die modernen Appartements ohne Küche oder Kochnische.

23% der im Bundesgebiet gezählten Wohngelegenheiten befanden sich in ständig bewohnten Unterkünften, im Land waren es nur 20%. Weit über dem Mittelwert lagen die Ergebnisse in Hamburg (74%) und Bremen (53%). Mit einer Belegungsquote von 3,4 Personen je Wohngelegenheit überschritt Rheinland-Pfalz das Bundesgebiet (2,9) nicht unerheblich. Dieses wurde aber bei den Wohngelegenheiten in Wohn- und sonstigen Gebäuden einschließlich der Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche mit einem Anteil von 67% gegenüber 73% für das Bundesgebiet unterboten. Durchschnittlich waren diese Wohngelegenheiten von 1,8 Personen belegt (Bund 1,7).

4. Mieten

Mit zu den wichtigsten Ausgabeposten im Budget privater Haushalte gehört die Wohnungsmiete. Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entfielen 1968 auf Mietaufwendungen (einschließlich des Mietwerts von Eigentümerwohnungen) 11% des gesamten privaten Verbrauchs der inländischen Privathaushalte. Im Bundesgebiet ergab sich nach den Miet- und Wohnflächenangaben für die 9,6 Millionen bewohnten Mietwohnungen eine durchschnittliche Mietbelastung von 2,28 DM je qm Wohnfläche. Dieser Wert wurde von mehr als der Hälfte der Bundesländer unterschritten, so auch von Rheinland-Pfalz, das mit 2,12 DM je qm nach Berlin (1,99 DM) und dem Saarland (2,03 DM) die drittletzte Position einnahm.

Beeinflußt wird der Mietsatz außer von dem Alter der Wohnungen und der Größe der Wohngemeinden in erheblichem Maße von der Art der sanitären Ausstattung und der Form der Beheizung. Für die 84 500 Wohnungen der höchsten Komfortstufe (mit Bad, WC und Sammelheizung) mußten in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 2,79 DM je qm Wohnfläche bezahlt werden, während es in Berlin 2,44 DM und in Bayern 3,34 DM waren (Bund 2,98 DM). Welche Auswirkungen die Sammelheizung auf den Mietpreis hat, wird in der qualitativ niedrigeren nächsten Ausstattungsstufe (mit Bad, WC, aber ohne Sammelheizung) dargelegt. Hier ergibt sich die globale, alle Baualtersgruppen umfassende Durchschnittsmiete im Land mit 2,08 DM je qm. Damit kann im Vergleich zur vorherigen Gruppe für das Vorhandensein dieser Heizungsart ein Betrag von 0,71 DM je qm angesetzt werden. Die entsprechenden Werte für den Bund beliefen sich auf 2,13 DM bzw. 0,85 DM je qm. Für Wohnungen,

Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden¹⁾ mit Mietangabe sowie Art der Ausstattung und Durchschnittsmiete je qm in den Ländern des Bundesgebiets am 25. 10. 1968

Land	Insgesamt		Mit Bad und WC				Ohne Bad, mit WC in der Wohnung		Ohne Bad, mit WC im Gebäude		Mit sonstiger Ausstattung	
			mit		ohne							
	Sammelheizung											
	1 000	Miete je qm in DM	1 000	Miete je qm in DM	1 000	Miete je qm in DM	1 000	Miete je qm in DM	1 000	Miete je qm in DM	1 000	Miete je qm in DM
Schleswig-Holstein	390, 9	2, 38	117, 6	3, 00	119, 5	2, 30	54, 1	1, 94	57, 1	1, 84	42, 6	1, 47
Hamburg	507, 4	2, 56	222, 9	2, 96	164, 6	2, 32	94, 4	1, 94	19, 3	1, 81	6, 2	1, 84
Niedersachsen	995, 0	2, 15	249, 2	2, 84	398, 6	2, 11	106, 1	1, 71	129, 3	1, 58	111, 7	1, 31
Bremen	169, 7	2, 37	73, 6	2, 74	58, 0	2, 15	25, 5	1, 83	8, 8	1, 83	3, 9	1, 67
Nordrhein-Westfalen	2 856, 1	2, 27	709, 4	2, 99	1 271, 5	2, 11	311, 8	1, 75	399, 4	1, 73	164, 0	1, 59
Hessen	806, 1	2, 50	238, 9	3, 26	324, 0	2, 25	99, 6	2, 01	88, 2	1, 85	55, 5	1, 58
Rheinland-Pfalz	399, 4	2, 12	84, 5	2, 79	159, 9	2, 08	50, 1	1, 68	53, 9	1, 64	51, 0	1, 47
Baden-Württemberg	1 161, 9	2, 36	269, 3	3, 07	475, 7	2, 30	216, 3	1, 89	87, 4	1, 83	113, 2	1, 53
Bayern	1 428, 7	2, 27	330, 0	3, 34	615, 0	2, 06	215, 2	1, 66	151, 9	1, 57	116, 6	1, 30
Saarland	116, 5	2, 03	26, 7	2, 53	40, 9	2, 01	18, 4	1, 64	21, 2	1, 67	9, 2	1, 63
Berlin (West)	793, 8	1, 99	275, 5	2, 44	278, 9	1, 81	132, 7	1, 58	101, 3	1, 46	5, 4	1, 66
Bundesgebiet	9 625, 5	2, 28	2 597, 7	2, 98	3 906, 5	2, 13	1 324, 1	1, 78	1 117, 8	1, 69	679, 3	1, 47

1) Ohne Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen, Zweitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet sind.

die über kein Bad, aber ein WC in der Wohnung oder im Gebäude verfügten, sank naturgemäß der Mietpreis je qm Wohnfläche (1,68 DM bzw. 1,64 DM). Wohnungen der minderwertigsten Ausstattungsgruppe, zu denen im Land immerhin noch ein Achtel der bewohnten Mietwohnungen zählte, kosteten im Durchschnitt 1,47 DM je qm.

5. Wohnparteien und Wohnverhältnis

Im Bundesgebiet wurden am 25. Oktober 1968 rund 20,7 Mill. Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten gezählt. Davon entfielen 6% auf Rheinland-Pfalz. Gegenüber der Zählung von 1961 ergaben sich für Bund und Land Zunahmen von jeweils 6,5%. Gut ein Fünftel der gesamten Wohnparteien bildeten im Bundesgebiet die Einpersonenhaushalte; in Rheinland-Pfalz lag dieser Wert mit knapp 18% am niedrigsten, in Berlin (40%) dagegen am höchsten.

Eine erhebliche Veränderung der Wohnverhältnisse in der Unterscheidung nach Mietern, Eigen-

tümern und Untermietern bewirkte die lebhaftere Bautätigkeit in dem Zeitraum zwischen den beiden Großzählungen von 1961 und 1968. Der jährliche Zuwachs von etwa 500 000 Wohnungen hatte zur Folge, daß sich der Anteil der Untermieter an den Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten im Bundesgebiet seit 1961 von 14% auf 5% verminderte. Gleichzeitig stiegen im Bundesdurchschnitt die Anteile der Eigentümer von 29 auf 34% und die der Mieter von 57 auf 61%. Zusammen mit dem Saarland konnte Rheinland-Pfalz seine Spitzenstellung bei den Eigentümerwohnparteien mit je 50% behaupten. Ausnahmen bildeten Hamburg (16%) und Berlin (8%). Die Ursache ist in den faktisch geringen Ausdehnungsmöglichkeiten dieser Städte und damit dem Trend zu Mietshäusern zu sehen. In umgekehrter Relation dazu stehen die Verhältnisse bei den Mietwohnparteien mit 47% Landesanteil. Die restlichen 3% entfallen auf Untermieter.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Beschäftigten- und Betriebsstruktur der Handwerkswirtschaft 1967/68

Die wichtigsten Ergebnisse der Handwerkszählung 1968 wurden bereits als Beiträge in den Statistischen Monatsheften und auch in Statistischen Berichten veröffentlicht. Mit der folgenden Darstellung der Entwicklungstendenzen ausgewählter branchentypischer Strukturen des rheinland-pfälzischen Handwerks findet die Ergebnisdarbietung ihren Abschluß. Die aus der Allgemeinen Erhebung gewonnenen Daten beleuchten im einzelnen die Beschäftigtenstruktur, die wirtschaftlichen Schwerpunkte, die Rechtsformen sowie die Verhältnisse im Bundesgebiet. Die Ausführungen erstrecken sich auf die Handwerksbetriebe, soweit sie das ganze Jahr 1967 tätig waren, also ohne die 775 Betriebe mit 2 322 Beschäftigten (Umsatz: 48,0 Mill. DM) mit Rumpfgeschäftsjahr und ohne die Neugründungen von Januar bis März 1968 (268 Betriebe, 701 Beschäftigte). Die Angaben der Nebenbetriebe wurden, mit Ausnahme des Abschnitts Rechtsformen, einbezogen.

1. Beschäftigtenstruktur

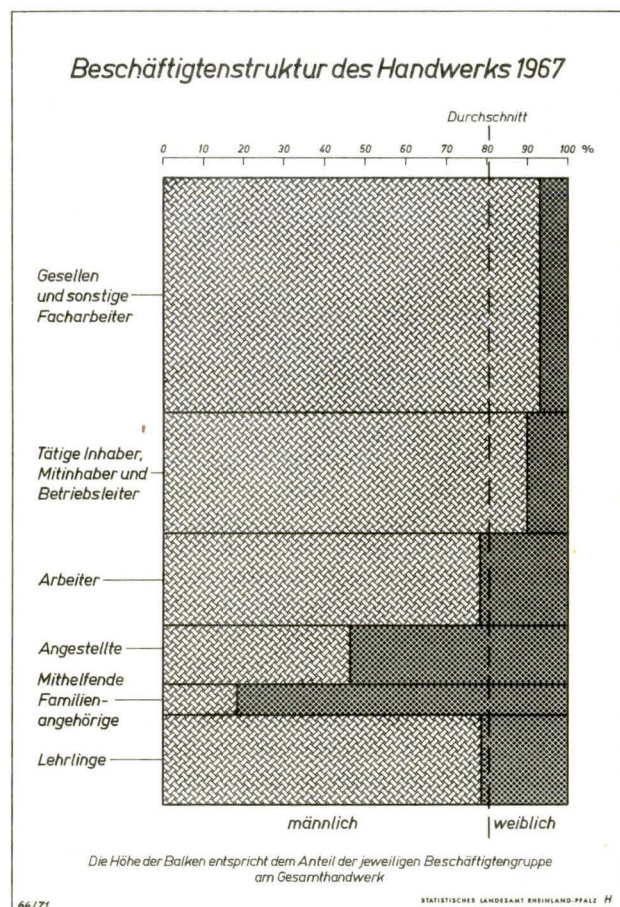
Am 30. September 1967 belief sich die Beschäftigtenzahl des rheinland-pfälzischen Handwerks auf

239 868. Dies bedeutet gegenüber 1949 eine Zunahme um fast ein Drittel. Bezogen auf 1963 beträgt die Steigerung jedoch nur knapp 0,2%. Die Tatsache, daß somit die Beschäftigtenzahl während dieses Intervalls nahezu stagnierte, dürfte größtenteils auf die zunehmende Bedeutung des Tertiärbereichs innerhalb der gewerblichen Wirtschaft sowie die auch für das moderne Handwerk kennzeichnenden tiefgreifenden Rationalisierungstendenzen zurückzuführen sein. Dabei entfielen im letzten Zensusjahr durchschnittlich 5,9 tätige Personen auf einen Handwerksbetrieb (1949: 3,1 und 1963: 5,1). Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten war 1967 das Bau- und Ausbauhandwerk mit 84 772 Personen oder reichlich 35% aller im Handwerk Tätigen die stärkste Gruppe. An zweiter Stelle lag das Metall verarbeitende Handwerk mit über 28% des Gesamtpersonals. Weiterhin verteilten sich auf die Nahrungsmittelhandwerke 13,7% und auf die Zwei-

ge der Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung 9,2% der Handwerksbeschäftigten. Das Holz verarbeitende Gewerbe und die Gruppe Bekleidung, Textil, Leder stellten 6,2 bzw. 5,0% der handwerklichen Arbeitskräfte.

Mit 89 700 Personen und einem Anteil von über 37% an den Gesamtbeschäftigten bildeten die *Gesellen und sonstigen Facharbeiter*, welche fast zur Hälfte im Bau- und Ausbauhandwerk tätig waren, die stärkste Gruppe. Dabei wurde mit einer Steigerungsrate von 6,3% gegenüber 1963 die schon seit 1949 für diese Beschäftigtenkategorie festgestellte überdurchschnittliche Zuwachstendenz erneut bestätigt. Insgesamt gesehen waren die Gesellen und Facharbeiter in allen Handwerksgruppen außer auf dem Nahrungsmittel- sowie dem Bekleidungs-, Textil- und Ledersektor die jeweils stärkste Beschäftigtenkategorie.

An zweiter Stelle folgten die *tätigen Inhaber und Mitinhaber* mit insgesamt 44 389 Kräften, was einem Anteil von 18,5% an den Gesamtbeschäftigten entspricht. Im einzelnen bewegte sich ihr Anteil innerhalb der einzelnen Handwerksgruppen zwischen 10,8% beim Bau- und Ausbaugewerbe sowie 50,2% bei der Gruppe Bekleidung, Textil, Leder. Im Nahrungsmittelhandwerk entfiel auf diese Beschäftigtenkategorie ein reichliches Viertel. Der im Vergleich zu 1963 festgestellte Rückgang um 11,9%, der mit der Entwicklung der Zahl der Betriebe korrelierte, bestätigt erneut die für diesen Personenkreis schon seit vielen Jahren erkennbare hohe Rückläufigkeit.



Die drittstärkste Gruppe der im Handwerk Tätigen bildeten 35 378 *Arbeiter* mit einem Anteil von 14,7% an den Gesamtbeschäftigten. Bei einem nicht unbeträchtlichen Rückgang ihrer Zahl um 7,5% gegenüber 1963 verteilten sie sich zu über 60% auf das Bau- und Ausbauhandwerk. Dabei waren wiederum über zwei Drittel der in der Gruppe Bau und Ausbau beschäftigten Arbeiter im Maurer-, Beton- und Stahlbetonbauerhandwerk tätig, während der größte Teil des restlichen Drittels auf den Straßenbau, das Stukkateur- und das Dachdeckerhandwerk entfiel.

Als viertgrößte Beschäftigtenkategorie ermittelte die Handwerkszählung 1968 insgesamt 22 283 *Angestellte* mit einem Anteil von 9,3% an allen handwerklichen Arbeitskräften. Ihre Zuwachsrate im Vergleich zu 1963 belief sich auf 52,4%, wodurch der langfristige weit überdurchschnittliche Steigerungstrend innerhalb dieser Gruppe wiederum bestätigt wurde. Von den Angestellten des Handwerks waren etwa 42% in den Metall verarbeitenden Zweigen tätig, deren Belegschaft sich zu 13,9% aus dieser Beschäftigtenart zusammensetzte. So waren allein bei den Kraftfahrzeugmechanikern 3 756 Angestellte registriert, welche 18,8% der Beschäftigten dieses Zweiges ausmachten. An zweiter und dritter Stelle standen die Bau- und Ausbauhandwerke mit 22,3% sowie das Nahrungsmittelgewerbe mit 21,1% der Angestellten. Bemerkenswert ist die überdurchschnittliche Zunahme der Angestellten seit 1963 im Nahrungsmittelgewerbe. Ihre Zahl hat sich zwischen 1963 und 1967 im Bäckerhandwerk um 145% auf 2 025 und im Fleischerhandwerk um 83% auf 2 328 erhöht.

Nach der Größenordnung standen 1967 die *mithelfenden Familienangehörigen* mit 11 637 Kräften oder 4,9% der Beschäftigten an fünfter Stelle. Dabei waren 42% von ihnen im Nahrungsmittelhandwerk eingesetzt, dessen Beschäftigten zu fast 15% aus diesem Personenkreis bestanden. Entsprechend den Entwicklungstendenzen in der Zahl der Betriebe ist die Bedeutung der mithelfenden Familienangehörigen im Handwerk schon seit längerer Zeit stark rückläufig, wobei allein von 1963 bis 1967 eine Einbuße um über 40% zu verzeichnen war. Diese stark rückläufige Entwicklung wurde im Gesamthandwerk durch die überdurchschnittlichen Zuwachsraten seitens der Fachkräfte und Angestellten mehr als ausgeglichen. Zum Teil war eine solche Überführung auch aus steuerlichen Gründen angezeigt.

Die Summe der *tätigen Inhaber und Mitinhaber* sowie der *mithelfenden Familienangehörigen* bildet die Zahl der *familieneigenen Arbeitskräfte*, welche sich 1967 auf 56 026 oder 23,4% der Gesamtbeschäftigten belief. Die familieneigenen Arbeitskräfte haben gegenüber 1956 um 29,6% und gegenüber 1963 um 20,4% jeweils beträchtlich abgenommen, wobei der Rückgang sämtliche Handwerksgruppen in gleicher Weise betraf. Den höchsten Anteil familieneigener Arbeitskräfte hatte infolge des Vorherrschens von Kleinstbetriebsformen auch 1967 die Gruppe Bekleidung, Textil und Leder mit 58,7% zu verzeichnen, während mit schon beträchtlichem Ab-

Handwerksgruppe	Ins- gesamt	Tätige Inhaber und Mit- inhaber	Mit- helfende Familien- ange- hörige	Be- triebs- leiter	Ange- stellte	Kauf- männ. und tech- nische Lehrlinge	Gesellen und sonstige Fach- arbeiter	Ar- beiter	Hand- werks- lehrlinge
Anzahl									
Bau und Ausbau	2 836	260	650	6	1 627	198	33	47	15
Metall	8 389	568	1 983	24	4 005	1 045	75	589	100
Holz	1 342	93	422	-	489	49	31	246	12
Bekleidung, Textil, Leder	5 085	1 337	854	13	620	207	799	495	760
Nahrungsmittel	13 517	1 055	4 281	106	4 250	875	766	1 769	415
Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung	14 607	961	1 059	31	708	140	4 281	4 050	3 377
Glas, Papier, Keramik, Sonstiges	1 613	167	262	8	317	87	186	469	117
Insgesamt	47 389	4 441	9 511	188	12 016	2 601	6 171	7 665	4 796
Von 100 Beschäftigten waren ... Frauen									
Bau und Ausbau	3,3	2,8	62,9	2,1	32,7	38,5	0,1	0,2	0,3
Metall	12,4	5,8	79,3	3,1	42,8	41,0	0,3	16,0	0,6
Holz	9,0	1,9	64,2	-	55,1	46,7	0,5	18,5	1,0
Bekleidung, Textil, Leder	42,7	22,4	83,8	17,1	76,0	88,5	38,3	76,9	71,6
Nahrungsmittel	41,1	12,1	87,5	22,4	90,3	84,8	10,0	69,8	14,5
Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung	66,1	22,9	88,1	19,9	70,7	67,3	68,8	81,6	81,4
Glas, Papier, Keramik, Sonstiges	27,7	10,0	78,9	12,5	59,3	65,9	11,0	50,4	25,0
Insgesamt	19,8	10,0	81,7	9,7	53,9	54,5	6,9	21,7	16,1

stand (41,5%) das Nahrungsmittelhandwerk an zweiter Stelle lag. Die geringsten Anteilsätze der familieneigenen Arbeitskräfte wiesen indessen die Gruppen Metall mit 18,3% sowie Bau und Ausbau mit 12,0% aus.

Während die Zahl der *Handwerkslehrlinge* mit 26 414 im Jahre 1963 ihren Tiefststand erreicht hatte, ist sie bis 1967 um 12,7% auf 29 769 wiederum beträchtlich angestiegen, so daß sich auch der Anteil der Handwerkslehrlinge an den Gesamtbeschäftigten von 11,0% im Jahre 1963 auf 12,4% im Jahre 1967 merklich erhöhte. Eine noch wesentlich stärkere Aufwärtsentwicklung war hinsichtlich der kaufmännischen und technischen Lehrlinge zu verzeichnen. Bei einer Gesamtzahl von 4 772 im September 1967 belief sich die Zunahme gegenüber 1956 auf 88,9% und gegenüber 1963 auf 18,3%. Somit stellten die handwerklichen, kaufmännischen und technischen Lehrlinge mit einer Gesamtzahl von 34 541 einen Anteil von 14,4% aller Beschäftigten, wobei im Vergleich zu 1963 eine beträchtliche Steigerung um 13,4% vermerkt werden konnte. Diese erfreuliche Entwicklung des Lehrlingsbestands dürfte dafür sprechen, daß sich die in nächster Zeit innerhalb der handwerklichen Personalstruktur zu erwartenden Verschiebungen doch wohl innerhalb bestimmter Grenzen vollziehen werden für den Fall, daß diese nicht in andere Wirtschaftsbereiche abwandern. Mehr als die Hälfte aller im Handwerk registrierten Lehrlinge fanden ihre Ausbildung in den Metall verarbeitenden Zweigen, wobei sie ein reichliches Viertel des Personals dieser Handwerksgruppe stellten. In weitem Abstand folgten die Gruppen Bau und Ausbau mit 14,4%, Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung mit 12,6% sowie Nahrungsmittel mit 11,3% der Lehrlinge.

Die Zahl der *Betriebsleiter* im Arbeitnehmerverhältnis betrug 1967 insgesamt 1 940 oder 0,8% der Beschäftigten. Allein von 1963 bis 1967 ergab sich

für diesen Personenkreis eine Zunahme um 37,7%. Den größten Anteil an den Betriebsleitern hatte die Metallverarbeitung mit nahezu 40% aufzuweisen. An zweiter Stelle folgten die Nahrungsmittelhandwerke mit fast einem Viertel der Gesamtzahl.

Ende September 1967 waren in den rheinland-pfälzischen Handwerksbetrieben 47 389 *weibliche Arbeitskräfte* tätig, was einem Anteil von 19,8% an den Beschäftigten entspricht. Dabei läßt der Vergleich mit den Zählungen früherer Jahre erkennen, daß die Beschäftigung von Frauen im Handwerk sowohl absolut als auch relativ im Ansteigen begriffen war. So belief sich der Anteil weiblicher Arbeitskräfte 1949 auf 15,8%, 1956 auf 16,5% und 1963 auf 18,7%. In Anbetracht der Tatsache, daß die Zahl der Beschäftigten im Laufe der vorangegangenen vier Jahre nur relativ unbeträchtlich um 0,2% gestiegen war, erscheint die *Zunahme an Frauen* im gleichen Zeitraum um 2 715 bzw. 6,1% beachtlich. Während die Einsatzmöglichkeiten von weiblichen Arbeitskräften im Bau- und Ausbau sowie im Metall und Holz verarbeitenden Gewerbe naturgemäß begrenzt sind, konnten 1967 die Frauen im Bekleidungs- und Nahrungsmittelhandwerk jeweils 40% des Personals stellen. Die Arbeitskräfte der Gruppe Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung waren sogar annähernd zu zwei Dritteln weiblichen Geschlechts. Hinsichtlich der Stellung im Betrieb entfiel 1967 mit 12 016 die größte Gruppe weiblicher Arbeitskräfte auf die Angestellten, welche damit mehr als ein Viertel aller Frauen im Handwerk umfaßten. Bemerkenswert ist dabei, daß die Zahl der weiblichen Angestellten über die Hälfte aller handwerklichen Angestellten ausmachte und gegenüber 1963 um 67,4% zugenommen hatte.

2. Wirtschaftliche Schwerpunkte

Viele der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen üben erfahrungsgemäß neben ihrer eigentlichen handwerklichen Tätigkeit noch weitere

Wirtschaftlicher Schwerpunkt	Betriebe		Beschäftigte			Umsatz			
	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	je Betrieb	Anteil	ins- gesamt	je Betrieb	je tätige Person	Anteil
	Anzahl	%	Anzahl		%	1 000 DM			%
Handwerk	38 446	94,4	224 906	5,8	93,8	7 085 504	184	31,5	86,3
Produzierendes Handwerk	34 395	84,5	203 632	5,9	84,9	6 841 895	199	33,6	83,3
Dienstleistungshandwerk	4 051	9,9	21 274	5,3	8,9	243 609	60	11,5	3,0
Nichthandwerkliche Bereiche	2 277	5,6	14 962	6,6	6,2	1 125 940	494	75,3	13,7
Handel	2 122	5,2	13 899	6,5	5,8	1 093 326	515	78,7	13,3
Großhandel	114	0,3	3 680	32,3	1,5	530 405	4 653	144,1	6,4
Handelsvermittlung	68	0,2	164	2,4	0,1	5 833	86	35,6	0,1
Einzelhandel	1 940	4,7	10 055	5,2	4,2	557 088	287	55,4	6,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9	0,0	168	18,7	0,1	6 805	756	40,5	0,1
Übriges Dienstleistungsgewerbe	146	0,4	895	6,1	0,3	25 809	177	28,8	0,3
Insgesamt	40 723	100,0	239 868	5,9	100,0	8 211 444	202	34,2	100,0

Funktionen aus. Bereits die Handwerkszählung 1963 hatte ergeben, daß reichlich einem Drittel aller Handwerksbetriebe ein branchenübliches Ladengeschäft oder ein entsprechender Verkaufsraum angegliedert war, was vorwiegend für die Nahrungsmittelhandwerke charakteristisch ist. Die allgemeine Entwicklung der letzten Jahre dürfte dabei eine weitere Ausdehnung des sonstigen Betätigungsfeldes der Handwerksbetriebe erwarten lassen.

Dennoch hatten 1968 über 94% aller Handwerksunternehmen ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handwerk, wovon sich reichlich 84% auf das produzierende und knapp 10% auf das Dienstleistungshandwerk verteilten. Bei lediglich 2 277 Betrieben überwogen hingegen nach ihrer Selbsteinschätzung anderweitige Tätigkeiten. Von diesen Unternehmen mit vorwiegend nichthandwerklicher Struktur verzeichneten wiederum über neun Zehntel ihren Schwerpunkt im Handel, worunter der Einzelhandel bei weitem dominierte. Die Aufgliederung der im rheinland-pfälzischen Handwerk Beschäftigten nach den vorwiegenden Arbeitsmerkmalen der Betriebe ergab nahezu gleiche Relationen. Von den knapp 94% Beschäftigten der überwiegend handwerklich tätigen Betriebe verteilten sich 85% auf das produzierende und fast 9% auf das Dienstleistungshandwerk.

Demgegenüber wurde hinsichtlich der Zuordnung des Umsatzes nach wirtschaftlichen Betriebsschwerpunkten eine merkbliche Abweichung ermittelt. Während nach den vorstehenden Ausführungen nur 5,6% der Betriebe mit 6,2% der Beschäftigten vorwiegend in nichthandwerklichen Bereichen tätig waren, entfielen vom Umsatz immerhin 13,7% auf Betriebe, welche ihren Schwerpunkt außerhalb des Handwerks hatten. Dies rührt vornehmlich daher, daß der schwerpunktmäßig im Großhandel erzielte Umsatz mit 6,4% des Gesamtumsatzes relativ stark ins Gewicht fiel, wogegen sich die Anteile der Betriebe und Beschäftigten mit Schwerpunkt Großhandel jeweils als weitaus geringer erwiesen (0,3 bzw. 1,5%). Unter den verbleibenden 86,3% des

Umsatzes der Betriebe, welche vorwiegend handwerkliche Tätigkeiten auswiesen, resultierten nur rund 3% aus Dienstleistungsfunktionen, aber 83,3% aus Leistungen des produzierenden Handwerks.

3. Rechtsformen

Von den 39 533 Handwerksbetrieben (ohne Nebenbetriebe und Betriebe mit Rumpfgeschäftsjahr), die Ende März 1968 gezählt wurden, stand in 38 109 Fällen ein Einzelinhaber an der Spitze, womit der Anteil der Einzelunternehmen im rheinland-pfälzischen Handwerk von 97,5% im Jahre 1963 auf 96,4% im Jahre 1968 leicht zurückgegangen ist. Die Zahl der Einzelunternehmen hat um 14,7% abgenommen, wobei entsprechend der rückläufigen Entwicklung der Betriebszahl die stärksten Einschnitte in den Handwerksgruppen Bekleidung, Textil und Leder sowie Glas, Papier, Keramik und Sonstiges mit — 32,6 bzw. — 28,5% erfolgten. Demgegenüber hat der Anteil der Personen- und Kapitalgesellschaften in diesem Zeitraum beträchtlich zugenommen. Knapp 1 200 Betriebe hatten entweder die OHG oder die KG, zu der die an Bedeutung gewinnende GmbH & Co. KG zählt, als Rechtsform gewählt, während 238 Handwerksunternehmen als GmbH geführt wurden. Weiterhin konnten auch 4 Aktiengesellschaften im Handwerk registriert werden. Alles in allem hatten bei allgemein beträchtlich rückläufigen Betriebszahlen gegenüber 1963 die Kommanditgesellschaften während dieses Intervalls um 45,1% und die Kapitalgesellschaften um 63,5% zugenommen. Infolge des Wegfalls einer Reihe offener Handelsgesellschaften im Bekleidungsgewerbe, hat sich deren Anzahl im gesamten Handwerk nur unbeträchtlich erhöht. Sowohl die Personen- als auch die Kapitalgesellschaften verteilten sich überwiegend auf die Handwerksgruppen Bau und Ausbau sowie Metallverarbeitung, welche generell durch das Vorherrschen größerer und kapitalstärkerer Betriebseinheiten gekennzeichnet sind. So wurden allein im Maurerhandwerk 129 Betriebe als Personengesellschaften und 32 Unternehmen als GmbH geführt. Beim Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk wurden 134 Perso-

Betriebe der Handwerkswirtschaft nach Handwerksgruppen und Rechtsformen am 31. 3. 1968
(Ohne Nebenbetriebe)

Handwerksgruppe	Insgesamt		Einzelinhaber ¹⁾		OHG		KG		GmbH ²⁾	
	Anzahl	Veränderung zu 1963 in %	Anzahl	Veränderung zu 1963 in %	Anzahl	Veränderung zu 1963 in %	Anzahl	Veränderung zu 1963 in %	Anzahl	Veränderung zu 1963 in %
Bau und Ausbau	8 156	- 5,9	7 657	- 8,2	169	11,9	236	93,4	94	64,9
Metall	8 535	- 6,1	8 003	- 7,6	222	- 3,9	210	47,9	100	85,2
Holz	4 343	- 12,1	4 251	- 12,5	45	7,1	36	2,9	11	37,5
Bekleidung, Textil, Leder	5 638	- 32,5	5 574	- 32,6	40	- 20,0	17	- 10,5	7	0,0
Nahrungsmittel	7 543	- 13,3	7 443	- 13,5	56	- 1,8	32	- 3,0	12	200,0
Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung	3 883	- 5,5	3 818	- 5,8	35	25,0	19	0,0	11	37,5
Glas, Papier, Keramik, Sonstiges	1 435	- 27,5	1 363	- 28,5	36	2,9	29	0,0	7	- 30,0
Insgesamt	39 533	- 13,8	38 109	- 14,7	603	1,5	579	45,1	242	63,5

1) Einschl. mehrere Personen als Inhaber sowie sonstige nicht genannte Rechtsformen. - 2) Einschl. 4 Aktiengesellschaften.

nengesellschaften und 34 Kapitalgesellschaften gezählt. Dagegen waren in den Bekleidungs-, Textil- und Leder-, den Nahrungsmittel- sowie den Gesundheits- und Körperpflege-, Reinigungshandwerken die Anteile der Einzelunternehmen mit 98,9%, 98,7% und 98,3% überdurchschnittlich hoch, da in diesen Gruppen besonders die Kleinbetriebsform überwiegt, welche im allgemeinen nur ein relativ geringes betriebsnotwendiges Kapital voraussetzt. Kennzeichnende Beispiele hierfür waren die Herren- und Damenschneiderhandwerke, wo von insgesamt 2 174 Betrieben nur jeweils ein Unternehmen in der Rechtsform einer OHG und einer GmbH betrieben wurde.

Dementsprechend waren auch nach wirtschaftssystematischen Gesichtspunkten die jeweils größten Anteile an den personal- und kapitalgesellschaftlichen Rechtsformen auf die Unterabteilung Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau des produzierenden Gewerbes sowie das Baugewerbe konzentriert. Auch die Abteilung Handel wies mit einer Gesamtzahl von 173 eine beträchtliche Menge von Personal- und Kapitalgesellschaften aus. Dagegen trat das Dienstleistungshandwerk mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Einzelunternehmen von 99% hervor. Die Aufstellung nach Betriebsgrößenklassen läßt erkennen, daß die unter personal- und kapitalgesellschaftlichen Rechtsformen betriebenen Unternehmen überwiegend der Gruppe mit zehn und mehr Beschäftigten angehörten (69,7%).

4. Entwicklung im Bundesgebiet

Im Bundesgebiet wurden am 31. März 1968 insgesamt 614 844 Handwerksunternehmen gezählt. Der Anteil der rheinland-pfälzischen Betriebe belief sich auf 6,6%, während der Bevölkerungsanteil nur 6,0% betrug. Infolgedessen kamen auf 1 000 Einwohner im Bundesgebiet 10,3 und in Rheinland-Pfalz 11,2 Betriebe. Die höchsten Dichteziffern hatten Bayern mit 13,0 und Baden-Württemberg mit 12,7 Handwerksunternehmen je 1 000 Einwohner aufzuweisen. Demgegenüber ergab sich für Berlin (West) mit 6,5 die niedrigste Betriebsdichte. Auch Bremen mit 7,4, Hamburg mit 7,5 und das Saarland mit 7,8 Betrieben je 1 000 Einwohner

lagen noch beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt. Gegenüber 1963 hatte sich die Zahl der Handwerksunternehmen im Bundesgebiet um 10,4% verringert. Der Betriebsschwund in Rheinland-Pfalz war infolgedessen mit 12,7% überdurchschnittlich hoch. Die stärksten Rückgänge wurden für West-Berlin mit - 20,3% und Hamburg mit - 15,2% ermittelt. In Baden-Württemberg war die Abnahme mit - 8,7% am niedrigsten.

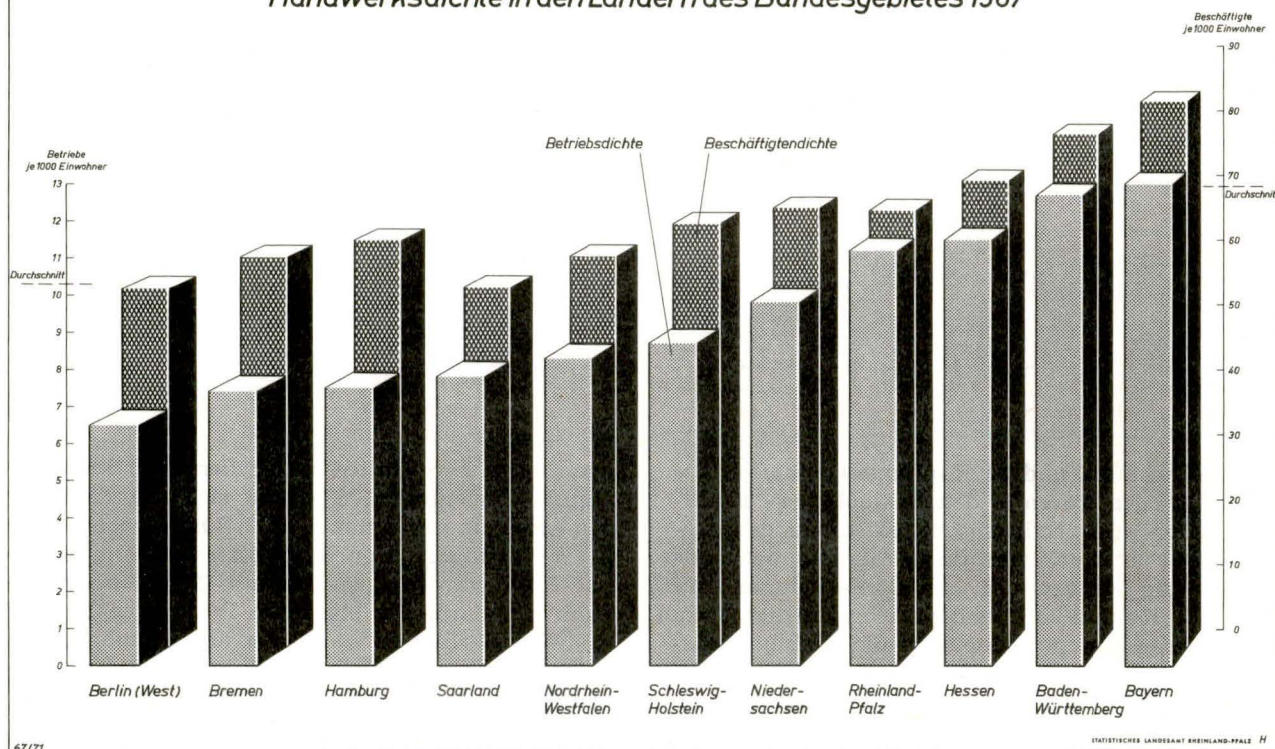
Die Zahl der im Handwerk Beschäftigten belief sich Ende September 1967 im Bundesgebiet auf 4 087 951 und hatte sich damit gegenüber 1963 um 0,4% relativ geringfügig erhöht. Dem entspricht der Beschäftigtenzuwachs im rheinland-pfälzischen Handwerk von 0,2%. Bei den anderen Ländern weicht die Beschäftigtenentwicklung teils beträchtlich vom Bundesdurchschnitt ab. Relativ starke Zugänge waren in Bayern mit + 6,3%, in Baden-Württemberg mit + 3,0% und in Niedersachsen mit + 2,2% zu verzeichnen. Die größten Einbußen betrafen hingegen Hamburg mit - 8,3%, das Saarland mit - 6,8% und Nordrhein-Westfalen mit

Dichteziffern der Handwerkswirtschaft in den Ländern des Bundesgebiets 1968

Land	Be- triebe am 31. 3. 1968	Beschäftigte am 30. 9. 1967		Umsatz 1967		
	je 1 000 Einw. 1)	je Be- trieb	je 1 000 Einw. 1)	je Be- trieb	je tätige Person	je 1 000 Einw. 1)
	Anzahl		Anzahl		1 000 DM	
Schleswig-Holstein	8,7	7,4	64,2	262	35,3	2,3
Hamburg	7,5	8,3	61,7	307	37,2	2,3
Niedersachsen	9,8	6,8	66,5	222	32,7	2,2
Bremen	7,4	8,0	59,1	246	30,8	1,8
Nordrhein-Westfalen	8,3	7,1	59,2	251	35,1	2,1
Hessen	11,5	6,2	70,9	217	35,1	2,5
Rheinland-Pfalz	11,2	5,9	66,3	202	34,2	2,3
Baden-Württemberg	12,7	6,1	78,0	233	38,0	3,0
Bayern	13,0	6,4	83,0	213	33,4	2,8
Saarland	7,8	7,0	54,5	227	32,4	1,8
Berlin (West)	6,5	8,4	54,4	260	31,1	1,7
Bundesgebiet	10,3	6,7	68,3	231	34,8	2,4

1) Durchschnittliche Einwohnerzahl 1967.

Handwerksdichte in den Ländern des Bundesgebietes 1967



— 3,7%. Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz an den handwerklichen Arbeitskräften des Bundesgebietes entsprach mit 5,9% nahezu dem Bevölkerungsanteil. Je Betrieb ergaben sich zum 30. September 1967 im Bundesdurchschnitt 6,7 Beschäftigte gegenüber 5,9 im Jahre 1963 und 4,8 im Jahre 1956. Die größten Betriebe wurden in Berlin mit 8,4, in Hamburg mit 8,3, in Bremen mit 8,0 und in Schleswig-Holstein mit 7,4 Beschäftigten je Unternehmen gezählt. Auch die Vergleichswerte für Nordrhein-Westfalen (7,1) und Niedersachsen (6,8) übertrafen den Bundesdurchschnitt, während Rheinland-Pfalz mit 5,9, Baden-Württemberg mit 6,1, Hessen mit 6,2 und Bayern mit 6,4 Arbeitskräften je Betrieb beträchtlich darunter lagen. Hinsichtlich der handwerklichen Unternehmensgröße hat sich somit ein gewisses Gefälle von Norden nach Süden abgezeichnet. Auf 1 000 Einwohner entfielen im Bundesgebiet 68,3 Handwerksbeschäftigte. Bayern und Baden-Württemberg wiesen mit 83,0 bzw. 78,0 Personen die größten Dichteziffern aus, während Berlin und das Saarland mit 54,4 bzw. 54,5 Beschäftigten je 1 000 Einwohner den Bundesdurchschnitt am stärksten unterschritten. Weiterhin lagen sämtliche norddeutschen Länder einschließlich Rheinland-Pfalz teils beträchtlich unter dem Mittelwert, so daß hinsichtlich der Beschäftigtendichte ein gewisses Süd-Nord-Gefälle zu beobachten war.

Der Handwerksumsatz in der Bundesrepublik ist zwischen 1962 und 1967 um 43,6% auf über 142 Mrd. DM angewachsen. Die höchsten Steigerungen

erzielten Berlin mit + 57,6%, Baden-Württemberg mit + 51,2%, Bayern mit + 48,9% und Hessen mit + 48,3%. Auch die Handwerkswirtschaft des Landes Rheinland-Pfalz hob sich mit einer Umsatzzunahme von 47,2% noch merklich vom Bundesdurchschnitt ab. In den übrigen Ländern blieb das Handwerk jedoch teils weit hinter der durchschnittlichen Umsatzsteigerung zurück. Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz am Handwerksumsatz der Bundesrepublik im Jahre 1967 belief sich auf 5,8% und entsprach damit in etwa dem Beschäftigtenanteil von 5,9%. Je Betrieb betrug der durchschnittliche Umsatz im Bundesgebiet rund 231 000 DM. Bei den Ländern schwankte diese Größe zwischen 307 000 DM in Hamburg und 202 000 DM in Rheinland-Pfalz. Der Umsatz je tätiger Person belief sich im Bundesdurchschnitt auf 34 800 DM. Rheinland-Pfalz lag mit einem Wert von 34 200 DM leicht darunter, während Baden-Württemberg mit 38 000 DM unter den Ländern die Spitzenposition einnahm. Je 1 000 Einwohner ergab sich für die Handwerkswirtschaft des Bundesgebietes ein Umsatz von etwa 2 400 DM. Über diesem Durchschnitt bewegten sich lediglich Baden-Württemberg (3 000 DM), Bayern (2 800 DM) und Hessen (2 500 DM). Rheinland-Pfalz lag mit 2 300 DM nahe beim Mittelwert, während Berlin (1 700 DM), Bremen (1 800 DM) und das Saarland (1 800 DM) die niedrigsten Ziffern auswiesen.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 684 ^p	3 681	3 684	3 686	3 702	3 704
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 305	2 588	2 422	2 741	2 109	2 481	2 913	2 239 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,3	8,6	9,2	7,8	6,7	8,1 ^p	9,3 ^p	7,4 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 059	4 461	3 817	4 439	4 397	3 902	3 802	4 403 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	11,0	14,8	14,6	12,6	14,0	12,8 ^p	12,1 ^p	14,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 641	3 372	3 224	3 807	4 302	3 735	3 408	3 575 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,9	11,2	12,3	10,8	13,7	12,3 ^p	10,8 ^p	11,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	103	102	125	96	105	96	74	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	25,4	22,9	32,7	21,6	23,9	24,6	19,5	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	418	1 089	593	632	95	167	394	828 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	1,1	3,6	2,3	1,8	0,3	0,5 ^p	1,3 ^p	2,7 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	10 822	12 218	13 353	7 951	11 168	10 951
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	9 085	9 473	11 186	6 395	9 233	9 005
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	1 737	2 745	2 167	1 556	1 935	1 946
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	10 417	11 192	12 727	7 453	10 080	9 522
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	9,5	6,1	5,5	5,0	11,2	8,0	7,2	6,8
* Männer	1 000	6,8	6,5	3,4	2,8	2,6	7,0	3,9	3,4	3,2
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	755	905	100	72	53	574	92	83	68
Bauberufe	Anzahl	948	933	229	116	86	804	436	298	247
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 372	4 705	3 480	3 240	2 934	6 310	3 850	3 572	3 359
Offene Stellen	Anzahl	27 607	33 113	35 952	36 578	38 235	29 317	30 738	31 391	31 825
Männer	Anzahl	15 420	20 838	22 587	22 389	23 715	18 559	19 436	19 713	19 960
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	327	461	458	417	450	525	535	374	329
Bauberufe	Anzahl	2 508	3 110	3 758	3 525	3 456	3 043	3 559	3 324	3 083
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	16 790	17 629	17 881	19 204	13 469	12 650	13 291	13 730
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	726	.	.	765	.	.	.	733
* Milchkühe	1 000	298	266	.	.	278	.	.	.	262
* Schweine	1 000	722	827	.	.	754	825	.	.	781
* Zuchtsauen	1 000	56	77	.	.	75	73	.	.	71
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	46	.	.	48	42	.	.	44
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	20	20	18	19	22	18	17	18
* Kälber	1 000	5	2	2	2	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	100	97	92	100	118	99	97	105
* Hausschlachtungen	1 000	24	20	20	13	9	29	19	15	12
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,9	11,9	11,6	12,7	13,1	11,6	11,6	13,0
* Rinder	1 000 t	4,2	5,2	5,2	4,9	5,1	5,8	4,9	4,8	5,1
* Kälber	1 000 t	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,5	6,4	6,6	7,4	7,1	6,5	6,7	7,6
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	310	320	564	356	237	403	381	216	57
* für Legehennenküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	50	65	59	55	31	51	28	49
Milch										
* Milcherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	83	88	94	91	86	88	96	87
%	%	72,1	79,5	80,3	82,8	82,7	79,1	80,0	82,0	83,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	8,9	9,7	10,4	10,8	10,8	10,5	11,0	11,7	10,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	3 005	3 004	3 004	3 013	3 045	3 053	3 067	3 071
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	407	404	403	404	409	407	405	406
* Arbeiter 2)	1 000	294	306	305	303	304	306	303	302	302
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	48	51	44	48	51	48	45	46
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	491	455	458	514	514	513	510	566
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	328	305	310	346	346	341	340	371
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	163	150	148	168	168	172	170	195
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	103	113	96	83	110	78	76	78
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	30 876	34 669	30 901	29 808	23 512	21 683	19 694	19 644
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	195	199	180	168	235	200	184	172
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	788	797	791	792	836	800	808	806
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	231	313	324	302	286	346	286	273	267
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 331	2 386	2 101	2 357	2 681	2 491	2 447	2 039
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	504	517	462	524	581	519	513	556
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	200	207	218	211	202	222	223	224 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	210	216	222	216	219	230	230	232 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	211	218	224	219	219	232	232	234
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	175	172	173	161	206	193	195	184 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	219	241	234	235	239	247	242	249
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	154	158	178	186	134	180	192	201
Chemische Industrie	1962 = 100	151	256	289	270	271	293	290	277	284
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	280	261	302	295	262	293	312	318
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	237	196	246	259	182	215	255	274
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	162	170	165	147	172	179	172	158
Schuhindustrie	1962 = 100	118	111	126	86	66	128	122	98	55
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	162	142	172	169	155	170	172	186
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	148	158	198	179	115	177	185	183
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	.	.	101	100
* Umsatz	VjD 1962=100	.	181	.	.	173	167
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	177	.	.	165	162
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	233	240	209	202
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	708	690	682	681	864	822	849	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	928	918	880	872	1 070	962	972	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,7	0,8	0,4	0,3	0,9	0,5	0,4	0,4
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	118	128	97	83	186	125	118	118
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	118	129	98	83	187	125	119	118
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	89	89	90	91	88	90	89	91
Facharbeiter	1 000	51	48	48	48	51	48	48	48	51
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	27	28	26	26	27	27	26
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 871	14 721	14 149	15 690	10 773	14 334	14 180	14 814
Privater Bau	1 000	7 759	7 113	8 208	7 899	8 685	6 007	7 933	7 928	8 388
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 623	5 573	5 334	5 746	3 789	5 294	5 362	5 692
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	164	182	215	225	119	121	164	141
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	2 326	2 453	2 350	2 714	2 099	2 518	2 402	2 555
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 758	6 513	6 250	7 005	4 766	6 401	6 252	6 426
Hochbau	1 000	1 791	1 311	1 546	1 365	1 504	1 227	1 525	1 468	1 517
Tiefbau	1 000	4 444	4 447	4 967	4 885	5 501	3 539	4 876	4 784	4 909
Straßenbau	1 000	2 027	2 180	2 460	2 446	2 768	1 595	2 241	2 243	2 384
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	99 530	101 670	110 145	119 563	87 180	114 560	120 459	126 531
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	89 676	92 625	100 850	109 618	76 824	104 156	109 691	115 425
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	9 854	9 045	9 295	9 945	10 356	10 404	10 768	11 106
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	255 982	214 072	218 129	284 958	220 994	255 370	234 719	291 449

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Ab März 1971 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 143	1 329	1 171	1 290	1 433	1 344	1 532	1 378
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 034	1 242	1 048	1 167	1 316	1 197	1 385	1 211
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 224	1 294	1 286	1 358	1 434	1 652	1 764	1 498
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	150 553	152 552	156 294	168 383	189 580	219 537	240 132	206 533
* Wohnfläche	1 000 qm	210	213	212	242	243	239	285	305	259
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
* Umbauter Raum	Anzahl	339	273	266	288	287	257	241	270	228
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 cbm	1 067	1 279	764	1 448	1 598	1 304	1 006	1 921	1 144
* Nutzfläche	1 000 DM	76 216	99 284	50 588	96 581	101 473	152 263	111 493	215 431	136 981
* Wohnungen insgesamt	1 000 qm	187	207	144	237	232	226	166	290	180
	Anzahl	2 790	2 479	2 370	2 630	2 643	2 682	3 478	3 556	2 995
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	116	.	116	.	.	.	124	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	155	.	155	.	.	.	176	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	158	.	158	.	.	.	177	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	158	.	157	.	.	.	181	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	149	.	148	.	.	.	167	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	154	.	155	.	.	.	173	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	124	.	125	.	.	.	132	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	164	.	165	.	.	.	183	.
Deckenputz	1962 = 100	129	162	.	165	.	.	.	177	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	171	.	174	.	.	.	188	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	139	.	138	.	.	.	155	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	151	.	148	.	.	.	168	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	566,3	579,5	518,4	575,6	698,2	612,4	598,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	18,8	22,4	17,0	20,7	19,7	24,1	20,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	547,4	557,1	501,5	554,9	678,5	588,4	577,3	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	9,7	10,3	9,7	10,9	10,6	10,4	11,4	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	29,6	30,4	27,4	32,1	42,2	39,9	39,9	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	508,2	516,4	464,3	511,9	625,7	538,1	526,0	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	195,9	202,8	190,6	205,7	245,0	212,5	197,4	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	312,3	313,6	273,8	306,2	380,7	325,5	328,6	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	217,6	224,0	192,3	218,5	281,3	250,9	237,6	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	38,9	40,8	33,7	41,8	46,9	43,7	40,4	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	83,0	85,5	76,2	78,2	108,1	97,5	98,6	...
Italien	Mill. DM	20,0	47,6	48,9	40,8	47,2	64,5	53,8	51,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	48,2	48,8	41,6	51,4	61,9	55,8	47,1	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	72,1	120,4	121,4	112,7	121,0	140,7	121,4	132,0	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,3	13,4	11,1	12,5	12,6	12,0	12,3	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	22,7	21,2	23,1	23,6	29,9	23,2	24,2	...
Österreich	Mill. DM	13,2	23,3	25,3	21,4	24,6	26,9	25,3	27,1	...
Schweden	Mill. DM	10,5	17,0	17,9	15,9	15,0	20,2	16,7	16,5	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	33,4	33,7	31,7	33,2	39,3	34,3	40,6	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	36,7	36,5	31,3	37,7	49,8	47,7	44,7	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	23,0	26,8	30,7	21,7	31,5	25,2	22,5	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	...	390,8	450,1	367,3	383,3	485,3	462,1	418,0	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	...	62,1	64,5	58,0	63,8	89,4	76,8	67,8	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	...	328,7	385,6	309,3	319,5	395,9	385,3	350,1	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 803	18 393	17 842	18 871	20 944	18 291	18 962	20 896
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	40 707	44 080	35 603	36 230	49 987	43 446	43 347	43 733
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	97	94	95	95	93	94	94	94
* Umsatz	1962 = 100	122	158	150	148	153	163	175	163	161
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	229	199	201	199	214	232	220	207
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	138	132	135	141	134	145	135	134
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	146	136	146	130	149	180	159	128
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	170	159	146	158	172	165	177	188
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	152	132	128	126	116	136	125	122
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	154	175	144	179	206	203	187	204

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	113	109	114	121	101	111	113	129
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	197	183	187	215	178	203	227	327
* Umsatz	1962 = 100	132	162	133	175	177	136	167	190	191
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	212	149	236	258	144	229	281	296
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	156	130	170	169	131	158	179	178
Fremdenverkehr in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	221	246	189	303	310	139	244	323	...
* Auslands Gäste	1 000	44	58	35	69	86	17	45	72	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	821	890	640	1 012	1 174	517	848	1 090	...
* Auslands Gäste	1 000	89	132	73	142	192	38	123	135	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 311	3 913	3 212	3 968	3 226	3 839	3 509	4 042
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 582	1 813	1 465	1 823	1 494	1 863	1 670	1 901
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 729	2 100	1 747	2 145	1 732	1 976	1 839	2 141
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	3 594	3 809	3 464	3 931	4 675	4 441	4 706	4 523
Ladung	1 000 t	3 472	2 836	3 095	2 853	3 183	2 959	3 164	3 402	3 714
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	82	87	91	90	90	68	77	76	86
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	3 894	4 260	3 497	4 309	5 037	4 755	5 044	4 861
Ladung	1 000 t	1 246	1 464	1 845	1 391	1 725	1 216	1 387	1 431	1 723
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	77	85	89	87	90	61	71	70	85
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	11 108	14 966	11 371	13 326	16 603	14 533	13 298	...
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	32	47	59	69	84	118	152	127	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	9 856	13 384	10 156	10 769	14 794	13 096	12 067	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	696	877	742	832	910	718	707	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	450	569	355	477	698	498	333	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	366	514	506	590	482	631	588	...
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	24 891	24 360	23 755	25 485	26 845	24 309	25 503	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	22 307	21 940	21 090	22 387	23 280	21 791	21 926	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	2 182	2 132	2 076	2 413	3 229	2 191	3 008	...
Berufsverkehr	1 000	576	747	797	689	811	840	831	724	...
Schülerverkehr	1 000	56	1 434	1 334	1 386	1 602	2 388	1 359	2 283	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	402	288	589	685	336	327	569	...
Ausflugsfahrten	1 000	92	93	59	123	163	62	66	136	...
Ferienziel- Reisen	1 000	1	1	1	1	3	0	1	2	...
Mietwagenverkehr	1 000	295	308	228	465	519	274	260	431	...
Wagenkilometer	1 000	8 951	11 020	10 174	11 491	12 753	11 174	10 337	12 735	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	5 696	7 399	6 857	7 705	7 261	6 421	6 559	7 794
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 592	1 871	1 669	2 168	2 033	1 447	1 639	2 178	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	4 104	5 528	5 188	5 537	5 228	4 974	4 920	5 616	...
bis 1 000 DM bei jedem										
Beteiligten	Anzahl	3 508	4 627	4 388	4 610	4 386	4 074	4 029	4 491	...
über 1 000 DM bei einem										
Beteiligten	Anzahl	596	900	800	927	842	900	891	1 125	...
* Getötete Personen	Anzahl	83	101	93	110	120	77	80	111	...
Pkw- Insassen	Anzahl	36	54	50	65	62	34	41	57	...
Fußgänger	Anzahl	28	27	27	23	24	26	18	28	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 216	2 720	2 432	3 270	2 937	2 013	2 444	3 207	...
Pkw- Insassen	Anzahl	1 306	1 813	1 640	2 210	1 854	1 402	1 607	2 081	...
Fußgänger	Anzahl	355	370	349	409	377	259	296	358	...
Schwerverletzte	Anzahl	741	924	777	1 148	1 066	651	862	1 154	...
Pkw- Insassen	Anzahl	393	528	472	721	601	394	504	679	...
Fußgänger	Anzahl	160	182	164	189	179	122	156	167	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 629	39 546	34 305	37 984	44 842	40 363	37 326	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 129	1 233	826	838	1 368	1 159	895	...
Telegramme	1 000	86	60	60	67	62	52	58	57	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	1 068 962	1 093 090	1 049 090	1 108 209	1 180 242	1 076 208	1 094 602	...
Lastschriften	1 000 DM	772 416	1 065 972	1 098 756	1 023 153	1 112 355	1 205 817	1 083 854	1 068 978	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	15 671	15 106	12 531	16 342	19 093	16 309	14 766	...
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	15 635	13 933	12 635	15 969	19 451	20 602	18 374	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	997	1 096	1 093	1 095	1 095	1 066	1 067	1 067	...
Fernsehrundfunk	1 000	595	938	931	935	937	941	942	943	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gold und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	19 655	18 369	18 567	18 844	20 187	20 392	20 548	20 960
* Kurzfristige Kredite 2) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 917	5 095	4 700	4 760	4 908	5 183	5 184	5 181	5 403
* Mittelfristige Kredite 3) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 969	4 620	4 687	4 811	5 033	5 042	5 015	5 219
* Langfristige Kredite 4) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 294	2 177	2 006	2 010	2 052	2 311	2 407	2 451	2 486
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	1 188	2 035	1 865	1 870	1 913	2 162	2 212	2 248	2 265
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3	8	10	10	10	6	6	6	6
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	5 826	12 384	11 663	11 797	11 884	12 693	12 801	12 915	13 071
* Zinsgutschriften	Mill. DM	4 461	9 876	9 408	9 528	9 602	10 069	10 110	10 190	10 244
	Mill. DM	372	1 626	1 601	1 602	1 611	1 643	1 640	1 643	1 650
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531 ⁶⁾	17 800	16 147	16 412	16 547	18 649	19 054	19 329	19 029
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 898	5 098	5 325	5 406	6 434	6 773	6 977	6 599
* Spareinlagen bei Sparkassen	Mill. DM	2 258	4 824	4 109	4 134	4 319	5 341	5 669	5 614	5 380
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	5 588	10 493	9 661	9 696	9 745	10 789	10 858	10 930	10 996
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 746 ^x	6 650 ^x	6 184 ^x	6 202 ^x	6 218 ^x	6 812 ^x	6 845 ^x	6 881 ^x	6 900
* Zinsgutschriften	Mill. DM	301	543	532	424	490	593	567	522	591
	Mill. DM	246	498	497	389	443	532	498	454	543
	Mill. DM	15	44	0	0	1	0	0	1	1
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	17	12	11	19	15	13	10	13
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	-	7	-	4	1	2	2
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 652	1 659	1 583	1 793	1 723	1 622	1 623	1 717
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 653	3 221	3 755	4 617	3 659	4 049	4 109	4 519
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	394 473	293 225	235 147	469 708	464 144	289 624	385 322	502 458
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	254 214	123 279	114 906	360 045	340 707	145 786	236 917	353 143
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	143 909	99 193	104 040	97 239	123 679	129 836	202 352	113 069
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	62 924	10 682	4 735	171 915	168 433	17 569	2 292	183 003
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	8 478	1 247	1 136	7 338	4 474	1 212	- 102	2 823
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	38 904	12 157	4 995	83 553	44 121	- 2 831	32 375	54 248
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 259	169 946	120 241	109 663	123 437	143 838	148 405	149 315
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	104 655	92 255	94 604	84 224	98 080	108 128	113 399	119 432
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	35 604	77 691	25 637	25 439	25 357	35 710	35 006	29 883
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	87 189	102 793	68 505	98 065	110 012	77 534	93 831	97 419
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 773	36 999	3 104	11 518	8 696	5 995	6 573	6 948
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	68 394	60 031	60 144	75 340	82 448	67 661	81 939	79 453
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	23 337	6 651	8 908	33 471	18 746	15 906	30 757	32 606
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	23 100	32 611	30 425	20 479	30 866	33 129	32 691	24 752
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 986	5 816	6 447	6 452	13 176	7 600	6 211	6 786
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	38 529	37 797	51 181	31 143	35 554	34 567	47 427	42 398
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	9 801	3 851	22 732	2 121	2 167	1 360	20 076	7 506
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	19 391	23 428	18 034	19 323	22 604	23 109	19 536	22 275
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 531	6 031	5 348	5 864	5 103	5 127	4 304	7 843
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	208 603	.	.	220 063	220 184	.	.	240 551
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	137 583	.	.	149 248	152 320	.	.	161 749
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	12 664	.	.	11 293	15 280	.	.	13 220
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 522	.	.	10 835	6 713	.	.	9 354
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	28 967	.	.	29 188	26 051	.	.	32 201
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	307 171	275 703	223 186	338 804	346 529	268 025	306 266	358 057
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	221 504	154 693	187 598	252 596	240 058	178 523	221 852	276 067
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	112 629	53 948	49 839	161 182	149 905	62 575	104 134	155 846
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	61 173	62 948	65 905	57 476	54 393	54 152	65 873	77 551
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	9 172	-	20 673	2 793	206	27 229	4 418	272
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	229 964	.	.	247 371	253 567	.	.	277 715
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	76 400	.	.	38 351	41 882	.	.	100 869

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	261	250	.	.	.	279	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	201	286	273	.	.	.	305	.	.
Facharbeiter	DM	213	304	291	.	.	.	323	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	199	278	264	.	.	.	297	.	.
Hilfsarbeiter	DM	169	238	230	.	.	.	253	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	123	170	163	.	.	.	185	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,85	5,59	.	.	.	6,39	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	6,26	5,96	.	.	.	6,81	.	.
Facharbeiter	DM	4,63	6,65	6,33	.	.	.	7,22	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	6,09	5,80	.	.	.	6,63	.	.
Hilfsarbeiter	DM	3,73	5,22	5,01	.	.	.	5,68	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	4,18	4,03	.	.	.	4,62	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,5	44,7	.	.	.	43,8	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,6	45,8	.	.	.	44,8	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	40,5	.	.	.	39,9	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	40,2	41,5	.	.	.	37,3	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,2	42,6	.	.	.	38,3	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	36,3	37,6	.	.	.	33,8	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 388	1 339	.	.	.	1 507	.	.
* Männliche Angestellte	DM	876	1 250	1 208	.	.	.	1 365	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 515	1 472	.	.	.	1 651	.	.
Technische Angestellte	DM	674	961	922	.	.	.	1 051	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 615	1 553	.	.	.	1 737	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 665	1 602	.	.	.	1 788	.	.
im Handel, Kredit- und Versicherungs-	DM	783	1 106	1 051	.	.	.	1 213	.	.
Angestellte	DM	651	943	939	.	.	.	1 047	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	646	938	934	.	.	.	1 041	.	.
* Männliche Angestellte	DM	852	1 235	1 225	.	.	.	1 376	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	513	736	734	.	.	.	819	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 181	1 154	.	.	.	1 293	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	742	1 070	1 051	.	.	.	1 177	.	.
* Männliche Angestellte	DM	952	1 371	1 345	.	.	.	1 510	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	570	820	805	.	.	.	904	.	.
Technische Angestellte	DM	1 124	1 590	1 532	.	.	.	1 723	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 644	1 584	.	.	.	1 774	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	769	1 071	1 024	.	.	.	1 195	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 1)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 113	1 111	1 110	1 169	1 121	1 121	1 120	1 119
Pflichtmitglieder	1 000	671	672	672	669	667	677	677	675	673
Rentner	1 000	241	350	348	349	349	358	359	359	360
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	5,0	4,5	4,8	5,5	4,7	4,3	4,5
Männer	%	4,9	5,2	5,0	4,6	5,0	5,5	4,8	4,5	4,6
Frauen	%	4,8	4,9	4,9	4,4	4,6	5,5	4,6	4,0	4,2
Arbeiterrentenversicherung 2)										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	368 909	363 346	363 689	364 457	380 284	380 061	380 573	380 381
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	102 883	97 917	98 554	109 868	111 841	111 156	111 214	110 184
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	7 988	6 354	4 302	4 052	13 928	7 119	5 481	5 306
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 154	5 212	3 602	3 436	12 808	6 267	4 799	4 635
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 937	5 161	870	2 507	9 423	6 269	4 575	4 299
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 700	4 542	847	2 203	9 010	5 799	4 251	3 924
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	160	.	.	160	158	.	.	157
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	34 078	33 944	35 244	35 119	36 708	36 864	37 227	37 027

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	61 508 ^p	61 345	61 426	61 508 ⁸⁾
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 035 ^p	35 346	38 791 ^p	39 742 ^p	26 931 ^p	32 976 ^p	38 626 ^p	46 559 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	67 564 ^p	72 410	71 985 ^p	63 021 ^p	64 244 ^p	73 662 ^p	67 492 ^p	66 610 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 224 ^p	62 388	58 604 ^p	51 789 ^p	56 665 ^p	69 195 ^p	60 883 ^p	58 325 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	20 558	6 340 ^p	10 022	13 381 ^p	11 232 ^p	7 579 ^p	4 467 ^p	6 609 ^p	8 285 ^p
Arbeitslose	1 000	147	149	198	121	103	255	206	160	143
Männer	1 000	106	93	140	68	55	160	121	77	66
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	20 969	19 627	.	.	.	20 901	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	293	299	298	282	273	330	298	293
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 821	1 995	2 037	2 177	1 609	1 907	1 998	2 178
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 603	8 563	8 575	8 568	8 580	8 584	8 556	8 527
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	1 020	1 032	1 083	975	963	1 062	1 009	961
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	44 072	43 098	45 579	40 672	42 528	49 788	46 670	45 273
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	8 506	8 582	8 952	7 845	8 372	10 093	9 154	9 009
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	157	159	160	174	159	158	168	168
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	158	161	161	173	161	161	169	168
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	157	159	159	173	158	158	168	168
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	193	208	195	185	229	224	203	185
Bergbau	1962 = 100	100	99	102	101	100	107	108	103	101
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	161	163	163	178	162	161	172	173 ^p
Grundstoffe und Produk-tionsgüter	1962 = 100	125	179	177	184	194	179	180	191	190
Investitionsgüter	1962 = 100	118	160	166	164	182	162	161	171	173
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	148	156	151	163	151	151	163	161
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	139	134	133	149	134	133	144	146
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	139	106	144	183	106	103	156	162 ^p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 273	9 303	9 975	7 841	9 369	10 634	9 135	8 532
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 981	8 830	8 844	8 677	8 027	9 166	8 278	8 255
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 802	2 911	2 944	2 827	2 519	2 826	2 528	2 576
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 698	3 825	3 970	3 682	3 389	3 817	3 310	3 294
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 686	2 781	3 004	2 559	2 410	2 713	2 413	2 328
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	20 218	21 433	20 558	18 372	21 992	24 282	20 835	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 804	7 197	6 758	6 575	7 166	7 897	6 840	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 529	1 469	1 530	1 551	1 446	1 502	1 544	1 554
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	210	161	235	231	157	173	225	229
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	4 602	2 761	3 380	3 605	3 452	3 988	4 288	4 652
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	45 880	54 736	48 929	45 008	55 705
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	170	161	166	162	149	183	192	182
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	159	157	172 ^x	153	144	172 ^x	168	158
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	138	127	126	151	129	134	142	160
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	9 134	9 058	9 645	8 607	9 779	11 000	10 260	9 698
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	10 440	10 557	10 757	9 706	10 720	12 885	11 327	10 926
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 306	1 499	1 112	1 099	941	1 885	1 066	1 229

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. 8) Stand: 26.5.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	125	120	138	111	123	119
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	140	133	160	135	132
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	163	154	164	164	152
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	88	92	87	89	100	87
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	93	91	96	90	105	100	94	...
Geld und Kredit										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf ¹⁾	Mill. DM	29 652	36 889	34 058	34 997	35 164	35 707	35 955	37 054	37 730 ^P
Kredite und Einlagen ²⁾										
Kredite an Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	316 728	543 733 ^x	500 440 ^x	503 327	507 744	547 625 ^x	551 534 ^x	554 748	559 028 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	119 605	109 522 ^x	109 873	111 738	119 707	120 533	120 321	121 508 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	424 128 ^x	390 918	393 454	396 006	427 916 ^x	431 001 ^x	434 427	437 520 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	37 237 ^x	34 483	34 656	34 829	37 035 ^x	37 195 ^x	37 358	37 447 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	447 058	402 878	405 971	411 480	449 473	451 119	457 606	466 052 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	200 045	174 216	176 602	181 502	197 661	197 652	202 613	207 166 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	131,7	143,1	143,0	129,7	136,3	139,1	136,5	137,3
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	5 152	7 446	2 714	2 744	3 427	8 332	3 475	3 195
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 177	2 634	2 774	3 088	3 790	2 868	3 356	3 458
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 283	2 296	2 142	2 148	2 108	2 868	2 431	2 261
Landessteuern	Mill. DM	546	794	584	694	1 081	1 131	717	710	1 180
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴⁾	1961/63=100	107,2	106,2	107,6	105,3	103,7	96,5	97,5 ^P	98,4 ^P	96,8 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel ^{4) 5)}	1962/63=100	104,4	105,8	107,7	108,0	108,8	111,8	112,6	112,7	112,9
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁴⁾	1962 = 100	104,0	107,5	106,6	106,8	106,8	111,5	112,0	112,4	112,4
Preisindex für Wohngebäude ⁶⁾	1962 = 100	114,6	147,4	.	.	147,4	155,8	.	.	163,6
Preisindex für den Straßenbau ⁷⁾	1962 = 100	97,5	115,6	.	.	116,2	120,3	.	.	126,6
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	1938 = 100	215,8	245,0	243,6	244,2	244,6	252,9	254,9	256,0	257,2
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	1958 = 100	117,5	133,5	132,7	133,0	133,2	137,8	138,8	139,5	140,1
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	1962 = 100	109,0	123,7	123,0	123,3	123,5	127,7	128,7	129,3	129,9
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	1962 = 100	108,7	124,0	123,3	123,6	123,8	128,1	128,9	129,5	129,9
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	117,4	117,4	117,8	118,0	119,9	120,6	121,3	121,8
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	115,8	114,6	114,9	115,2	120,1	121,0	121,5	122,0
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	163,4	161,4	162,1	162,5	169,0	170,2	171,5	172,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	127,4	125,4	124,2	123,7	135,4	135,8	134,0	133,3
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	114,1	113,6	114,0	113,6	119,6	119,9	120,2	120,2
Waren und Dienstleistungen für										
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	118,1	117,0	117,2	117,4	121,9	124,4	124,7	125,1
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	140,9	139,3	139,9	140,3	146,9	147,7	149,0	149,8
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	129,4	128,1	128,8	128,9	133,7	134,4	135,4	135,7
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	121,0	120,3	120,5	120,6	124,9	125,2	125,4	125,6
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	.	176,0
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	.	179,4
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	.	176,9
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	.	182,0
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	.	99,5
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	.	98,3

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Inhalt

Themen der letzten Hefte

Heft 8/August 1970

Ernteaussichten 1970
Schweinehaltung 1969
Hochbautätigkeit 1969
Sozialer Wohnungsbau 1969
Tiefbauaufträge 1969
Öffentliche Jugendhilfe 1969

Heft 9/September 1970

Handel und Gastgewerbe 1968
Industrie Rheinland-Pfalz/Bund
Baulandmarkt 1969
Sozialhilfeempfänger 1969
Zuchtsauenhaltung 1969

Heft 10/Okttober 1970

Industrie in den neuen Kreisen
Wohngeldgewährung 1969
Wanderungen 1969
Bevölkerungsbewegung 1969
Legehennenhaltung 1969

Heft 11/November 1970

Erbschaftsbesteuerung 1967–1969
Bauhauptgewerbe in den neuen Kreisen
Bodennutzung 1970
Straßenverkehrsunfälle 1969 – Ursachen und Orte

Heft 12/Dezember 1970

Rheinland-Pfalz 1970
Kleine Kommunalwahl am 8. 11. 1970
Wohnungsmieten 1968
Spar- und Vermögensformen 1970

Heft 1/Januar 1971

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1970
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1970
Kriegsopferfürsorge 1969
Sterbefälle und Todesursachen 1969
Wohnungsausstattung 1968
Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer 1968

Heft 2/Februar 1971

Sozialprodukt 1970
Öffentlich Bedienstete 1970
Wein, Obst und Gemüse 1970
Investitionen 1969
Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1969
Lohnsteuerpflichtige 1968

Heft 3/März 1971

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970
Bauhauptgewerbe 1970
Nutztviehhaltung 1970
Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968
Versorgungsempfänger 1968
Mitwirkungsbereitschaft bei der EVS 1969

Heft 4/April 1971

Landtagswahl 1971

Industrie 1970

Straßenverkehrsunfälle 1970

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1970

Schlepper und Mähdrescher 1970

Vermögensmillionäre 1969

Wochenend- und Ferienhäuser 1968

Wohnverhältnisse kinderreicher Familien 1968

Heft 5/Mai 1971

Steueraufkommen 1970

Erwerbstätigkeit 1970

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970

Sozialhilfeaufwand 1970

Struktur der bewohnten Gebäude 1968

Ertragslage und Investitionen des Handwerks 1967

Heft 6/Juni 1971

Wahlverhalten der Bevölkerung 1971

Hochschulstudenten 1970/71

Landwirtschaftszählung 1971

Milch, Fleisch, Eier 1970

Außenhandel 1970

Kriegsopferfürsorge 1970

Sozialwohnungen 1970

Wohnverhältnis, Größe und Belegung der Wohnungen 1968

Heft 7/Juli 1971

Straßenverkehrsunfälle 1970 - Orte und Schwerpunkte

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1970

Öffentliche Jugendhilfe 1970

Schlacht tier- und Fleischschau 1970

Leerstehende Wohnungen 1968

Sozialwohnungen 1968

Themen der folgenden Hefte

Bevölkerungsentwicklung 1970-1990 (einschl. Wanderungen)

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1970

Grund-, Haupt- und Sonderschulen 1970/71

Realschulen und Gymnasien 1970/71

Lohnsteuerstatistik 1968

Baulandmarkt 1970

Wohngeld 1970

Sozialhilfeempfänger 1970

Kurz und aktuell

Spareinlagen II. Quartal 1971

Die Kreditinstitute des Landes meldeten für das II. Vierteljahr 1971 einen weiteren Anstieg des Spareinlagenbestandes um 207 Mill. DM oder 1,9% auf nahezu 11 Mrd. DM. Diese Summe liegt um 12,8% über dem Wert des gleichen Vorjahresquartals, in welchem die Zuwachsrate 1,2% betragen hatte. Bemerkenswert ist, daß fast ein Drittel des Spareinlagenzuwachses, nämlich 68 Mill. DM, auf prämienbegünstigte Spareinlagen entfiel. Im Durchschnitt errechnet sich nunmehr ein Sparbetrag von 2 995 DM je Einwohner.

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 5 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" „, 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" „, 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
Statistische Berichte: 23 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
" 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM-Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturserhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturserhebungen 1951/53, 1962, 1966
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturserhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.